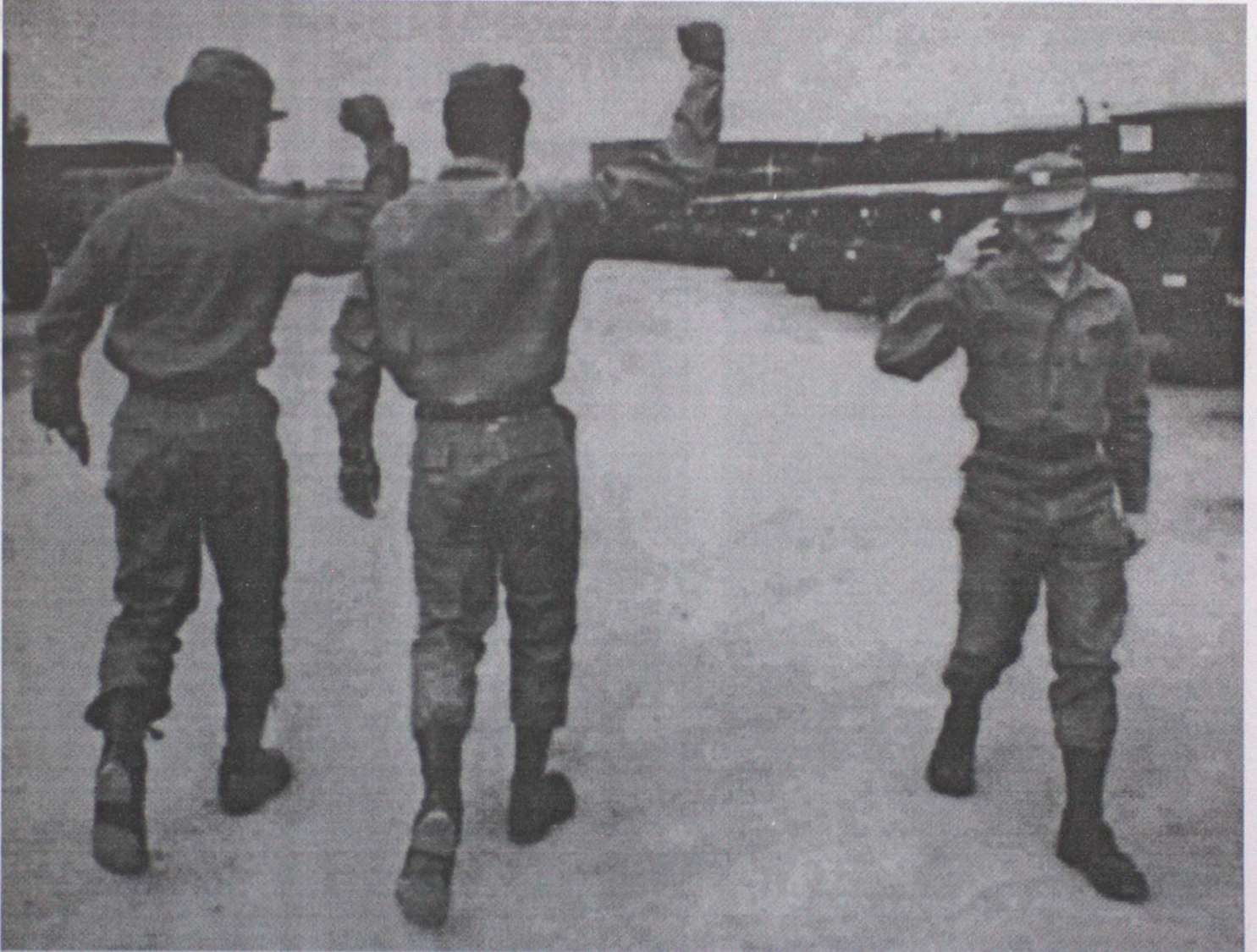


# köXüz

Her türlü egemenlik ilişkisiyle köklerimizi koparalım\*

NR. 8

August/Ağustos 1997  
DM 3,-



- ✓ Vernunft des Rassismus
- ✓ Das Kongoverbrechen
- ✓ Atomtechnologie-Szenarien
- ✓ Interview mit einem Aktivisten der Studentenbewegung in Kamerun
- ✓ Black Community in Hamburg
- ✓ Freispruch für Safwan Eid
- ✓ Chiapas und noch einiges mehr...

Mindestens 2,  
höchstens X sprachige Zeitschrift  
von/für MigrantInnen.  
Namentlich gekennzeichnete und  
nicht gekennzeichnete Artikel  
geben nicht unbedingt  
die Meinung  
der Herausgebenden wieder.

## „HALT / ÇİNDEKİLER

|   |    |
|---|----|
| Die Vernunft des Rassismus in der aufgeklärten Welt<br><b>Erkan</b> .....                                 | 4  |
| Etnik Sorun, <b>Claude Gabriel</b> .....  | 8  |
| Kongo und das Westliche Verbrechen, <b>Selçuk</b> .....   | 10 |
| Kuklaları asla kabul etmeyeceğiz, <b>çev. Selçuk</b> .....  | 19 |
| Interview mit Senfo Tonkam .....  | 22 |
| F. Fanon: „Schwarze Haut, weiße Masken, <b>Cyrus</b> ..   | 25 |
| Black Community Hamburg, .....  | 26 |
| Multikulti oder was?, <b>Alexander Ngnoubamdjum</b> ...   | 30 |
| Selbstorganisation der MigrantInnen, <b>köXüz Red.</b> ...  | 32 |
| Die schlechten Phantasien sind in euren Köpfen,<br><b>Die Überlebenden des Lübecker Brandanschlags</b> 35 |    |
| Der Internationalismus der EZLN, <b>Marta Durán</b> ...   | 37 |
| Die Anti-AKW-Bewegung, <b>Fritz Storim</b> .....  | 39 |
| Über 20 Jahre Kampf um die Freiheit von<br>Leonard Peltier .....  | 47 |
| Wir sind nur Hilfsarbeiter, <b>Isabel</b> .....   | 51 |

**V.i.S.d.P.** Erkan Kurukavak, A.S.Demirtaş,  
Bahri Esen, Hüseyin Araz  
**Redaktion** A. S. Demirtaş, Ali, Bahri, Cyrus,  
Duran, Emin, Erkan, Ercan,  
Gürsel, Mehmet, Mesut,  
Moustafa, Mülayim, Orhan,  
Perihan, Reyhan, Rosa, Selçuk  
und Ülkü.  
Vielen Dank an Lutz für seine  
redaktionelle Mitarbeit

### Kontakt

**Hamburg,** Birigittenstr. 5,  
St. Pauli HH.  
Tel. (040) 43189036  
Fax. (040) 43189038  
**Bremen,** AK- Antirassismus  
der AStA, Uni Bremen,  
Bibliothekstr. ZB, 28359 HB.  
Tel. (0421) 218 3314  
Fax: (0421) 218 2514  
**Druck** AStA Druckerei, Uni Bremen

Abone fişi  
Abo Coupon

|                                     |   |
|-------------------------------------|---|
| Konto von köXüz:                    | <b>Mehmet Baylan; Konto Nr. 1228/444 780;<br/>Blz. 200 505 50 HaSpa; Stichwort: köXüz</b> |
| Name / adı ve soyadı: .....         |   |
| Straße / sokak: .....               |   |
| PLZ, Ort / şehir kodu ve adı: ..... |   |
| Unterschrift / imza: .....          |   |

\* „köksüz“ bedeutet im türkischen „wurzellos“. Untertitel: „Reißen wir uns von den Wurzeln los, die uns mit jeder Art von Herrschaftsform verbinden!“

### Liebe Leserinnen und Leser!

Diese Ausgabe befaßt sich schwerpunktmäßig mit Afrika. Das ist auch dringend nötig, denn außer Desinformation findet sich dazu in den westlichen Medien wenig.

Aber Achtung! Bevor ihr in Afrika ankommt, müßt ihr Euch erst durch den theoretischen Hintergrundtext - „Die Vernunft des Rassismus in der aufgeklärten Welt.“- kämpfen. Und kämpfen könnt Ihr doch, oder? Der Text ist nicht ganz einfach aber die Lektüre lohnt.

Im Text „Ethnische Frage“, den wir ins türkische übersetzt haben, werden die Hintergründe der Entwicklung im heutigen Afrika kurz dargestellt.

„Kongo und das westliche Verbrechen“ gibt einen interessanten Überblick über die Entwicklungen im Kongo. Die weit verbreitete westliche Vorstellung, die Auseinandersetzungen dort wären auf „ethnische Konflikte“ zurückzuführen wird dorthin verwiesen, wo ihr gebührenden Platz ist: Ins Reich der Legende.

In Wahrheit aber gilt nämlich das, was **Senfo Tonkam aus der StudentInnenbewegung Kameruns**, im Interview mit köXüz feststellt. Das Klischee von ethnischen Konflikten wird maßgeblich von westlichen Politikern, Intellektuellen und sog. Wissenschaftlern über die Medien verbreitet.

**Sondij**, aus der früheren StudentInnenbewegung und jetziger **Gesundheitsminister Kongos** sagte in seinem Interview: „Marionetten werden wir nie wieder akzeptieren“, das hier auf türkisch erschienen ist, aufgrund dieser Einschätzung heraus, daß „Kongo die Strukturanpassungspolitik von Weltbank und IWF ablehnen sollte“.

Die Spaltung der Bevölkerung in Ethnien ist das Erbe der Kolonisatoren und hat eine lange Tradition. Die Folgen kommen noch heute den Regimen in Afrika zugute. Könne doch die Menschen wenn sie gespalten sind viel besser beherrscht werden.

Da lohnt sich ein nochmaliges Lesen des Buches von **Frantz Fanon: „Schwarze Haut, weiße Masken“**. Es ist auch heute noch aktuell, denn es zeigt, wie verheerend sich die Kolonialisierung auf die Psyche der Menschen auswirken kann.

Die „Black-Community in Hamburg“ zeigt in ihrem Beitrag, wie repressiv der Staat in Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz gegen die afrikanische/

schwarze Bewegung vorgeht. Am Fall der Ermordung **Jude Abubaka's** in Hamburg wird dies mit zahlreichen Fakten beispielhaft dargestellt.

In „Multikulti - oder was“ wird anschließend der Versuch unternommen, „eine zugrundeliegende Analyse der aktuellen Situation innerhalb dieser Gesellschaft“ zu entwickeln.

Den Bericht über die „Veranstaltung zur Selbstorganisation der MigrantInnen“ bewerten wir als einen Beitrag zur gegenseitigen Verständigung. Darüberhinaus ist er ein wichtiges Dokument, der selbstbestimmten Zusammenarbeit unter den an der Diskussion Beteiligten.

### Safwan Eid ist freigesprochen!

Über die deutsch Justiz ist sehr viel zu sagen: Die Erklärung von Überlebenden des Lübecker Brandanschlags drucken wir deshalb vollständig ab.

Unsere Companera **Marta Durán aus Mexiko schreibt über den Internationalismus der Zapatistas**.

**Fritz Storim** schreibt in „Die Anti-AKW-Bewegung. Gegenmacht von unten!“ über den Widerstand gegen den Atomstaat und die Atomindustrie. Darin leistet er eine kritische Aufarbeitung der Ereignisse seit dem Castor-Transporten im März und weist auf zahlreiche Fallen hin, in die die Bewegung lieber nicht tappen sollte.

Dann machen wir endlich ein Versäumnis wett: Wir berichten chronologisch über den **20 Jahriigen Kampf für das Leben von Leonard Peltier**. Peltier ist das Symbol des Widerstandes der nordamerikanischen Indianer.

Der Text von Isabel ist ein Beispiel dafür, zu welchen Methoden manche „Linke“ in diesem Land greifen, um Macht über MigrantInnen auszuüben.

### Abschließend noch eine Bemerkung:

Wegen einer technischen Panne erschien in der April-Ausgabe statt des überarbeiteten und extra eingeleiteten Protokolls über die Diskussion zur MigrantInnenbewegung, dann leider doch nur die ursprüngliche Version dieses Textes. Wir bitten um Nachsicht.

## Die Vernunft des Rassismus in der aufgeklärten Welt

**In den dreißiger und vierziger Jahren wurden die Auseinandersetzungen über den wissenschaftlichen Status des „Rassen“-Diskurses so intensiviert, daß es zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema gegeben hat. Ein Beispiel hierzu sind Huxley und Haddon (1935). Sie hielten die „Rassenbiologie“, die von Nazis verwendet wurde, für eine Pseudo-Wissenschaft, da sie selber bestritten, daß es für die Idee unterschiedlicher, voneinander abgegrenzter „Rassen“ wissenschaftliche Beweise gebe.**

Rassismus, aber auch Sexismus werden als Schlüsselbegriffe verstanden, die zur Deutung der Geheimnisse in der Gesellschaft alle Türen öffnen. Die Übertreibung des Rassismus in den letzten zehn Jahren hatte zur Folge, daß er auf Widerstand traf und erneut in Frage gestellt wurde.

Während einige (antinationale) Gruppen, der deutschen Nation, von der die Pogrome ausgingen und noch ausgehen, den Kampf angesagt haben, haben andere den Rassismus bloß als eine Krankheit verstanden, die durch Maßnahmen wie antirassistisches Training, therapeutische Behandlung der Täter usw. geheilt werden könnte. Die Diskussion konzentrierte sich auf den Inhalt, die Form und den Zweck des Rassismus.

Viele Beteiligte dieser Diskussion vertreten die Ansicht, daß der Rassismus eine ideologische Konstruktion sei, die sich auf die Unterschiedlichkeit (ob semantisch, genetisch, biologisch, kulturell etc. oder nicht) der Rassen, Völker, Kulturen bezieht.

Da aber bei denen, für die sich der Begriff auf eine bestimmte Art von Ideologie bezieht, Uneinigkeit darüber herrscht, welche Form und welchen Inhalt diese Ideologie besitzen muß, um als Rassismus bezeichnet werden zu können, dreht sich die Auseinandersetzung um den Umfang des Begriffs. Daraus ergab sich eine Inflation der begrifflichen Definition des Rassismus.

In den dreißiger und vierziger Jahren wurden die Auseinandersetzungen über den wissenschaftlichen Status des „Rassen“-Diskurses so intensiviert, daß es zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema gegeben hat. Ein Beispiel dafür sind Huxley und Haddon (1935). Sie hielten die „Rassenbiologie“, die von Nazis verwendet wurde, für eine Pseudo-Wissenschaft, da sie selber bestritten, daß es für die Idee unterschiedlicher, voneinander abgegrenzter „Rassen“, wissenschaftliche Beweise gebe. So widerlegten sie Klassifikationen, die auf semantischen Eigenschaften basierten, sowie eine Bewertung dessen, was die Genetik zum Verständnis menschlicher Varianten beizutragen hat. Ihre Schlußfolgerung: „Rasse“, muß aus dem wissenschaftli-

chen Vokabular gestrichen und durch Wort „ethnische Gruppe“, ersetzt werden.

Die damalige „Empfehlung“ hing mit der Situation in Deutschland zusammen- und war von daher teilweise politisch begründet. Sie bezeichneten nämlich die die Rassen-Theorien der Nazis als „Glaubensbekenntnis eines leidenschaftlichen Rassismus.“ Sie selber bestritten daher die Existenz einer nordischen ebenso wie einer jüdischen Rasse und bezeichneten den Rassismus als ein Mythos, ein „Deckmantel für selbstsüchtige ökonomische Ziele“, die in ihrer Nacktheit häßlich genug aussehen würden. Was auch später durch die Vernichtung der Juden durch die Deutsche bestätigt wurde.

Diese „Empfehlung“, die den Opfern des Faschismus natürlich nichts nützte, fand später eine hohe Geltung und war von hoher Wichtigkeit. Ganz gleich ob die Opfer es ahnten oder nicht: „von der Theorie bzw. des Kampfes des Rassen in der Menschheitsgeschichte - ganz gleich ob diese auf biologische oder auf psychologische Grundlagen zurückgeführt werden- wird der Übergang zu einer Theorie der „ethnischen Beziehungen“ innerhalb der Gesellschaft vollzogen, die (nicht) die rassistische Zugehörigkeit, sondern das rassistische Verhalten zu einem natürlichen Faktor erklärt (Balibar).

Form und Inhalt dieses Rassismus werden bei Balibar als „Differentialistischer Rassismus“ bezeichnet, der vorgibt, seine Lehren aus dem Konflikt zwischen Rassismus und Antirassismus gezogen zu haben und sich selbst als eine politisch eingriffsfähige Theorie der Ursachen von gesellschaftlicher Aggressivität darstellt.

Der anthropologische Kulturalismus habe danach, aufgrund seiner Orientierung auf die Anerkennung der Unterschiedlichkeit und Gleichwertigkeit der Kulturen, dem humanistischen und kosmopolitischen Antirassismus der Nachkriegszeit den größten Teil seiner Argumente geliefert, wonach sofort zugegeben wird, daß die Rassen keine isolierbaren biologischen Einheiten darstellen und es in der Tat keine „menschliche Rassen“ gibt. So dann ließe sich das Verhalten der Individuen

und deren „Eignung“, nicht aus dem Blut und nicht einmal aus den Genen erklären, sondern aus ihrer Zugehörigkeit zu historischen Kulturen.

Balibar sieht erste Hinweis hierzu, an der Art und Weise, wie die Kategorie Immigration als Ersatz für den Begriff der Rasse und damit als Agens einer Zersetzung des „Klassenbewußtseins“ funktioniert.

Der gegenwärtige Rassismus ist sodann ein Komplex der Immigration -als Epoche der Entkolonisierung- im Zusammenhang eines „Rassismus ohne Rassen“, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, „sondern, die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist; der-jedenfalls auf dem ersten Blick -nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern sich darauf 'beschränkt', die Schädlichkeit jeder Grenzvermischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten.“ (Balibar).

So bieten sich die differentialistischen Lehren für die Aufgabe an, den Rassismus als „natürliche“ Reaktionen zu erklären, da die irreversible (nicht wiederherstellbare) kulturelle Differenz die wahrhafte „natürliche Umwelt“ des Menschen bilde, gleichsam die Atmosphäre, ohne die sein historischer Atem nicht möglich wäre, wobei jede Vermischung dieser Differenz notwendig Abwehrreaktionen auslösen, zu „interethnischen“ Konflikten und generell zu Aggressivität führen müßte. (Balibar)

Die Inhalte und Formen des Rassismus sind vielfältig. Stuart Hall hat Recht, wenn er behauptet, daß der Rassismus als ein ideologisches Prinzip, d.h. eine Scheinbehauptung, Formen annehmen obgleich sie auch bestimmte allgemeine Züge verfügt- in denen diese allgemeine Züge durch den historischen Kontext und die jeweilige Umwelt modifiziert und transformiert werden.

Zu erwähnen wären noch Unterscheidungen



*Der anthropologische Kulturalismus habe danach, aufgrund seiner Orientierung auf die Anerkennung der Unterschiedlichkeit und Gleichwertigkeit der Kulturen, dem humanistischen und kosmopolitischen Antirassismus der Nachkriegszeit den größten Teil seiner Argumente geliefert, wonach sofort zugegeben wird, daß die Rassen keine isolierbaren biologischen Einheiten darstellen und es in der Tat keine „menschliche Rassen“ gibt.*

**Doch diese Einheit, die nach der Terminologie des Universalismus „Alle Menschen werden Brüder“ ihren Ausdruck findet, hat sich selbst Lügen gestraft. Adorno und Horkheimer zufolge ist es die Einheit von Kollektivität und Herrschaft und nicht die unmittelbare gesellschaftliche Allgemeinheit, Solidarität, die in den Denkformen sich niederschlägt.**

zwischen einem -wenn man die nationale Grenze als ein vorrangiges Kriterium nimmt- nach „innen“ gerichteten Rassismus (der sich gegen eine minorisierte Bevölkerung im nationalen Raum wendet) und einem nach „außen“ gerichteten Rassismus (der als eine extreme Form der Fremdeindlichkeit betrachtet wird) und einem „Selbstbezogenen“ (hier sind die Physische oder symbolische Gewalt ausübende Träger des Vorurteils, die sich selbst als Vertreter einer Überlegenen Rasse bezeichnen) und „Fremdbezogenen“ (bei dem die Opfer des Rassismus, zu einer minderwertigen oder schädlichen Rasse zugeordnet werden), oder einem „ausschließenden“ (mit Ausrottung oder Eliminierung verbundenen Rassismus (Nazismus) und einem „einschließenden“ (mit Unterdrückung oder Ausbeutung verbundenen Rassismus (kolonialer Rassismus sowie die Rassentrennung in den Vereinigten Staaten).

Die Rassenschranken, die heute existieren, können schon morgen verschwunden sein, da der Rassismus einerseits die Kontinuität zwischen Vergangenheit und Gegenwart behauptet, dies aber andererseits immer mit einer gegenwartsbezogenen Flexibilität verbindet. (Wallerstein)

Doch die Kritik des Rassismus in ihrer Reichweite ist nur von sekundärer Bedeutung, wenn sie auch, wie am Anfang erwähnt, den ersten Platz in der Diskussion einnimmt (zumindest bei denjenigen, die ihn zu bekämpfen glauben) und es noch tun.

„Die Schönheit der Natur steckt im Detail...“ schreibt Gould, ein Paläontologe, der mit dem Rassismuskurs nichts zu tun hat, „... die Botschaft im Allgemeinen.“

Zu einer wirklich gelungenen Darstellung gehöre aber beides; die aufregenden allgemeinen Prinzipien durch gut gewählten Einzelheiten zu belegen. Der Rassismus macht das Detail aus, wenn hier auch von Schönheit die Rede sein kann.

Die Botschaft liegt in einer Welt der Aufklärung, die im Endeffekt ein System hervorbrachte, in dem sich alle Menschen und die Natur unterworfen wurden.

Kant zufolge ist die Aufklärung der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, sich seines Verstandes ohne Leitung eines Anderen zu bedienen; und zwar eingeleitet von der Vernunft.

Die Vernunft habe nur den Verstand und dessen zweckmäßige Anstellung zum Gegen-

stand und setze eine gewisse kollektive Einheit der Verstandeshandlungen zum Ziel. Und dies sei das System. Als Sein und Geschehen wird von der Aufklärung vorweg nur anerkannt, was durch diese Einheit sich erfassen läßt; ihr Ideal ist das System, aus dem alles und jedes folgt.

Da aber einmal die Unmündigkeit sich als Unvermögen (Unfähigkeit) erwies, sich selbst zu erhalten, sollten die Prinzipien des Systems die der Selbsterhaltung sein.

Doch diese Einheit, die nach der Terminologie des Universalismus „Alle Menschen werden Brüder“ ihren Ausdruck findet, hat sich selbst Lügen gestraft. Adorno und Horkheimer zufolge ist es die Einheit von Kollektivität und Herrschaft und nicht die unmittelbare gesellschaftliche Allgemeinheit, Solidarität, die in den Denkformen sich niederschlägt. Durch die ungezählten Agenturen der Massenproduktion und ihrer Kultur werden die genormten Verhaltensweisen dem Einzelnen als die allein natürlichen, anständigen und vernünftigen eingepreßt. Die entfesselte Marktwirtschaft war zugleich die aktuelle Gestalt der Vernunft. Vernünftig ist nur, was Gewinn bringt. Selbsterhaltung als Maßstab des Systems ist (demnach) die gelungene oder mißlungene Angleichung an die Objektivität seiner Funktion und die Muster die ihr gesetzt sind.

Schlaue Selbsterhaltung bei den Oberen ist der Kampf um die faschistische Macht. Bei den Individuen ist sie die Anpassung an das Unrecht um jeden Preis. Jedes inhaltliche Ziel, auf das die Menschen sich berufen mögen, als sei es eine Einsicht der Vernunft, sei nach dem strengen Sinn der Aufklärung Wahn, Lüge, „Rationalisierung“. Mögen die einzelnen Philosophen sich auch die größte Mühe geben, von dieser Konsequenz hinweg auf menschenfreundliche Gefühle zu lenken (aus dem Buch „Dialektik der Aufklärung“). Im System der Aufklärung sind die Menschen bloße Materie für die Herrschenden, wenn nicht gar Untertanen, deren Preis nach ihrer Funktion in einem (Arbeits-) Markt bestimmt werden.

Es ist das System der kapitalistischen Weltwirtschaft. Es beruht auf der endlosen Akkumulation von Kapital. Darin werden alle Dinge in Waren verwandelt, die in Form von Gütern, Kapital oder Arbeitskraft auf den Weltmarkt fließen.

Alles, was diesen Strom hemmt; Güter, Kapital und Arbeitskraft hindert sich in vermark-

tungsfähige Waren zu verwandeln (da der Warencharakter aller Dinge desto umfassender ist, desto ungehemmter er fließt), soll zumindest in der Annahme beseitigt werden. (Wallerstein)

Da wäre es für ein kapitalistisches System auf logische Weise zwingend notwendig, sich einer universalistischen Ideologie zu bedienen, in der alle Partikularitäten (kulturell, sozio-ökonomisch, politisch etc.) beseitigt, oder zumindest in Frage gestellt werden. Daraus müßte doch folgen, daß das Kapital in seiner reinen Form keine Unterschiede an Menschen kennen müßte, seien es nun Rassen, Völker, Kulturen oder Geschlechter. Zum Teil stimmt dies: Nur unter den Bedingungen des Marktes in Europa, Asien und beiden Amerikas (Afrika findet hier keine Erwähnung, weil sie wahrscheinlich heute nicht mal einen Marktwert besitzen).

In seinem Artikel „Dschihad versus McWorld“, beschreibt Benjamin R. Barber, haben die Märkte die nationale Souveränität bereits ausgehöhlt und einer neuen Weltkultur ins Leben gerufen, die von internationalen Banken, Handelsverbänden, transnationalen Lobbys wie der OPEC, Weltagenturen wie CNN und BBC und Multinationalen Konzernen geprägt wird.

Es werden gemeinsame Verhaltensweisen geschaffen, wie das kosmopolitische Stadtleben sie überall erzeugt. „Piloten internationaler Fluglinien, Computerprogrammierer, Filmregisseure, internationale Bankiers, Medienfachleute, Ölsucher, Unterhaltungsgrößen, Umweltexperten, Filmproduzenten, Demographen, Buchhalter Professoren, Anwälte, Sportler- das ist die neue Gattung der Männer und Frauen, für deren Arbeitsidentität Religion, Kultur und ethnische Nationalität nur noch von nachgeordneter Bedeutung sind.“ (Barber).

Tolle Männer und Frauen!

Das ist doch nur dann so, wenn sie „Auswärts“ spielen, um Waren zum Fließen zu bringen. Und diejenigen, die selbst Waren sind, die sich nach Nordamerika oder Europa trauen und keine andere Absicht haben, als sich selbst und die Waren zum Fließen zubringen, werden an den Grenzen abgehalten und zurückgeekelt. Das Ende an der Gleichgültigkeit von Identität, Kultur, Ethnizität oder Nationalität. Irgendwo hier müßte der Rassismus zutage kommen.

Wallerstein argumentiert, der Rassismus habe eine neue Form angenommen. Er nennt



sie „Ethnisierung“ der Arbeiterschaft. Diese Form des Rassismus erlaube es einerseits, zu jeder Zeit und an jedem Ort die Anzahl der Menschen, die die niedrigsten Löhne erhalten und die anspruchlosesten Arbeiten verrichten müssen (entsprechend der aktuellen Bedürfnisse des kapitalistischen Systems) beliebig zu vergrößern oder zu verringern (ganz zu verzichten wäre ja irrational).

Andererseits schaffe das System durch die Ethnisierung eine nicht auf Verdienst und Leistung beruhende Grundlage, um Strukturen der Ungleichheit zu rechtfertigen.

Und genau hier höre ich jetzt auf, um nicht wieder auf den Begriff Rassismus eingehen zu müssen.

Erkan

## Etnik sorun

*Afrika, Sahra'nın güneyi, on yıl boyunca durmaksızın ekonomik yıkım yaşadı. Oradaki devletler dağıtabilecekleri kaynaklara gittikçe daha az sahipler, geleneksel klik ağlarına ve soygunculuğa daha az hakim olabiliyorlar. Tarımdan elde edilen gelir düşmüştür ve kıtanın bazı bölgelerinde ciddi bir arazi sıkıntısı vardır. Devletleştirilen şirketler çöküşün eşiğindedir. İşsizlik artmaktadır, böylelikle açlık da.*

*Claude Gabriel*

Egemen sınıfların müzmin zayıflığı ve yalnızca kısa vadeli yatırımlara yönelmeleri, Afrika'yı zincirlerinde tutan çok çeşitli bağımlılık mekanizmalarından birisidir. Siyasi ve ekonomik iktidarın üst kademelelerindeki yolsuzluk hiçbir zaman gerçekten engellenmemiştir. Bu durumun sonucu olarak birçok muhalif, Dünya Bankası'nın girişimlerini, özelleştirme gibi ekonomik tedbirlerin en azından düzenli ve şeffaf bir seyir izlemesini güvence altına aldıklarını söyleyerek desteklemeye yönelmiştir.

Kıta, uluslararası işbölümünden dışlanmış ve ihmal edilmiştir. Kıtanın doğal kaynaklarının dünya ticaretinde tuttuğu yer bugün sadece %1'dir. Afrika, geç sömürgeleştirilmesinin faturasını kriz halindeki bir sistem aracılığıyla ödemektedir.

### Alternatif Arayışları

Ana sorun ne gibi alternatiflerin olduğudur. Hangi sosyal ve politik güçler Afrika toplumlarının karşı karşıya kaldığı ihtiyaca cevap verebilir ve şimdiki durumla uzun ve zorlu bir kopuşma sürecini başlatabilir? Tek çözüm, böyle bir yol izlemek niyetini taşıyan güçlerin gelişmesindedir. Tam da bu nedenle, bugün, genel sosyopolitik atmosfer ilerici bir alternatifi oluşması için elverişsiz gözükse de, analizimizi ve çabalarımızı bu güçler üzerinde yoğunlaştırmalıyız.

90'lı yılların başlarında yeni, demokratik bir muhalefet yükseliyor gibiydi. Bu umutlar en azından kısmen yıkılmıştır. Demokratik hareketliliklerde ve çeşitli ulusal konferanslarda ve toplantılarda yer alan partiler, genellikle eski aparatın parçalarıyla bağlantılarını koruyorlardı ve varolan rejimlerle bağları aracılığıyla az ya da çok uzlaşmacı konumdaydılar. Ayrıca bundan da daha önemlisi, bu yeni partilerin bir sürü lideri, geleneksel bölgesel iktidar tabanlarına dayanarak ya da eski rejimlerle girdikleri „koalisyon hükümetleri“ aracılığıyla, kendileri için yeni bir geliri hızla güvence altına alma çabasıydı.

### Etnik Anlaşmazlıkların Radikal Karakteri

Kivu'da son sonbaharda geçen trajik olaylar etnik anlaşmazlıkların gittikçe radikal bir karakter kazandığını gösteriyor. Bu anlaşmazlıkların bazıları, baskıya karşı bir

mücadele unsuru olma özelliğini içlerinde taşıyor. Bağımsızlığın elde edilmesinden sonra, politik iktidar 20-30 yıl boyunca bir etnik gurubun veya ülkedeki belirli bir bölgenin insanların elinde tekelleşince, egemen parti ve devletin dağıtım sistemi tarafından kenara itilen diğer halk toplulukları acı çekenleri oluşturuyorlar. Diğer bir deyişle etnik kimlik, sırf geçmişin kalıntısı olan „yanlış bir bilinci“ değil, gerçek bir toplumsal bilinci ifade ediyor.

Ruanda, Zaire ve diğer ülkelerdeki etnik dinamizm, canlılığını, emperyalizm tarafından oluşturulan ve yeniden yeniden oluşturulan zafer havasındaki -devlet kurumlarını da içine alan- pazar ekonomisiyle etnik ve klan bağlarının karakterize ettiği iktidar ilişkilerinin birarada varoluşundan alıyor.

### Grup Kimliği ve Mülkiyet İlişkileri

Bu ülkeler örneğinde olduğu gibi daha bir önem kazanan kişisel ya da grupsal sadakat, basitçe bir kimlik ya da dil birliği meselesi değildir. Gurup kimliği, o bölgedeki toprağa, suya ve diğer kaynaklara sahip olabilmeyen ve bunları kullanabilmenin kimlerin doğal hakkı olduğunu belirliyor, böyle bir özgül biçimle bağlantılıdır. Ruanda bu durumun en tipik örneklerindedir. Toplum, kısmen kaldırılmış olan, kısmen de yeniden üretilmiş olan eski kabile ilişkilerine göre şekillenmiştir. Bu şekilde oluşan gurup kimlikleri artık aynı zaman diliminde tarih sahnesine çıkmamakla ilgili değil, daha ziyade bölgedeki eşitsiz gelişmelerle ilgilidir. Bu anlaşmazlıkların tarihi ayrıca göstermektedir ki, egemen ve tabi etnik guruplar ya da kabile kastları zamanla kolayca yer değiştirebilir. Belirli bir ülkedeki çeşitli gurupların önyargılarının simetrik olması bu nedenle hiç de sürpriz değildir.

Şu anki krizin şiddeti, bu kimliklerin, sosyal, antiemperyalist ve daha evrensel bir bilince entegrasyonu için çok az bir şans tanıyor. Zenginliğin dağılımı, sosyal, etnik ve bölgesel olarak çoktan eşitsizdir. Bu dağılım, kendi çıkarlarını ve entrikalarını, temsil ettiklerini söyledikleri „kendi“ halklarının meşru çıkarlarını konu ederek geliştiren yerel kodamanlar, askeri liderler ve geleneksel kabile şefleri arasındaki karşıtlıkların gittikçe artan bir şekilde nesnesi olmaktadır.

Çat, Somali ve Liberya'da devlet olarak devlet, etnik ve askeri otoritelere parçalanmanın çoğalması sonucu artık kaybolmuştur. Zaire'de bugün ordu halkın sırtından geçi- nen çetelerden oluşan bir mekanizmadan başka bir şey değildir.

Bazı Afrika ülkeleri bu çürümeye maruz kalmama sansına sahip olmuştur. Ancak hiçbir yerde, bu çöküntünün yapısal tahribata yol açan etkileri karşısında karşıt bir dengeyi oluşturabilecek çıkış yolunu gösteren yeterli güçte bir sosyal mücadele yoktur. İktidarlara karşı etnik haritanın sömürülmesine dayananlara karşı mücadele edenler, eğer sosyal biçimlerle içiçe geçmiş etnik sorunları anlayabilirlerse ve bunları yeniden formüle edebilirlerse iyi bir şey yapmış olurlar. Görünen odur ki, demokrasi merkezi bir taleptir ve baskı altındaki gurupların meselelerini konu edebilme ve kendi dillerini konuşabilme hakkını güvence altına alma özelliğine

sahiptir.

Afrika'nın aktivist, ulusalcı ve antiemperyalist kuşakları bu basit gerçeği anlamadılar. Kendi „yurtsever“ inançlarını vurgulamayı tercih ettiler ve birçok Afrika ülkesindeki etnik yaşam gerçekliğini sorgulayan mülahazalarda bulunmayı kesinlikle reddettiler. Bu akımlar emperyalizmin manipülatif jestlerine (örneğin sınırlar) karmaşık toplumsal gerçeklikten daha fazla değer verdiler. „Ulus“a saplantıları sonucu çeşitli etnik-dilsel gurupların özgül sosyal hedeflerini hesaba katan gerçek bir antiemperyalist mücadele yürütmekte yetenezsiz kaldılar. Zaire'deki muhalif liderlerin, ülkenin doğusundaki krize, devlet başkanı Mobutu'nun yönetiminde bir milli birliğin sağlanması istemiyle reaksiyon gösterişlerini izlerken insanın ruhuna sıkıntı çöküyor.

*Çeviri: Selçuk*

*Bu akımlar emperyalizmin manipülatif jestlerine (örneğin sınırlar) karmaşık toplumsal gerçeklikten daha fazla değer verdiler. „Ulus“a saplantıları sonucu çeşitli etnik-dilsel gurupların özgül sosyal hedeflerini hesaba katan gerçek bir antiemperyalist mücadele yürütmekte yetenezsiz kaldılar.*

## Café Vukani

### Café von und für Flüchtlinge und MigrantInnen

Wir sind eine Gruppe von Männern und Frauen aus unterschiedliche Herkunftsländern, die sich seit Februar 1996 regelmäßig,

**immer Sonntags ab 15.00 in der B5 treffen - als Café Vukani.**

Vukani bedeutet „Aufstand, erhebt euch selbst“, in Zulu und Xhosa.

Beide Sprachen stammen aus Nordafrika aus der Nyunie-Sprache.

Das Café Vukani ist für Viele der erste Versuch nach längerer Zeit, wieder gewisse Kommunikations- und Informationsstrukturen aufzubauen oder wiederzubeleben. Zum Einen ist der Wunsch vorhanden einen Treffpunkt für soziale Bedürfnisse zu haben oder Anlaufstelle für interessierte Personen zu sein. Zum Anderen sind auch sehr Viele daran interessiert politische Strukturen aufzubauen oder zu stärken.

Die Ideen und Vorstellungen die hier vorgetragen werden sind vielfältig: Sie reichen von kulturellen und politischen Veranstaltungen, über Beratungsangebote, Vernetzungsinitiativen bis hin zu Betrieb einer kleinen Küche. Jeden letzten Sonntag im Monat findet ein MigrantInnen - Frauen-Café statt.

**Wir freuen uns auf Euch,  
an jedem Sonntag ab 15.00 Uhr  
in der  
B5 Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg**

\*Almanca yayımlanan Inprekorr dergisinin Şubat 1997 tarihli sayısında yayımlanan metinden Türkçe'ye çevrilmiştir.

# Kongo und das westliche Verbrechen

**„Aber ich werde jeden imperialistischen Einfluß ablehnen. Wir ziehen Freiheit in Not dem Reichtum in Knechtschaft vor.“**

(Patrice Lumumba, Januar 1960, aus seinen Äußerungen in der Zeit der Verhandlungen „ber die Unabhängigkeit Kongos in Brüssel)

**„Alle freien Menschen auf der Welt müssen dazu beitragen, das Verbrechen im Kongo zu rächen“**

(Ernesto Che Guevara, Dezember 1964, aus seiner Rede vor der Vollversammlung der UN in New York)

**„Wenn die westlichen Mächte das Recht haben, anticastristische Kämpfer zu entsenden, die die Flugzeuge steuern, von denen die afrikanische Bevölkerung bombardiert wird, dann haben die Afroamerikaner ebenfalls das legitime Recht, ihren afrikanischen Brüdern Beistand zu leisten“**

(Malcolm X, Nach der Rückreise aus Afrika bei den Kundgebungen in Harlem)

Vor Kurzem erst setzte die Rebellenarmee aus Ostzairer der 37-jährigen Herrschaft Mobutus ein Ende. Eine Rebellenallianz übernahm die Macht und das seit 1971 Zaire genannte (frühere Kongo-Leopoldville/ ab 1966 Kongo-Kinshasa) wurde zur „Demokratischen Republik Kongo“ umbenannt.

Die Situation auf der Welt jetzt ist anders als in den sechziger Jahren. Das sogenannte „sozialistischer Lager“, daß immerhin (wenn auch wackeliges) Gegengewicht darstellte, ist inzwischen völlig zusammengebrochen. In der Zeit des Weltimperialismus mit „neoliberalen“ Deckmantel, weltweit wachsender Armut und Not der Völker, in der sich die Guerilleros und Befreiungsbewegungen überall dazu gezwungen sehen, mehr Kompromisse und Zugeständnisse zu machen als das sonst der Fall wäre.

Ohne die notwendige Kritik zu unterlassen, und unabhängig davon, wie das Ganze unter diesen Umständen ausgehen wird: Revolutionäre müssen sich freuen, da diese kleine Rebellenarmee Mobutu verjagt und die westlichen Mächte dazu gezwungen hatte, ihre Positionen immer wieder zu revidieren. Und diejenigen, die sonst, wenn es z.B. um eine Bewegung in Lateinamerika geht, immer dabei sind, „Solidaritätskomitees“ zu gründen, müssen sich fragen, ob Afrika auch für sie ein vergessener, verlassener Kontinent ist, in dem Durchblicken viel Mühe erfordert und auf den ersten Blick alles erschreckend erscheint.

## Das westliche Eindringen in ehemaligem Kongo

Nachdem der anglo-amerikanische H. M. Stanley (die jetzige Stadt Kisangani im Nordosten hieß jahrelang Stanleyville) 1874-1877 im inneren des Kongo auf reiche Erzlager gestoßen war, erweckte er beim belgischen König Leopold II. (die heutige Hauptstadt Kinshasa hieß früher Leopoldville) Interesse für dieses Land. Er ließ die „Association Internationale Africaine“ gründen, zu der auch die „Afrikanische Gesellschaft in Deutschland“ gehörte. Nach dem Entschluß einer internationalen Kongokonferenz (1884/1885) zu einer sogenannten „Humanitätsintervention“ fiel das Land das ab 1908 zu einer direkten Kolonie des belgischen Staates wurde, zur Ausplünderung in die Hände von Leopold II.. Die internationale Finanzgesellschaft „Societe Generale“ gründete dann den Bergwerkkonzern „Union Miniere“ Sie kontrollierte anschließend die ganze Wirtschaft. Die Ausplünderung, die schon 1893 mit dem Kupferfunden in Katanga (südöstliche Provinz von Kongo) begonnen hatte, weitete sich auf andere wertvollen Naturschätze wie Kobalt, Uran, Zinn, Wolfram, Mangan, Molybdän, Germanium und Industriediamanten aus.

Industriediamanten aus Katanga/Bakwanga deckten 2/3 des Weltbedarfs. Ende der 50er Jahre war das Land, in dem 14 Millionen Kongolesen mit ihren 400 Stämmen lebten, die 200 verschiedene Dialekte der Bantusprache Kisuaheli sprechen, durch 10000 belgische Kolonialbeamte und den tausend weißen Offiziere der Force Publique, poli-

tisch-militärisch beherrscht. Die Wirtschaft lag in den Händen von 50000 tausend Privatunternehmern, deren Verwalter Europäer waren.

## Der Aufschwung des Antikolonialismus und der Auftritt Lumumba's

Es war die Zeit, in der sich überall in Asien und Afrika antikolonialistische Befreiungsbewegungen entfalteten. Schon 1946 sagte der erste gewählte Präsident der Panafrikanischen Föderation Yomo Kenyatta, der „Brennende Speer“ aus Kenia, den Charakter der ausgebrochenen Zeit vorausschauend, „meine Stunde ist gekommen“.

Er besaß zudem eine Führungsposition in der Mau-Mau Bewegung. Diese Bewegung in der englischen Kolonie Kenia, die Ende der 40er Jahren Vorläufer des Antikolonialismus in Afrika war, wurde nach dem Aufstand von 1953, an dem sich 1,5 Millionen Kikuyu (ein Stamm von Bantu) beteiligten, von England niedergeschlagen. Sie hinterließ aber ein Erbe des Widerstandes. In den folgenden Jahren wurde Ghana unter der Führung des Kämpfers N'krumah unabhängig.

In Guinea siegte der Antikolonialismus, Sekou Toure wurde Staatspräsident. Kongo-Brazzaville, der westliche Nachbar von Kongo-Leopoldville näherte sich der Unabhängigkeit vom französischen Kolonialismus an.

Nasser aus Ägypten machte sich mit seiner Philosophie des Panarabismus stark und ermöglichte die Gründung einer „Vereinigten Arabischen Republik“, die sich mit den Befreiungsbewegungen der afrikanischen Völker solidarisierte.

Das spätere Staatsoberhaupt in Kongo-Leopoldville, Kasavabu veröffentlichte 1946 die Proklamation „Das Recht der ersten Siedler“, in der gesagt wurde, ihnen gestohlenen Land früher oder später in die Hände der ursprünglichen Besitzer, der Bas-Kongolesen übergehen müsse.

Lumumba's politische Entwicklung fand in dieser Atmosphäre statt und seine Position unterschied sich von allen anderen durch sein radikales Auftreten. Er war ein kleiner Beamter in der Scheckabteilung der Post von Stanleyville. Im Jahre 1956 wurde festgestellt, daß in der Amtskasse 126.000 belgische Kolonialfranken fehlten und in den Büchern Falschbuchungen vorgenommen worden waren. Lumumba wurde deshalb zu 24 Monaten Gefängnis verurteilt. Er äußerte sich über diesen Vorfall ganz offen: „Ich

habe dieses Geld gestohlen und bedauere nur, daß es nicht mehr war. Aber ich habe nichts davon für mich selbst verbraucht. Ich habe es für den politischen Befreiungskampf verwendet und damit niemandem persönlich geschadet. Ich habe nur den Kolonialstaat bestohlen, und der war und ist unser Todfeind. Er hat uns ausgebeutet. Also habe auch ich ihn ausgebeutet.“

Während seiner Haft schreibt er das Buch „Mein Gefängnis“ sowie flammende Aufrufe. Im Oktober 1958 rief er die „Mouvement National Congolais“ (MNC) ins Leben. Als Einziger aus dem Kongo, legte er auf der Konferenz im selben Monat in Akkra ein politisches Programm vor, das nicht auf Stammesprinzipien beruhte und außerdem eine Gesamtstaatlichkeit mit Verwaltungen in einzelnen Provinzen vorsah.

Unter dem antikolonialistischen Druck mußten die Belgier den Kongolesen versprechen, daß sie 1959 die ersten Maßnahmen zu einheimischer Mitarbeit an der Verwaltung treffen, und mit ihnen über eine neue Staatsform verhandeln würden. Wie die Dokumente davon beweisen, waren die Kongolesen aber noch weit von einer wirklichen Unabhängigkeit entfernt. Die Kongolesen nahmen aber die Versprechungen der Belgier ernst und versammelten sich schon am 4. Januar 1959 nach dem Aufruf von ABAKO zu einer Mitgliederversammlung in Leopoldville. Nachdem die Versammlung sich trotz Kasavabu's mäßigender Position nicht auflöste, schoß der europäische Kommissar auf die Versammelten Daruffin entwickelte sich 24-stündige Rebellion, bei der 340 Kongolesen durch die Einheiten von „Force Publique“, getötet wurden. Dieser Tag wurde dann von den Kongolesen als „der Tag des Volksaufstandes“ genannt.

Als Lumumba in der sich radikalierenden Stimmung des November 1959 auf dem ersten Kongreß seiner Partei eine Rede gegen den belgischen Kolonialismus hielt, wurde er durch den belgische Militärapparat „Force Publique“ verhaftet. Damals war noch Ileo, der spätere Ministerpräsident nach Lumumba und Mobutu auf der Seite von Lumumba, in MNC.

Wie die Rebellion vom 4. Januar 1959 zeigte, konnte man die Befreiungsbewegungen des Volkes nicht weiter ignorieren. Belgien wollte aber die Kontrolle nicht aus der Hand geben. Einerseits wurden deswegen die Vertreter der einzelnen Stämme und aller politi-

**„Ich habe dieses Geld gestohlen und bedauere nur, daß es nicht mehr war. Aber ich habe nichts davon für mich selbst verbraucht. Ich habe es für den politischen Befreiungskampf verwendet und damit niemandem persönlich geschadet. Ich habe nur den Kolonialstaat bestohlen, und der war und ist unser Todfeind. Er hat uns ausgebeutet. Also habe auch ich ihn ausgebeutet.“**

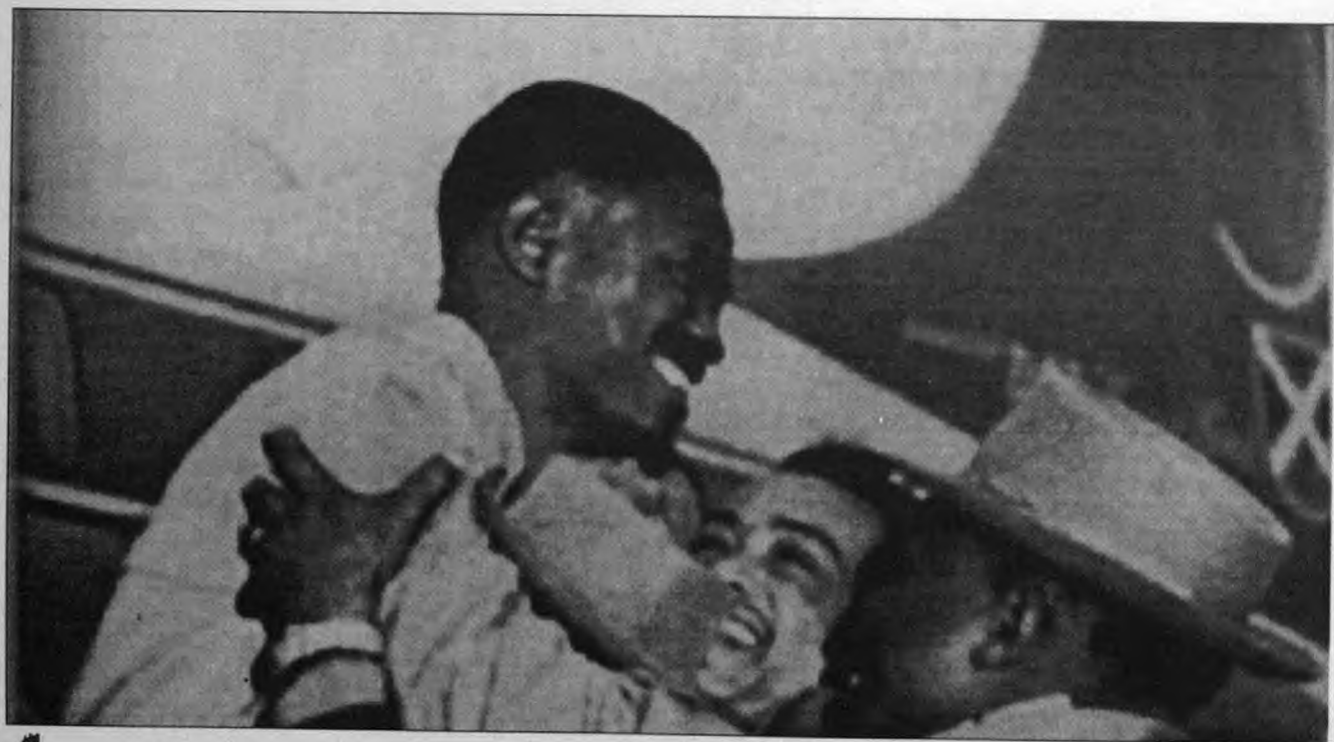
schen Richtungen aus dem Kongo für den 20. Januar 1960 zu einer „Konferenz am Runden Tisch“ nach Brüssel einberufen. Andererseits wurde Lumumba am 18. Januar 1960 durch die belgische Entscheidung aus dem Gefängnis in Stanleyville in die Provinz Katanga, wo Lumumba's politischer Gegner und Belgien's engste Verbündete Tschombe sitzt, gebracht. Während seiner Haftzeit im Dezember 1959, erhielt seine Partei bei den Gemeindewahlen 90% aller Stimmen.

Anscheinend hatte Belgien die Entscheidung getroffen, Lumumba aus dem Prozeß auszuschalten. Da geschieht aber etwas Unberechenbares. Der MNC-Vertreter Nendaka ergriff das Wort und hielt eine historische Rede: „Zwar sind einhundertzwanzig von uns allen Teilen des Kongogebietes hierher gekommen, doch wir sind nicht vollzählig. Einer fehlt in unseren Reihen. Wenn dieser Mann nicht aus der Haft in Katanga entlassen wird, wohin er am Tage seiner Verurteilung, am 18. Januar, überführt worden ist, und wenn dieser Mann nicht aufgefordert wird, sich an unserer Aufbauarbeit zu beteiligen - dann werden wir diesen 'Runden Tisch' verlassen und zur Erlangung unserer Unabhängigkeit andere Wege gehen. Wie dieser Weg aussehen wird, ist unsere Sache; unser Ziel jedenfalls werden wir bestimmt erreichen. Das schwöre ich Ihnen! Der König (belgischer König Baudouin) hat gesagt, Belgien sei entschlossen, spontan und großzügig zu

handeln! Das muß Belgien erst beweisen!“ Nach dieser Rede forderten alle anderen Vertreter der Parteien und der Stämme sofortige Freilassung von Lumumba und seine Einladung zur Konferenz.

Schon am nächsten Tag wurde Lumumba aus der Haft entlassen und beteiligte sich an der Konferenz. Daraufhin wurde am 1. Juli 1960 die Republik Kongo geboren. Die dazugehörigen allgemeinen Wahlen fanden am 30. Mai 1960 statt. Lumumba's Partei MNC erhielt 40% aller Stimmen, der Rest verteilte sich auf ca. 30 andere Parteien. Kasavubu wird Staatspräsident und Lumumba Ministerpräsident. Lumumba, dessen Vorschlag über eine Generalamnestie für alle Häftlinge noch vor kurzem durch den König Baudouin abgelehnt wurde, legte bei der Zeremonie kein Wert auf die Bewilligung der Unabhängigkeit durch Belgien und rechnete in seiner Rede an die Kongolesen mit den westlichen Verbrechen ab:

„Euch alle, meine Freunde, die ihr ohne Unterlaß mit uns gekämpft habt, euch alle fordere ich auf, das Datum des 30. Juni 1960 unauslöschlich in euer Gedächtnis und für immer in eure Herzen einzuprägen.... Denn die Unabhängigkeit des Kongo, die heute in Übereinstimmung mit dem uns befreundeten Belgien und nach Verhandlungen, bei denen wir als Gleichberechtigte auftreten konnten, proklamiert worden ist, sie ist nur durch



Kampf erreicht worden. Durch ständigen Kampf, einen idealistischen und fanatischen Kampf, in dem wir unsere ganze Kraft und Selbstverleugnung eingesetzt, für den wir gelitten und unser Blut vergossen haben. Kein Kongolese, der dieses Namens würdig sein will, darf das jemals vergessen. Es war ein Kampf, der Tränen, Blut und Opfer gekostet hat und auf den wir in der Tiefe unseres Herzens stolz sind, denn er war gerecht, ehrenhaft und unvermeidlich, um die erniedrigende Sklaverei zu beenden, die uns mit Gewalt aufgedrängt worden war.

Unser Schicksal in den vergangenen achtzig Jahren, unsere Wunden ... das alles ist noch viel zu frisch und zu schmerzhaft, als daß wir es aus unserem Gedächtnis streichen könnten.

Wir haben nur mühselige Arbeit gekannt, für die wir so geringen Lohn erhielten, daß wir uns nicht einmal satt essen konnten, daß wir uns weder kleiden noch anständig wohnen konnten, daß wir nicht einmal unsere Kinder, die uns so lieb und teuer sind, erziehen konnten. Wir haben Hohn, Beleidigungen und Mißhandlungen kennengelernt, die wir früh, mittags und abends ertragen mußten, weil wir Schwarze sind. Wer könnte es je vergessen, daß wir Schwarzen geduzt wurden, aber nicht aus Freundschaft, sondern weil die Weißen sich über uns erhaben dünkten.

Wer wird jemals vergessen, wie oft auf unsere Brüder geschossen wurde und wie viele von ihnen dabei umkamen; wer wird die Gefängnisse vergessen, in die alle geworfen wurden, die sich nicht der Regierung des Unrechts, der Unterdrückung und der Ausbeutung unterwerfen wollten.“

Trotz Unterzeichnung der Unabhängigkeit wollte die „Force Publique“ also die Armee, die von 1000 belgischen Offiziere geführt wurde und aus 25000 Mann bestand, als Unterdrückungsapparat bestehen bleiben. Der belgische oberkommandierende General konnte bei den ersten Unruhen der schwarzen Soldaten noch gelassen vermelden: „Die Unabhängigkeit gilt nur für Zivilisten, für das Militär gibt es lediglich Disziplin“. 3000 schwarze Soldaten der „Force Publique“ in Thysville dachten aber bereits anders. Für sie war es an der, endlich die weißen Offiziere loszuwerden. Sie entwaffnen alle ihre Offiziere und sperrten sie ein. Alle Europäer wurden vor ein „Tribunal“ gestellt, das darüber zu entscheiden hatte, ob es sich um „gute“ oder „böse“ Weiße handele. Die „guten“ wurden direkt ins Gefängnis gebracht, die

„bösen“ zuerst verprügelt.

Die Soldatenrebellion veranlaßte den Premier- und Verteidigungsminister Lumumba, der nach Thysville gekommen war, die weißen Offiziere vor den schwarzen Soldaten aufzufordern, ihre Rangabzeichen den kongolesischen Soldaten zu übergeben. Im Lande übernahmen die kongolesischen Offiziere die Armeeführung, auch Mobutu wurde Oberst.

Das Verjagen der Europäer war eine milde Vergeltung der unzähligen Verbrechen, die die westlichen Mächte im Kongo angerichtet hatten: Von A Conan Doyle werden sie folgenderweise beschrieben: „Der Fluch des Blutes, der Abscheu eines jeden ehrlichen Menschen lastet heute schon auf ihnen. ... Sie sind schuldig, ein Land geplündert, eine Nation zugrunde gerichtet zu haben, schuldig des größten Verbrechens in der menschlichen Geschichte, um so größer, als es im Namen der Menschheit ausgeführt wurde. Irgendwie und irgendwo muß sie die Vergeltung treffen.“

Die rebellierenden Soldaten im ganzen Lande veranlaßten die 35000 Europäer das fluchtartig zu verlassen. Mit Hilfe von 7750 Fallschirmjägern, die am 10. Juli 1960 eingesetzt wurde gelang es ihnen nach Europa zu flüchten. Katanga, die reichste Provinz von Kongo, in der das belgische Privatkapital am intensivsten konzentriert war, wurde der innere Zufluchtsort der Europäer.

Der mit Belgien kollaborierende Tschombe verkündigte dann am 11. Juli 1960 die Loslösung Katangas vom Zentralstaat. Mittlerweile besetzten belgische Fallschirmjäger alle wichtigen Städte im Kongo. Lumumba erklärte den vor der Unabhängigkeitserklärung unterzeichneten Freundschaftsvertrag mit Belgien für ungültig und ordnet die sofortige Schließung der belgischen Botschaft an. Außerdem bat er die „schwarze UNO“ um Hilfe. Die ghanaischen Truppen, die daraufhin nach Leopoldville gekommen waren, wurden von der Bevölkerung mit Begeisterung empfangen.

Es gelang der Regierung von Lumumba die sich von der Landesregierung der Provinz Kasai getrennte und gegen die Zentralregierung eingestellten Kalonji Truppen, welcher sich als König Albert nannte und Tschombe's Unterstützung genoß, mit einheimischen Soldaten niederzuschlagen.

Der Staatspräsident Kasavubu, der Lumumba's radikale Vorgehensweise gegen den

„Der Fluch des Blutes, der Abscheu eines jeden ehrlichen Menschen lastet heute schon auf ihnen. ... Sie sind schuldig, ein Land geplündert, eine Nation zugrunde gerichtet zu haben, schuldig des größten Verbrechens in der menschlichen Geschichte, um so größer, als es im Namen der Menschheit ausgeführt wurde. Irgendwie und irgendwo muß sie die Vergeltung treffen.“

**Nach einer Geheimsitzung, an der alle bedeutenden Vertreter der Militärbehörden und des „Rates der Kommissare“ (von Mobutu ins Leben gerufen, setzt sich aus den kongolesischen Studenten und Absolventen der belgischen Hochschulen zusammen) teilnahmen, wurde mit der Entscheidung, ihn von Thysville nach Katanga zu bringen, das Todesurteil von Lumumba ausgesprochen.**

Westen und gegen dessen innere Stützpunkte nicht mehr mithalten konnte, setzt in Übereinstimmung mit den westlichen Mächten Lumumba ab und ernennt Ileo, der eine Abspaltung von der Lumumba's Partei führte, zum neuen Ministerpräsident. Im Gegenzug setzt Lumumba Kasavabu als Staatspräsident ab. Kasavabu ernannte am 14. September 1960 den Oberst Mobutu zum Oberbefehlshaber der Armee, der kurz daraufhin mit seinen Truppen Radio Leopoldville besetzte und vor einer Pressekonferenz folgende Erklärung machte: „Um unser Land aus der Sackgasse herauszubringen, hat sich die Armee entschlossen, den Staatschef ebenso wie beide Regierungen und den Landtag bis zum 31. Dezember 1960 auszuschalten.“ Sein Stellvertreter äußerte sich folgendermaßen: „Ab morgen werde ich die Gesandtschaften der Sowjetunion und der Tschechoslowakei einer strengen Kontrolle unterwerfen und die diplomatischen Vertretungen der anderen Länder des Ostblocks unter Militäraufsicht stellen. Ich gebe den Angehörigen dieser Gesandtschaften achtundvierzig Stunden Zeit, den Kongo zu verlassen.“

#### Lumumba's Tod

Lumumba droht die Verhaftung, er zieht sich im Schutz von „schwarzer UNO“, besonders mit Hilfe von ghanaischen und guineaischen UNO-Soldaten in seinem Residenz zurück, die später durch Mobutu's Truppen umzingelt wird. Mobutu, der die Unterstützung von der „weißen UNO“ genoß, geht gegen die „schwarze UNO“ vor: „Die UNO benimmt sich im Kongo wie in einem besetzten Staat und als ob dieses Land das Privateigentum der Banditen N'krumah, Sekou Toure, Nasser und Dayal (der indische Stellvertreter des UNO-Generalsekretärs in Kongo) sei.

Lumumba und seine Anhänger hatten sich zum Widerstand entschieden. In Stanleyville waren sich alle Parteien darin einig, die neuen Machthaber zu stürzen. Lumumba ergriff die Flucht aus der Residenz in Richtung Landesinnere. Sie führen als eine Kolonne und er hielt unterwegs immer wieder Reden und agiert gegen die Belgier und die Machthaber. Schließlich wurde er aber durch Mobutu's Polizisten verhaftet und ins Gefängnis von Thysville gebracht.

Inzwischen war Kasavabu als anerkannter Staatspräsident aus New York von der UNO-Vollversammlung zurückgekehrt. Er unterstützte jetzt Mobutu's Vorgehen und als in Thysville wieder ein Militäraufstand ausbrach, diesmal gegen die schwarzen Offizie-

re und reichen Kongolesen, ernannte er ihn zum General. Nach einer Geheimsitzung, an der alle bedeutenden Vertreter der Militärbehörden und des „Rates der Kommissare“ (von Mobutu ins Leben gerufen, setzt sich aus den kongolesischen Studenten und Absolventen der belgischen Hochschulen zusammen) teilnahmen, wurde mit der Entscheidung, ihn von Thysville nach Katanga zu bringen, das Todesurteil von Lumumba ausgesprochen. Er und seine zwei Freunde wurden am 18. Januar 1961 durch Tschombes Gendermarie zu einem Militärlager der Fremdenlegion der „Schrecklichen“ - die ca. tausend französische, belgische, deutsche, italienische Söldner umfassen - in die Nähe von Elisabethville gebracht. Er und seine Freunde M'Polo und Okito wurden von Lastwagen auf die Straße geworfen und durch Kolbenschläge, Fußtritte der katangesischen Soldaten und durch die letzten Schüsse des belgischen Kapitäns Marcel Ruys exekutiert, wie später ein in Königsberg geborener deutscher Leutnant von den „Schrecklichen“ die Tat darstellte.

Nach Lumumba's Tod kamen die Belgier, die geflüchtet waren, zurück. Lumumbas Anhänger leisteten Widerstand, ihm nahestehende und seine Macht von Stanleyville aus nach Kivu ausgedehnte Gizenga ließ bei einer Gelegenheit den Direktor der Sicherheitspolizei von Leopoldville, der Lumumba nach seiner Flucht verfolgte, verhaften und hinrichten. Die Anhänger von Lumumba ziehen sich in die von ihnen kontrollierten Gebiete zurück.

Mobutu, der auf seine mörderische Art und Weise die Kollaboration mit den anderen westlichen Mächten die Gesamtstaatlichkeit vorantrieb, hatte jetzt vor, Tschombe, der immer noch auf die Trennung Katangas beharrte und trotz des anderslautenden Entschlusses der UNO die belgischen Berater nicht entlassen wollte, auszuschalten. In dem Moment, als in Belgien die neue katholisch-sozialistische Koalitionsregierung gebildet und Tschombe vorläufig fallengelassen wurde, wurde er so lange verhaftet, bis er mit der Einstaatlichkeit einverstanden war.

#### Die Offensive der Lumumbisten von 1964/1965 und Che's Kampfeinsatz

Die Lumumbisten, die auch nach Lumumbas Tod zwischen 1961 und 1964 nicht aufgegeben hatten, bildeten eine Guerilla im Hinterland in Tansania, dem östlichen Nachbarstaat. Sie gingen 1964 in die Offensive. Mitte

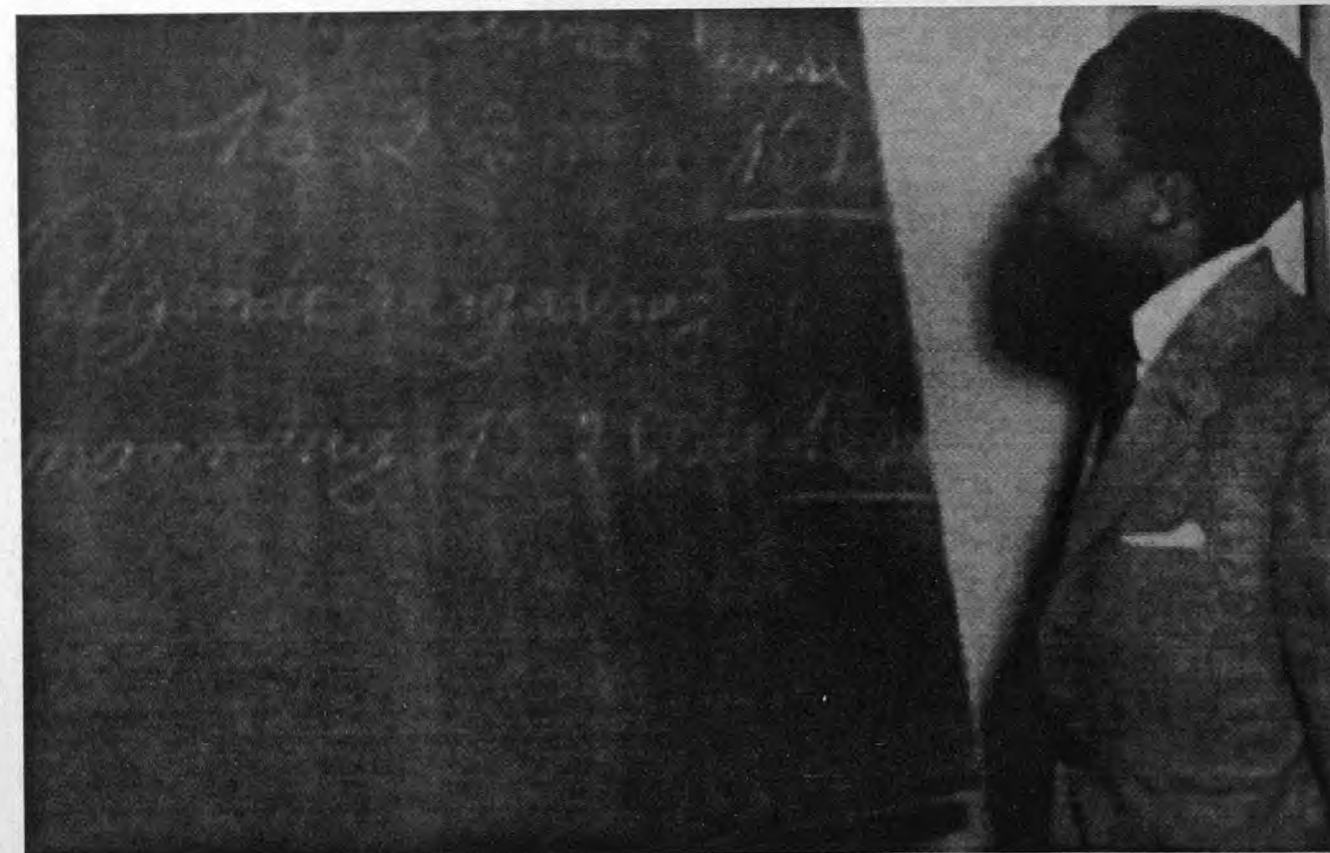
1964 hatten sie drei Gebiete, das im Westen, im Norden und im Osten des Landes besetzt. Stanleyville (Kisangani) war Sitz der Gegenregierung, die von afrikanischen Staaten unterstützt wurde. Ende November 1964 griff die USA an. Von weißen Exilkubanern aus Miami gesteuerte US-Bombenflugzeuge setzten belgische Fallschirmjäger über Stanleyville ab. Sie bombardierten auch die zivilen Ziele und richteten ein Massaker an, dem 10.000 Kongolesen zum Opfer fielen: „Die CIA versorgte die Sache Mobutus und Cyril Adoulos mit Geld und Waffen. 1964 schleuste die CIA ihre eigenen Söldner in den Kongo ein. B-26 Bomber, die von kubanischen Piloten geflogen wurden, die schon an der Schweine-Bucht Invasion teilgenommen hatten, flogen heftige Attacken gegen die Aufständischen. Als die CIA 1964 intervenierte, wurden von einem Unternehmen, namens Caramar (einem Tarnunternehmen der CIA) kubanische Veteranen als Piloten angeworben“ (Marchetti). Die Intervention der USA, die aus den Gedächtnissen ausgelöscht ist, fing sogar eher an: „Dulles hatte ein Sofortprogramm von 100000 tausend Dollar aus dem Fonds der CIA bewilligt, um die Regierung Lumumba zu stürzen und durch eine pro-westliche zu ersetzen. Allen Dulles hatte die Ermordung

Lumumbas als ein 'dringendes und vorrangiges Ziel' angeordnet. Zu Beginn der 60'er Jahre kaufte und verkaufte die CIA kongolesische Politiker. Ab Mitte '64 gaben die Vereinigten Staaten Leopoldville über längere Zeit eine Militärhilfe in Höhe von einer Million Dollar pro Tag. Die Vereinigten Staaten schickten ungefähr 200 Militärs zur Ausbildung der Truppe und trainierten kongolesische Offiziere in Fort Knox“ (Wiliam Blum)

Malcolm X, der zu dieser Zeit von einer Reise durch Afrika zurückkam, versuchte zwischen dem Kampf der nordamerikanischen Schwarzen und dem der afrikanischen eine Verbindung herzustellen. Er organisierte zu diesem Zweck Demonstrationen in Harlem und beabsichtigte dadurch, eine afroamerikanische Brigade aufzustellen. Er traf in New York auf Che Guevara, der das gleiche Projekt vorhatte. Sie hatten vorgesehen, daß Freiwillige aus den Ghettos der USA den Kampf im Kongo verstärken sollten.

Che reist daraufhin mit 120 schwarzen kubanischen Freiwilligen in den Kongo ein. So war es u.a. mit Laurent Kabila, dem obersten Führer des kongolesischen MLN in der nordöstlichen Zone abgesprochen. Die Kubaner beteiligten sich unter der Führung von Che an den Kämpfen in der vordersten Front in der östli-

**Ende November 1964 griff die USA an, die von weißen Exilkubanern aus Miami gesteuerte US-Bombenflugzeuge setzten belgische Fallschirmjäger über Stanleyville ab, bombardierten auch die zivilen Ziele, richteten ein Massaker an, dem 10000 Kongolesen zum Opfer gefallen waren.**





**Unter Habyarimana fand dann zwischen April und Juli 1994 einer der intensivsten Völkermorde der Geschichte statt, der von der ruandischen Armee, von Interhamwe-Milizen und von Hutuextremisten angerichtet wurde und dem eine Million Tutsi und tausende von oppositionellen Hutus zum Opfer gefallen waren. Mehr als die Hälfte der Tutsibevölkerung wurde ausgerottet. Die Unterstützer des Völkermordes waren insbesondere die französische und belgische Regierung, multinationale Konzerne - Waffenfabriken, die aus Großbritannien, Belgien und Frankreich Waffen lieferten, die Bank von Paris und die Dresdner Bank.**

chen Zone, der auch die Provinz Kivu angehörte.

Durch die Intervention der Fallschirmjäger und die Bombardierung der aufständischen Gebiete konnten Tschombes Truppen Stanleyville (Kisangani) einnehmen. Die Offensive der MLN, der nationalen Befreiungsbewegung, an der auch 700-4000 Ruander beteiligt waren, scheiterte. Sie zogen sich danach nach Tansania zurück.

Che fing in Daressalam (Tansania) in seine Tagebuches damit an ein Manuskript zu verfassen. Es trug den Titel: „Passagen des revolutionären Krieges (Der Kongo)“: „Dies ist die Geschichte eines Scheiterns. Sie begibt sich hinab in anekdotische Details, wie es sich für Episoden aus Kriegen gehört, doch geprägt ist sie von Beobachtungen und kritischen Einschätzungen. Denn ich glaube, wenn diese Erzählung irgendeine Bedeutung hat, so die, daß sie einige Erfahrungen vermittelt, die für andere revolutionäre Bewegungen von Nutzen sein können. Der Sieg ist eine große Quelle positiver Erfahrungen, aber ebenso ist es die Niederlage, und dies meiner Ansicht nach um so mehr, wenn die handelnden Personen Ausländer sind, die ihr Leben auf unbekanntem Territorium aufs Spiel gesetzt haben, in einem Land mit einer anderen Sprache, mit dem sie nur die Bande des proletarischen Internationalismus teilten, um eine Methode zu begründen, wie sie in den modernen Befreiungskriegen noch niemals angewandt worden ist.“

... Als wir kongolesisches Gebiet betraten, war die Revolution bereits in einer Phase des Niedergangs, später ereigneten sich Dinge, die zu ihrer völligen Auflösung führten, wenigstens für diesen Moment und für dieses enorme Schlachtfeld, das der Kongo darstellt.“

Im November 1965 putschte Mobutu gegen Kasavabu, Tschombe fiel dem Militärputsch zum Opfer. Es begann die Ära der alleinigen Herrschaft Mobutus in Kongo.

#### **Der Aufstand von 1996 in Ostzaire und Kabilas Aufstieg**

Der letztendliche Erfolg des Aufstandes basiert auf dem Zusammenkommen vieler Faktoren. Trotz allem aber hat das Zusammenkommen zweierlei Faktoren in diesem Prozeß entscheidend gewirkt: Das Vorhandensein einer in lumumbistischer Tradition stehenden Guerillabewegung und der Widerstand der einheimischen Bevölkerung in Ostzaire.

So war es möglich, daß der Aufstand in Kivu Fuß faßte. Der Widerstand der einheimischen Bevölkerung hatte wiederum etwas mit den Entwicklungen in Ruanda zu tun. Aus diesem Grunde wäre es nicht unangebracht, die ruandische Geschichte kurz zu skizzieren:

„Ruanda hat eine lange Geschichte. Genau wie Burundi gab es dort einen König. Er wurde gestürzt, doch da er zur Kaste der Tutsi gehört hatte, kam es zum Krieg mit den Hutua. Die Bevölkerung von Ruanda besteht aus drei Ethnien: den Tutsi, den Hutua und den Hutu. Die Hutua sind diejenigen, die sich der Jagd widmen, die Hutu sind Feldbauern und die Tutsi Viehzüchter. In der (früheren) Kolonialzeit wurden die Tutsi bevorzugt. Der Belgier lehrte sie, daß sie den Hutua und den Hutu überlegen seien. Immer die selbe Technik des Teilens und Herrschens. Später ergriffen die Hutu, die in der Mehrheit waren, sehr blutig die Macht, darauf flüchteten sich die Tutsi in alle angrenzenden Länder: Uganda, Burundi, den damaligen Kongo. Als wir den Befreiungskampf aufnahmen, schlossen die Tutsi, die in den Kongo geflüchtet waren, sich uns an, mit der Begründung oder Vorstellung, daß sie, wenn wir gesiegt hätten, über eine logistische Basis für den Kampf in Ruanda verfügen würden. ... Und weil sie uns halfen, würden wir nach dem Krieg die Verpflichtung haben, ihnen zu helfen. Im Jahr '65 war sogar die Rede davon gewesen, eine Front in Ruanda zu eröffnen und den Krieg auf diesen Teil Afrikas auszudehnen, denn wenn es eine Front in Ruanda gegeben hätte, hätten wir leichter in die Provinz Kivu eindringen können, wir hätten sie um so leichter befreien können, wenn ruandische Truppen dabei gewesen wären“(Ilanga).

Um diese Erzählung zu ergänzen: In der späteren Kolonialzeit sahen die Belgier in den Tutsis eine Bedrohung für ihr Kolonialregime. In den Jahren 1959 bis 1962 wurde die sogenannte „Huturovolution“ organisiert, wodurch die Tutsis und die oppositionellen Hutus, die ein unabhängiges Ruanda anforderten, massakriert wurden und flüchten mußten.

Die ursprünglich nach Uganda geflüchteten Tutsis schlossen sich in der Bewegung „Patriotische Front Ruandas“ (FPR) zusammen, der sich später auch Hutus angeschlossen haben. FPR bekämpfte das Regime von General Habyarimana in Ruanda, der 1973 mit einem Staatsstreich an die Macht gekommen war.

Habyarimana, der 1990 den Strukturanpassungsplan des IWF unterschrieben hatte und dadurch die kaffeeproduzierenden Kleinbauern (vornehmlich Hutu) besonders an die Grenze des Verhungerns getrieben hatte, konnte seine Macht noch in seinen letzten vier Jahren auf die vervierfachte Armee und Interhamwe-Milizen stützend behaupten.

Unter Habyarimana fand dann zwischen April und Juli 1994 einer der intensivsten Völkermorde der Geschichte statt, der von der ruandischen Armee, von Interhamwe-Milizen und von Hutuextremisten angerichtet wurde und dem eine Million Tutsis und tausende von oppositionellen Hutus zum Opfer gefallen waren. Mehr als die Hälfte der Tutsibevölkerung wurde ausgerottet. Die Unterstützer des Völkermordes waren insbesondere die französische und belgische Regierung, multinationale Konzerne - Waffenfabriken, die aus Großbritannien, Belgien und Frankreich Waffen lieferten, die Bank von Paris und die Dresdner Bank. „Blauhelme“ unternahmen nichts, ihr Kontingent wurde sogar reduziert. Erst als die Offensive der „Patriotischen Front Ruandas“ (FPR), die sich grundsätzlich gegen ethnische Trennung stellte, bereits ein Sieg abzeichnete, griff Frankreich mit „Operation Türkis“ ein, um die den Völkermord angerichtete ruandische Armee vor einer Niederlage zu retten.

Die FPR war aber erfolgreich, Habyarimanas Regime wurde gestürzt. Die französischen u. (senegalesischen) Militärs bildeten eine „humanitäre Zone“, die freie Bahn für die Völkermörder ermöglichte. Durch diese Zone flüchtete der Rest der ruandischen Armee und die Interhamwe-Milizen nach Kivu in Ostzaire. Dabei nahmen sie hunderttausende Menschen von der Hutubevölkerung als Geiseln mit. Es wurde ein Flüchtlingslager in Ostzaire eingerichtet, das mittlerweile zwei Millionen Flüchtlinge beherbergte und von wo aus versucht wurde, die FPR zu stürzen. Die neue Regierung in Ruanda setzt sich aber mit Hilfe der Bevölkerung für den Rückkehr der Hutuflüchtlinge ein. Frauen von Ruanda, die nach dem Völkermord 60-70% der Bevölkerung ausmachten, schloßen sich mit der Einstellung „Wir Hutu und Tutsifrauen haben uns der tausenden von Weisen und Witwen angenommen und der Aufgabe, unsere Häuser wiederaufzubauen und wir werden uns weiter der Flüchtlinge aus Zaire annehmen, die jetzt zurückkehren“ zusammen.

Die Entwicklung, die unter Führung der ruandischen Restarmee und der Interhamwe-Milizen die ruandischen Flüchtlinge eher notgedrungen zu einer Teilnahme am Raub der Ländereien und des Viehs der zairischen Bauern in Kivu führte, löste die anfänglich erwähnte Rebellion der einheimischen Bevölkerung „Banyamulenge“ aus, die seit Jahrhunderten in dieser Region lebten und von dem zairistischen Regime und der bürgerlichen Presse mit dem Hinweis auf die gemeinsamen Wurzeln mit den Tutsi in Ruanda und Burundi als Tutsi definiert und schon mit Hilfe von Mobutu 1993 in Nordkivu massakriert wurden.

Nach der Niederlage der lumumbistischen MLN im Jahre 1965 gründete Laurent Kabila 1967 „Partei der Volksrevolution“. Er soll später in Frankreich in Exil gewesen sein. In Kivu bleibt eine sogenannte „schlafende Guerilla“, die sich durch Goldminengeschäfte seit vielen Jahren bewaffnet hielt. Diese Guerilla, die unter Führung von Kabila immer die Stürzung von Mobutu zum Ziel hatte, fing an, die ruandische Restarmee und die Interhamwe-Milizen zu bekämpfen. Als im Sommer 1996 diese Truppen, unterstützt vom Militär Zaires, die rebellierenden Banyamulenge angriffen, kam die Guerilla zu Hilfe. Im Oktober 1996 wurde in Kivu die „Demokratische Allianz für die Befreiung des Kongo“ (ADFL) gebildet, die außer Kabilas Partei noch drei Parteien umfaßte, mit dem erklärten Ziel, Mobutu zu stürzen.

Im November 1996 besiegte die Rebellenallianz, die auch durch die neue Regierung aus Ruanda unterstützt wurde, die Restarmee und die Milizen, die das Flüchtlingslager unter Kontrolle hatten. Es geschah dann für die europäischen und nordamerikanischen Militärstrategen etwas Unvorgesehenes: Trotz aller Hindernisse fingen die ruandischen Flüchtlinge an, massiv und spontan zurückzukehren. Zusammenrund 1,5 Millionen Menschen.

Als die Soldaten der Restarmee beim Rückzug alles mögliche plünderten, mischten sich Mayi-Mayi, die seit Jahrhunderten an den Ufern des Kivu Sees leben, in den Kampf ein. Ihrer Tradition („Nacht der Buschmesser“: In der Nacht zum neuen Jahr rächt man sich bei den Festlichkeiten an dem Feind ) entsprechend, verjagten sie die Restarmee.

Allen „Hilfsorganisationen der UNO“, die noch in Ruanda und in Uganda in Schlange stehen und mit Kolonnen warteten, ließ Kabila ausrichten, „falls die UNO-Soldaten die

**Es geschah dann für die europäischen und nordamerikanischen Militärstrategen was Unvorgesehenes, das alle Strategien durcheinander brachte. Trotz allen Hindernissen fingen die ruandischen Flüchtlinge massiv an, spontan zurückzukehren, die dann als Rückkehrende 1,5 Millionen umfaßten.**

**Mobutu, der seinen zweiten Sitz an der CÜte d' Azur hatte und der für die westlichen Mächte jahrelang einen Frontstaat gegen die Befreiungsbewegungen wie MPLA in Angola und ANC in Südafrika aufgebaut hatte, verhandelte noch mit Premier Chirac, der „Mobutu ist der beste Mann, um sein Land zu repräsentieren und eine politische Lösung zu finden“, meinte, traf in Genf mit dem französischen Innenminister Pasqua, um die Anwerbung von Söldnern, die sich aus französischen Offizieren, europäischen Bereitwilligen, den Weißen aus der früheren südafrikanischen Apartheidsarmee und UNITA aus Angola zusammen setzen sollte, neu zu organisieren.**

Absicht hätten, die östliche Zaire zu betreten, könne dies lediglich in Gruppen von nicht mehr als fünf Mann geschehen - außerdem unbewaffnet und unter dem Schutz der Rebellen.“

Kabongo, von der obersten Führung der Rebellen, äußerte sich unnachgiebig: „Entfernt Mobutu und seine Lakaïen aus Kinshasa. Dann werdet ihr sehen, daß wir reich genug sind, um uns selbst zu ernähren und für unsere Alten und Kranken zu sorgen. Wir wollen nicht noch einmal von einer ganzen Armee besetzt werden, mit Entwicklungshilfe und Impfstoffen und Trockennahrung, so wie seinerzeit, als uns eine Kolonialarmee mit Waffen besetzt hat. Denn das Resultat wäre das gleiche: Unabhängig werden wir niemals.“

Mobutu, der seinen zweiten Sitz an der Cote d'Azur hatte und der für die westlichen Mächte jahrelang einen Frontstaat gegen die Befreiungsbewegungen wie MPLA in Angola und ANC in Südafrika aufgebaut hatte, verhandelte noch mit Premier Chirac („Mobutu ist der beste Mann, um sein Land zu repräsentieren und eine politische Lösung zu finden“) und traf in Genf mit dem französischen Innenminister Pasqua zusammen, um die Anwerbung von Söldnern, die sich aus französischen Offizieren, europäischen Bereitwilligen, den Weißen aus der früheren südafrikanischen Apartheidsarmee und UNITA aus Angola zusammen setzen sollte, neu zu organisieren.

Sein Ziel war die Wiedereroberung Ostzaires. Als Söldner und Berater nahmen 1000 französische Soldaten, die in einer Militärbasis in der Region stationiert waren, an dieser Offensive teil. Auch die Volksrepublik China, die Mobutu seit langem unterstützte, schickte Januar 1997 Militärdelegation nach Kinshasa. Ihre Militärberater beteiligten sich an der Offensive.

Mobutu beschuldigte sogar seinen Premierminister Kengo, Tutsi zu sein und versuchte sich so als zairischer Nationalist stark zu machen. In der Opposition in Kinshasa, bis auf Sondij's Partei, der in dieser Stimmung noch „der Aufstand ist vielleicht ein verrücktes Abenteuer, aber man muß vorsichtig sein und darf nicht vergessen, wer der Hauptgegner ist“ sagte, verbreitete sich die Ansicht, im Namen des zairischen Nationalismus die Feindschaft gegenüber Mobutu aufgegeben werden müsse.

Selbst die bis dahin entschieden erscheinenden

den Gegner Mobutus forderten ein Eingreifen der Armee in Kivu, die noch viele Rohstoffe für die Raumfahrtindustrie und wichtige Mineralien für Spitzentechnologien besitzen soll. Als die Städte Bukavu und Goma in Kivu an die Rebellen gefallen waren, gingen die Studenten in Kinshasa, die den Oppositionsführer Tshisekedi unterstützten, gegen den Sparprogramm der Mobuturregierung auf die Straße. Sie forderten aber gleichzeitig, gegen die Rebellen an die Front zu gehen.

Die Rebellen marschierten aber die sogenannte Offensive zurückschlagend in Richtung Kinshasa. Mobutu mußte letztendlich flüchten und Kinshasa fiel in die Hände der Rebellen. Laurent Kabila wurde Staatspräsident.

Daß das westliche Verbrechen kein Ende finden würde, ist nicht zu bezweifeln.

Schon ist die Tendenz zu sehen, daß besonders die USA ihren Einfluß verbreitet.

Wie wird das aber rebellischerseits aussehen? Sie hatten den meisten ausländischen Firmen schon auf dem Marsch nach Kinshasa die Garantie gegeben, daß sie unangestört weiter arbeiten dürfen.

Wie werden sie mit dem Widerspruch, die „Entwicklungshilfe“ einerseits öffentlich abzulehnen aber sie andererseits innerlich doch anzunehmen umgehen?

Ob die Verwaltungsstrukturen sich grundsätzlich ändern würden?

Wie wird der Alltag aussehen?

Es bleiben verhaltene Freude und allerlei Bedenken.

**Selçuk**

**Quellen:**

Mit schwarzem Blut geschrieben -Die KongoTragödie, John L. Brom, 1961, Droemersch Verlaganstalt Knauer  
Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren - Ernesto Che Guevara und die afrikanische Guerilla, 1996, P. I. Taibo II, F. Escobar, F. Guerra. (Die Erzählungen von Marchetti, Wiliam Blum und Ilanga in dem Text wurden aus diesem Buch zitiert)  
Inprekorr, die Ausgaben zwischen Februar und Juni 1997  
Lettre International, Heft 36  
Konkret 6/97

**„Kuklaları asla kabul etmeyeceğiz“**

90'lı yılların başlarında, birçok başka Afrika ülkesinde olduğu gibi Zaire'de de bir „demokratikleşme“, dönemi başladı. Yedi sene sonra iç savaşla karşı karşıya kaldık. Bu durum „demokratikleşmenin“, mantıki sonucu mu?

İç savaş özel bir biçimde gerçekleştirilen „demokratikleşme“,nin sonucudur. Ülke yıllarca diktatörlük altında yaşadı. Rejim, rüzgarın yön değiştirdiğini anlayınca, değişikliğe karşı direnmek için bir mekanizma oluşturdu. Mobutu'nun bütün „demokratikleşme programı“, gerçek bir demokratik gelişmeyi engelleme hesabını güdüyordu. Bu, toplum içindeki çelişkileri keskinleştirdi ve iç savaşın şartlarını hazırladı.

Mobutu, insanların ne düşündüğünü öğrenmek istediğinden birkaç yıl önce bir „Halk Oylaması“, düzenledi. Çoğunluk gerçek bir değişiklikten yana tavır aldı. Gidişatı öylelikle kontrol edebileceği varsayımıyla Mobutu, kendi icadı bir demokratikleşmeyi planlamaya başladı.

Bir ya da iki muhalefet partisine izin vermek istiyordu. Fakat halkın direnişi sınırsız çok partili bir sistemi dayattı. Muhalefetin istediği „Egemen Ulusal Konferans“, yerine, Mobutu, bir „Anayasa Konferansı“, önerdi. Sonuçta „Egemen Ulusal Konferans“, gerçekleşti. Ancak rejim onun çalışmalarını engelledi ve tavsiyelerini uygulamadı. Bir forum tarzında halkın ihtiyaçlarını dinleme önerisi de dikkate alınmadı.

„Egemen Ulusal Konferans“, Etienne Tshisekedi'yi Başbakan olarak seçti. Mobutu hemen onu görevinden aldı. Ama şimdi (Nisan başında) Kabila başkente giden yolun yarısına gelmişken, diktatör bu muhalefet liderini, silahlı isyancılara karşı mücadele etmek için kendi safında mücadeleye çağırıyor. Neden böyle?

Bu durum „Egemen Ulusal Konferans“,ın çelişkili karakterini gösteriyor. „Konferans“, Mobutu'nun Zaire'nin çözülüşündeki sorumluluğunu tesbit etti ve hatta çoğu da onu görevinden uzaklaştırmak istedi. Fakat ABD, kendisine yönelik (soğuk savaş dönemindeki) hizmetleri nedeniyle diktatör için onurlu bir çekiliş olanağının

sağlanması gerektiğini vurguladı. Muhalefete, Mobutu'nun gerçek iktidardan vazgeçmesi kaydıyla sembolik olarak devlet başkanı kalmasını empoze ettiler. Etienne Tshisekedi'nin çevresindeki „radikal“, muhalefet bu fikri büyük bir coşkuyla karşıladı. Bizim partimiz buna karşıydı ve Mobutu'nun tamamen görevden uzaklaştırılması ve mahkeme önüne çıkarılması gerektiğini söyledi.

Herkes Mobutu'nun er ya da geç, ama gitmesi gerektiğinde birleşiyordu. Konferans buna ılımlı araçlarla ulaşmak istedi ama öyle olmadı. Herkes, onun daha sonra sırf sembolik olarak hüküm sürmeyeceğini biliyordu. Mobutu'nun cevabı demokratikleşme sürecini durdurmak oldu. Ama böylece de, 1996 sonunda bütün yurtseverlerin desteklemesini gerektiren silahlı savaşın patlamasının zeminini yarattı. Tshisekedi ise, kendisini Kabila'yla diktatör arasına yerleştirerek Mobutu için bir cankurtaran simidi olmaya kalktı. Hatta Kabila'yı ve „ittifak“,ı, kendisinin başbakanlığındaki bir hükümete katılmaya çağırırdı: Yeni bir Mobutu hükümetinin paravanası isyancılar - grotesk!

**Fransız medyası, Kabila'nın Fransa'ya karşı bölgedeki Amerikan çıkarlarının mağası olduğunu söylüyor.**

İsyan başladığında medya, „Banyamulenge“,Tutsi'lerinin bir Tutsi ülkesi kurmak istediklerini söylüyor ve Zaire'nin etnik anlaşmazlıklarla içten çökeceği uyarısında bulunuyordu. İsyan yayıldığında bu tez unutuldu ve onun yerine Fransa'ya karşı „İngilizce ses tonlu“, çıkarların kavgasına kapılmama yönünde yapılan uyarılar geçti. Ülkenin muazzam kaynakları bilinmektedir ve her zaman da büyük devletlerin hedefi olmuştur.

ABD, eski dostu Mobutu'nun artık bu ülke için kötü olduğuna ve terkedilmesinin zamanı geldiğine karar verdiyse, ne yapacaktık? Amerikan stratejisindeki bu değişikliği sadece selamlayabilirdik. Tutumları Zaire halkının çoğunluğunun düşüncesine denk düşüyordu. Mobutu, büyük devletlerin desteği sayesinde bu kadar uzun bir süre dayanabildi. Eğer onlardan birisi, ondan kurtulmak için aske-

Kongo-Zaire'nin yeni Sağlık Bakanı Jean Baptiste Sondij'dir.' 70'li yılların başlarında öğrenci hareketinin önemli liderlerinden-di, idama mahkum edildi fakat 1973'de affa uğradı. Son olarak Kinshasa'daki Mama Yemo hastanesinde cerrahdi ve Kinshasa'daki muhalefet içerisinde en önemli sol radikal parti olan „Front Patriotique du Zaire'nin (FP) lideriydi. Sondij'in FP'sinin diğer bütün muhalefet partilerinden farkı Mobutu rejimiyle hiçbir uzlaşmaya girmemesiydi. Mobutu ne zaman muhalefet lideri Etienne Tshisekedi'yi hükümet kurmaya çağırsa, FP böyle bir şeye katılmaya yanaşmamıştır. Göstermelik olduğunu anlayınca da „Geçici Meclis“,i terketmiştir.

Sonuç olarak devlet başkanı Mobutu'yu deviren, Kinshasa'daki muhalefet değil Laurent Kabila'nın Doğu'dan gelen isyancılar ittifakı oldu. Ancak başkentteki demokratik mücadele de halkın bilinç düzeyinin belirginleşmesini sağladı. Mobutu'nun devrilmesinden önce Nisan başında Jean Baptiste Sondij ile yapılan bu röportajda, muhabirimiz Jean Nanga onunla başkentteki muhalefet hareketi, Kabila', 'ittifak' ve yağmalanmış ülkesinin geleceği üzerine konuşmuştu.

\*Röportaj Inprekorr dergisinin Haziran sayısında Björn Mertens'in çevirisi olarak yer almıştır. Türkçe'ye çeviri bu Almanca metinden yapılmıştır.

ri ya da başka bir yardım teklifinde bulunursa -Çok iyi. Burdan Kabila'nın ABD'nin veya diğer büyük güçlerin kuklası olduğu çıkarsamaya varmak, Zaire halkındaki politik bilinç düzeyini küçümsemektir. 37 Yıllık Mobutu ve yeni sömürgeci rejimler bizi travmatize etti.

Yabancı güçlerin olumsuz rolleri bizim için çok açıktır ve Zaire halkı kuklalar tarafından idare edilmeyi bir daha asla kabul etmeyecektir. Laurent Kabila'nın bu gerçekliğin bilincinde olduğuna inanıyorum.

ABD ile Fransa arasındaki anlaşmazlık bizim derdimiz değil. Birbirimizle anlaşabilmek için Fransızca, İngilizce ya da her ikisini de konuşsak da Fransız değiliz, Amerikalı da olmayacağız.

Zaire sözkonusu olduğunda Batılı güçler haritasız dümen kullanıyorlar. ABD, Fransa ve Belçika, „Egemen Ulusal Konferans„ın açık tavrını görmezlikten gelerek başbakanlığa Tshisekedi'nin yerine Kengo wa Dongo'yu geçirmek için çok çaba gösterdiler.

Ancak bütün kaynaklar elinin altında olmasına rağmen, Kengo wa Dongo yakınlara başarısızlığa uğradı. Eğer Batılı güçler neoliberalizmin mükemmel bir ajanı olan onlar egemenliklerini güvenceye alamıyorlarsa, Laurent Kabila aracılığıyla nasıl hükmedeceklerdir?

Kabila'nın başarısı halkın umudunu birleştirme yeteneğindedir: Özgürlük ve gerçek demokrasi ortamında daha iyi yaşam şartları. Toplum çıkarlarının kişisel çıkarlardan daha önemli olduğu bir ortam. Bu umutlar herkes için daha iyi eğitim olanağı, tam istihdam, iyi bir sağlık ve konut hizmeti ve benzeri şekillerde kendini gösterebilir.

„İttifak„ın bu umutları yerine getirmek için bir planı var mıdır?

„İttifak„ yeni bir örgütlenmedir. 1996 Sonbahar'ında oluşturulmuştur. şimdiden çok belirgin bir projeye sahip olması pek mümkün değildir. Ama yakın geçmişimizi analize etmesi ve şu anki çöküntüye sebep olan faktörleri belirlemesi gerekir. Ekonomimiz tamamen dışarıya uyarlanmıştır. Zaire halkının ihtiyaçlarından daha çok Batı'nın hammadde ihtiyaçlarına yöneliktir. Bu, bugünkü duruma yol açmıştır ve ilk görev bunu tersine çevirmektir: Halkın ihtiyaçlarının karşılanmasının merkezi hedef olduğu bir ekonominin kurulması.

Günümüzde dünya, iyi işletilmedikleri gerekçesiyle dünyanın bu kısmında devlet kuruluşlarının özelleştirilmesini isteyen neoliberal akım tarafından sarsılmaktadır. Zaire'ye gelince, bizde yeteri kadar kötü işletilen özel işletme vardır, çoğu da iflas etmiştir. Kötü işletilmeye verilecek cevap özelleştirmek değil iyi işletmektir.

Sanayi ülkelerinde ikinci dünya savaşının arkasından, otuz yıl süren, fiilen tam istihdamın olduğu istikrarlı bir ekonomik dönem geldi. Devlet, ekonominin bütün sektörlerini kontrol ettiği ve topluma yararlı bir yöne sevkdebildiği için bu mümkün olabilmişti. Bugün ne görüyoruz? Devlet, eskiden kontrol ettiği sektörlerden

tamamen çekilmektedir. Kötü işletildikleri için değil, neoliberal ideoloji öyle söylediği için böyle yapıyor. Sosyal krizi, artan işsizliği ve yoksulluğu görüyoruz. Hiç şüpheye gerek yok ki, topluma hizmet etmeyen bir ekonomi sadece problem kaynağı olabilir.

Bu durum, genellikle ülkemizin, özellikle de „İttifak„ın bunlardan ders çıkartması ve Dünya Bankası ile Uluslararası Para Fonu'nun (IMF) „yapısal uyum politikası„nın reddedilmesi gerektiğini gösteriyor. Bu temel bir karardır. Gelişme yönünü belirler.

**Senin görüşlerin Kinshasa'daki muhalefet içerisinde ne kadar yaygındır?**

Politik partilerin liderleriyle sıradan insanları birbirinden ayırmak gerekir. Zaire'deki politikacıların %95'i yeni sömürgeciliğin ajanlarıdır. Bu insanlar için Zaire'nin problemleri kötü işletmeciliğin sonuçlarıdır. Onlar, işletmeciliği biraz düzeltirsek, bir doz moral aşısı yaparsak, eski güzel günlerin tekrar geleceğini zannediyorlar. Bu, besbelli ki yanlıştır ama böylelikle reformizme kayıyorlar. Ülkemizin ihtiyacı olan gerçek değişikliklerden korkuyorlar. Çünkü böyle değişiklikler olduğunda onlar ve onlar gibileri gereksiz hale geleceklerdir.

**Burada başka hangi tür politik faaliyetler var?**

„Ayaktaki Meclis„ 90'lı yılların silahlı direnişinin bir unsurdur. Adı, normal bir meclisten, milletvekillerin oturduğu ve bundan dolayı da uyanık olmadıkları bir meclisten farkı vurgulamaktadır. „Egemen Ulusal Konferans„ sırasında halk, tartışmaları büyük bir ilgiyle izliyordu. Konferanstakilerden herhangi birisi ne zaman halkın çıkarlarının karşısında bir şey söylese, derhal cezası veriliyordu. Politikacının evi tesbit ediliyor ve kalabalık tarafından tahrip ediliyordu.

Mobutu'nun Sağlık Bakanlarından birinin lüks villası dört saat içerisinde yerle bir edildi, hatta yüzlerce kızgın insan tarafından duvarları yıkıldı.

Daha sonra „Ayaktaki Meclis„ gazete büfelerinin önünde toplandı. Politik aktivistler tartışmak için oralara çağrıldılar.

Hareketin yarı gizli bir örgüt yapısı vardı ama devletin her temsilcisini ve her politikacıyı ülkenin herhangi bir yerinde göz hapsine alabilecek kadar etkiliydi de. Tshisekedi'nin başbakanken, bir keresinde, esas olarak Almanlardan oluşan bir Avrupa Birliği delegasyonunu kabul ettiğini hatırlıyorum. Evden çıkarılarken „Ayaktaki Meclis„ Almanca bir mesajla delegasyonu bekliyordu.

**Sendikal bir hareket var mı?**

Zaire'deki işçilerin aşırı yoksulluğu şartlarında az sayıdaki sendikanın içinde bulunduğu zorluğu tahmin edebilirsiniz. İşçileri örgütlemeyi başarmış ve idareyi tavize zorlamış olanlardan birisi, Matadi, Kinshasa ve birkaç başka liman ile Matadi-Kinshasa demiryolunu kontrol eden ONATRA şirketine ait işletmelerdeki sendikadır. Neredeyse bütün ülkeyi, ama özellikle başkent Kinsha-

sa'yı bir grevle felce uğratan bu sendika, Kengo hükümetine ONATRA'nın özelleştirilmesi planından vazgeçilmesini dayattı. Kamu hizmetlerindeki sendika da grevler organize etmeyi başardı ama ONATRA'dakinden daha zayıftır. Diğer bir önemli sendika, Zaire'deki bakır ve kobalt sömürüsünü tekelinde tutan Gecamines'e ait işyerlerindeki sendikadır. Oradaki işçiler, Mobutu'nun „savaş kasası„ için el koymak istediği birkaç aydır ödenmeyen ücretlerini almak için greve gittiler.

**Zaire'de devrimci sol denilebilecek bir şey var mı?**

Bu ülkenin doğal ve insani muazzam bir potansiyeli vardır. Fakat aşırı bir yoksullukla karakterizedir. Durum patlamaya hazırdır ve çelişkiler o kadar keskindir ki, radi-

kal bir değişiklik kaçınılmazdır. Ancak bu duruma cevap verebilecek düzeyde sağlam yapı ve toplumun derinliklerine kök salmış herhangi bir örgüt yoktur.

Bunun tarihsel sebepleri vardır. Zaire'nin entelektüel eliti esas olarak Mobutu rejimi tarafından yetiştirilmiştir ve eğitim sistemi ağırlıklı olarak katolik kilisesi tarafından kontrol edilmektedir. Bütün bunlar ülkeye devrimci teorilerin ve fikirlerin girmesini zorlaştırmıştır.

Ama gittikçe artan sayıda insanı devrimci bir pratiğe zorlayan bugünkü durum, bizce, yığınların devrimci teorilere sahiplenmesini sadece kolaylaştıracaktır.

Çeviri: Selçuk

## Eine europäische Friedensidee ist geboren DER FRIEDENSZUG „MUSA ANTER“

### MUSA ANTER BARIŞ TRENİ'nde buluşalım

**Beginn; 26 Aug. 1997 Brüssel  
Ankunft; 1 Sep. 1997 Diyarbakir**

**Kalkış; 26 Ağustos 1997 Brüksel  
Varış; 1 Eylül 1997 Diyarbakir**

**Reservierung und nähere  
Information bei:**

**APPEL VON HANNOVER  
TEL: 00949-6171-981348  
FAX: 0049-6171-981334**

**Rezervasyon ve ayrıntılı bilgi için:**

**APPEL VON HANNOVER  
TEL: 00949-6171-981348  
FAX: 0049-6171-981334**

**Tüm gidiş geliş masrafları 1200-1500 DM.**

Mit Senfo Tonkam, Mitglied der demokratischen Studentenbewegung Kameruns und Vorsitzender des kamerunischen Studentenparlements. Nach erfolglosen Mordversuchen seitens der Regierung wurde er zwei mal inhaftiert und ins Gefängnis eingesperrt. Im Jahre 1993 wurde er zusammen mit mehr als 50 anderen StudentInnen in das Exil gezwungen. Senfo studiert z.Zt. politische Philosophie an der Uni-Hamburg, ist Mitglied der Black Students Organisation und Mitbegründer und Generalsekretär von SOS Struggles of Students e.V.. SOS ist eine internationale und unabhängige Organisation, die progressive StudentInnenbewegung in der „Dritten Welt“ unterstützt. Konkret unterstützt SOS StudentInnenorganisationen bei ihrem Einsatz für Demokratisierung der Gesellschaft und leistet für politisch verfolgte StudentInnen humanitäre und materielle Hilfe.

**KöXüz:** Kannst Du uns etwas über den Ausgangspunkt der StudentInnenbewegung in Afrika erzählen?

A: Eigentlich begann die Mobilisierung der StudentInnen über sog. akademische Probleme, die im Laufe ihrer Studien die Verwaltung betrafen. Die Universitäten sind total durch die Regierung kontrolliert, deswegen spiegelt die Universität alle Widersprüche, die die gesamte Gesellschaft durchdringen, wieder. Deswegen stellten wir fest, daß es keine Lösung nur für uns geben kann, solange die Probleme des gesamten Landes nicht gelöst sind. Deswegen entwickelte sich die Bewegung von einer rein akademischen in eine politische, in der wir das Problem der Menschenrechte zur Frage machen und demokratische Reformen fordern. Alle Mittel der neo-kolonialen Mächte, die der Diktatur halfen, die Situation ruhig zu halten, funktionieren nicht mehr. Der neo-koloniale Staat ist gescheitert. Es gibt immer mehr Armut und die Leute sind nicht mehr bereit, die Unterdrückung zu akzeptieren. D.h. wenn wir rausgehen um unsere Forderungen zu stellen, treffen wir auf andere soziale Gruppen, die dabei sind die gleichen Forderungen zu stellen. Deswegen schließen wir uns sofort mit Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Arbeitslosen und anderen demokratischen Kräften zusammen, die erfahren haben, daß das grosse Problem des Landes nicht eine Fragen von mangelndem Geld, sondern der politischen Strukturen, die uns beherrschen, ist. Deswegen sind die StudentInnen in allen afrikanischen Ländern im Zusammenschluß mit anderen demokratischen Organisationen.

**KöXüz:** Normalerweise ist es ja so, daß die StudentInnen Schwierigkeiten haben zu anderen Kräften Kontakt zu knüpfen, wie ist das in eurer Erfahrung?

A: Nach unseren Erfahrungen ist das nicht so schwer, zumindest mit der einfachen Bevölkerung nicht, d.h. bei den Bauern und Proletariern; man braucht z.B. keine großen Theorien, um klar zu machen, was in der Uni so passiert, wenn du mit blutbeschnitzten Kleidern von der Uni flüchten mußt, weil deine Freundin vergewaltigt, deine Freunde ermordet wurden. Wenn du so in dein Dorf zurückkehrst sehen die Eltern, die Nachbarn was dort passiert ist. Und sofort verstehen die Leute, daß sie etwas

dagegen tun müssen, weil ja auch ihre Kinder, Brüder und Schwestern in diesem Land einfach massakriert werden. Als wir z.B. nach dem Massaker am 6. Mai 1991 in Kamerun in die Dörfer flüchten mußten, konnten wir dort die Bevölkerung ohne weiteres mobilisieren und haben einen zehn-monatigen Generalstreik organisiert, der während dieser Zeit das ganze Land paralyisierte. Das Problem waren die Führenden der Oppositionsparteien, denn diese Petit-Bourgeois sind immer bereit Kompromisse mit der Diktatur einzugehen, um z.B. einen Ministerposten zu bekommen, das wirkt auf die Bevölkerung demobilisierend. Und hier sehen wir die Schwachstelle einer StudentInnenbewegung. Wir führten die Leute zwar an, aber in Kritischen Situationen, z.B. wenn es um den endgültigen Sturz einer Diktatur geht, ist es einer StudentInnenbewegung nicht möglich eine solche Verantwortung zu übernehmen. Und der Politischen Elite kann man in solchen Fragen nicht vertrauen. Deswegen ist es wichtig politische Bildungsarbeit zu leisten, damit die Menschen nicht von den Politikern verraten werden können. Ein weiteres Problem sind die neo-kolonialen Mächte, die unter der Androhung von Einmischung die Oppositionspolitiker zu einer gemäßigeren Haltung bewegen und so den Widerstand aufweichen.

**KöXüz:** Du hast von dem Scheitern des neo-kolonialen Staates geredet. Gleichzeitig ist von einem Demokratisierungsprozeß die Rede. Ist damit ein Verständnis westlicher Demokratie verbunden, die den neo-kolonialen Staat ersetzen soll? Oder ist die Forderung nach Demokratie ein Minimalkonsens unter den Oppositionellen Kräften?

A: Das ist eine wichtige Frage. Am Anfang bestand zwischen den Oppositionsgruppen keine gemeinsame Definition darüber. Der einfachen Bevölkerung war eher klar, was sie wollten. Für sie war klar das sie nicht nur das Recht haben wollten ihre Führung zu wählen, sondern auch entscheiden zu können wer das Recht hat über das Öl zu verfügen, und zu wissen wieviel Öl gefördert wird, wieviel Devisen es dem Land bringt und wie das Geld verteilt wird und das nicht den französischen Konzernen zu überlassen. Für Frauen bedeutet Demokratie nicht für immer unterdrückt zu werden. Jemanden der hungert, bringt es

nichts alle vier Jahre einmal wählen zu können. Demokratie ist die Aufhebung der Ungleichheit zwischen Mann und Frau, Stadt und Land, reichen Beamten und armen Bauern. Auch die meisten StudentInnen fühlten sich mit diesem Demokratieverständnis verbunden. Aber es gibt bei uns auch verschiedene Strömungen, z.B. sog. progressive und auch Konservative; das womit wir alle einverstanden sind, ist Demokratie. Das Demokratieverständnis der petit-bourgeois-Politiker ist das einer kosmetischen Demokratie, die zwar ab und zu einen Machtwechsel ermöglichen wollen, aber auf das Problem mit den neo-kolonialen Staaten keine Antwort wissen. Der Kampf um Demokratie ist aber gleichzeitig mit der Befreiung vom Neo-Kolonialismus verbunden.

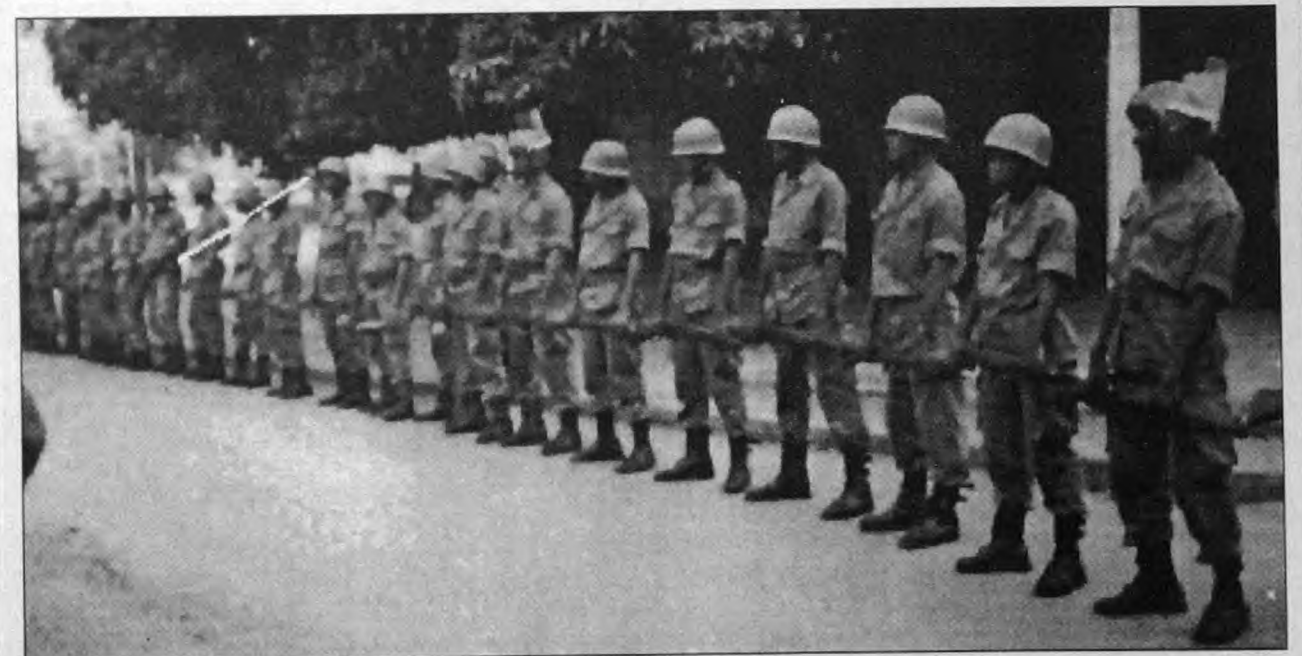
**KöXüz:** Der Konflikt in Ruanda wurde im Westen immer als ethnischer Konflikt dargestellt. Was denkst du darüber?

A: Der Kampf der Rebellen unter der Führung der F.P.R. (Patriotische Front Ruandas) beruhte keineswegs auf einem ethnischen Konflikt. Es ist wichtig gegen dieses Klischee von westlichen Politikern Intellektuellen und sog. Wissenschaftlern, das von den Medien verbreitet wird zu kämpfen. Denn sie sind es, die von Anfang an, seit der Kolonialisierung Afrikas, die Ethnisierung als ein politisches Spiel betrieben haben. Jetzt sagen sie die Afrikaner sind nicht fähig zusammenzuleben, sie bekämpfen sich gegenseitig. Aber in Ruanda ist es so, daß durch die Franzosen, die in dieser Region die Interessen der westlichen Mächte vertreten, ein Diktator an die Macht gekommen war. Sie haben ihn an die Macht gebracht, um ihre eigene Macht zu stärken. Was kann man von einer Diktatur erwarten die noch nicht einmal die Stimme des Volkes

hat? Was erwartest du von Leuten, die aus der Taschen von Mitterand, Ronald Reagan oder Ölkonzernen gezaubert sind? Sie haben keinerlei Legitimation. Sie haben es aber von den neo-kolonialen Mächten gelernt die Bevölkerung in Ethnien zu spalten und sie gegeneinander auszuspielen, denn wenn Sie das geschafft hat ist die Bevölkerung zu schwach, um sie rauszuschmeißen. Es geht hier um ein taktisches Mittel, das von den Kolonialisatoren an ihre Diktatoren weitergegeben wurde. In Ruanda haben sie einen gesamten Staatsapparat ethnisiert, das Militär, die Beamtschaft. Warum wir meinen, daß es nicht um einen ethnischen Konflikt geht: Es gab Leute aus allen Stämmen, die der Diktatur zum Opfer fielen. Es ging nicht darum die sog. Tutsi zu vernichten, sondern alle tatsächlichen oder potentiellen Opponenten. Da die Diktatur von Anfang an alle tribalisiert hat, ethnisiert hat, konnte es zu einer Situation kommen, in der ein ganzer Stamm als potentieller Opponent den Genozid erlitt. Die F.P.R. hat gegen die Diktatur gekämpft nicht gegen Stämme oder Ethnien. Sie ist keine ethnische Armee. Es geht nirgendwo in Afrika um ethnische Konflikte, das ist totaler Quatsch, es geht um Befreiungskampf.

**KöXüz:** Wie siehst du das Verhältnis zwischen Befreiungskampf und Demokratisierung? Können die neuen Machthaber in Kongo einen eigenständigen Weg einschlagen?

A: Ja, das ist die grosse Frage. Die historische Erfahrung gibt leider nur negative Antworten. Viele Revolutionen haben die Gestalt einer Diktatur angenommen, weil sie durch die westlichen kapitalistisch-imperialistischen Mächte gefährdet waren. Was Afrika betrifft, bin ich optimistisch. In Uganda z.B. wurde der Diktator gestürzt und eine relativ stabile politische Entwicklung etabliert. Wenn



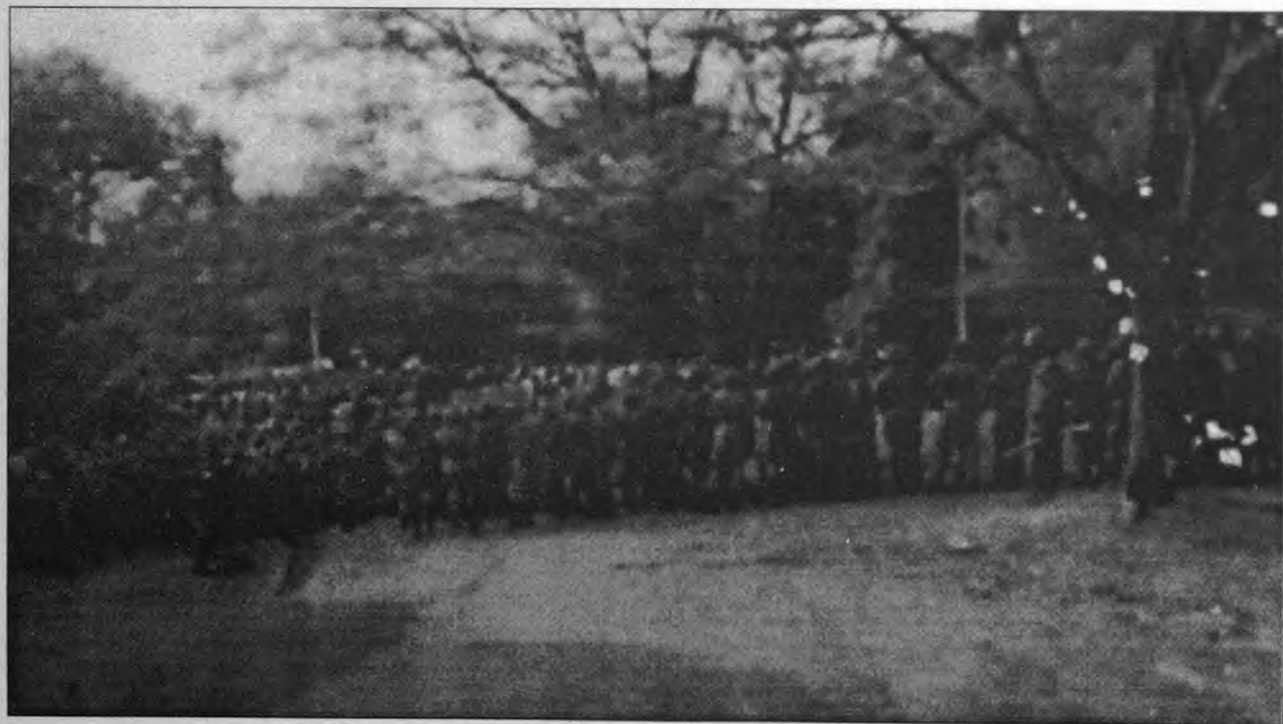
auch keine völlige Meinungsfreiheit herrscht, oder diese „westlichen Standards“ nicht gelten, aber trotzdem ist das ein Weg der Hoffnung bringt. Man muß auch immer Realistisch sein, z.B. wie soll die F.P.R. in einem Land wie Rwanda eine westliche Demokratie einführen, wenn die Milizen, die den Genozid durchgeführt haben, noch an der Grenze zu Rwanda sind? Das ist ein Problem. Man muß Geduld haben. Das bedeutet aber nicht, daß man still halten oder die Augen schließen muß, wenn eine antirevolutionäre oder antidemokratische Tat gemacht wird. Man muß die Sachen immer im Kontext betrachten, um sie besser zu verstehen. Mobuto und die Franzosen haben z.B. in Zaire die Milizionäre, die den Genozid ausgeführt haben in den Flüchtlingskamps vor der F.P.R. geschützt. Sie wurden von Mobuto und den Franzosen wiederbewaffnet und trainiert, damit sie wieder gegen die Rwandische Patriotische Regierung kämpfen. So kann es keine Normalisierung geben. Sonst gibt es keine Gründe eine echte Demokratisierung nicht durchzuführen. In dieser Situation ist es zu früh sich über mangelnde Demokratie zu beklagen. Moralisch mag es zwar gut sein, intellektuell interessant, politisch aber ist es unverantwortlich. Sie verdienen unsere Geduld.

**KöXüz: In einem Diavortrag, den du vor kurzem über die Studentenbewegung in Afrika gemacht hast, hast von einer internationalen Konferenz erzählt, der statt finden wird. Wann findet er statt? Welche Vorschläge hast du?**

A: Die Konferenz wird im Dezember nächsten Jahres stattfinden. Es ist eine Konferenz von Studentenbewegungen aus Afrika, aber auch aus Asien, Lateinamerika, Europa. Aktivisten, progressive Intellektuelle aus verschiedenen

Kontinenten sind eingeladen. Das Ziel der Konferenz ist Solidarität zwischen den verschiedenen afrikanischen Studentenbewegungen zu schaffen, da die Diktaturen Afrikas sehr eng zusammenarbeiten, sich gegenseitig unterstützen, die Studentenbewegungen im Gegenteil voneinander isoliert sind. Die Diktaturen tauschen ihre Erfahrungen aus, um neue Strategien zu entwickeln und so ihre Macht zu sichern. Und wir wollen auch über die Erfahrungen hinaus, die andere schon gemacht haben, nicht die selben Fehler wiederholen. Zwei Jahre nachdem wir in Kamerun den Generalstreik organisierten, ist z.B. in Togo die Bewegung aus den selben Gründen gescheitert. Es hätte nicht so kommen müssen, wenn sie von unseren Erfahrungen gelernt hätten. Ein anderes Beispiel ist die Präsenz der UNO. Obwohl sie seit dreißig Jahren nichts gutes gebracht hat; sie zugelassen haben, daß unsere patriotischen Führer ermordet wurden, wird sie immer wieder Willkommen geheißt. In diese Konferenz sind viele Intellektuelle aus ganze Afrika eingeladen, die politisch sehr Aktiv waren/sind. Wir haben von den sehr vieles zu lernen, was unsere politische Kultur und Bewußtsein betrifft. Auch StudentInnen aus dem Westen sind eingeladen. Sie müssen die Politik der westlichen Mächte ganz offen in Frage stellen. Wenn die StudentInnen im Westen Schaffen, die Unterstützung der Regierungen und multinationalen Konzerne an die Diktaturen zu stoppen, dann wird für uns kein Problem mehr sein, die Diktaturen rauszuschmeißen, unser Land zu befreien. Wir müssen erkennen, daß wenn wir unsere Erfahrungen und Kraft gemeinsam hervorbringen, wir imstande sein werden, den ganzen Kontinent in Bewegung zu versetzen.

**KöXüz: wir bedanken uns sehr.**



## Frantz Fanon\*: Schwarze Haut, weiße Masken

Frantz Fanon beschreibt in diesem Buch das Verhältnis kolonialisierter Menschen, speziell Schwarzer und im besonderen solcher von den Antillen, zu denen des "Mutterlandes" (d.h. Frankreich) und ihren Werten, ihrer Zivilisation. Davon ausgehend analysiert er das Verhältnis der Schwarzen zu ihrer eigenen Existenz.

In verschiedenen Kapiteln beschreibt er die daraus hervorgehenden Mechanismen der Marginalisierung und Selbstentwertung von AntillanernInnen (beispielhaft für alle Kolonialisierten Menschen) und die zwanghaften Charaktere, die deren Folge sind. Fanon meint, "daß jede Neurose jedes anormale Verhalten beim Antillanier die Resultante der kulturellen Situation ist" und weiter "auf den Antillen ist das Weltbild weiß, weil es keine schwarzen Ausdrucksmöglichkeiten gibt."

Dies im Hinterkopf, analysiert er die verschiedenen Komplexe die im Leben von AntillanernInnen auftauchen. Z.B. geht er auf Geschlechtsbeziehungen zwischen Schwarzen und Weißen ein.

Ihmzufolge würde jede Antillanerin "darauf bedacht sein sich bei ihren Flirts oder Liebschaften den „am-wenigsten-schwarzen“ auszusuchen." Sie streben "nach Laktifizierung", wollen sich also, indem sie mit weißen zusammenkommen, "weißwaschen". "Weil die Negerin sich minderwertig fühlt trachtet sie danach in der weißen Welt Anerkennung zu finden."

Das Gleiche Phänomen läßt sich aber nicht nur bei AntillanernInnen beobachten. Im nächsten Kapitel wird deutlich, daß dies auch für die Männer gilt. Vor diesem Hintergrund fragt sich Fanon "inwiefern authentische Liebe unmöglich bleibt".

Fanon lehnt an dieser Stelle die Methode der (europäischen) Psychoanalyse als Therapieform für Kolonialisierte ab. Denn weder Freud noch Adler hätten jemals etwas mit der Psyche und den Träumen von Kolonialisierten zu tun gehabt. Ihre Lehren bezögen sich vielmehr auf Menschen, die in der europäischen Kleinfamilie sozialisiert wurden. "Die Entfremdung des Schwarzen (ist) kein individuelles Problem". Das "Problem" entsteht vielmehr dann, wenn antillanische

Kinder sich in der Schule mit "ihren gallischen Vorvätern", oder bei der Lektüre von Abenteuerromanen mit weißen Missionaren, die gegen Kannibalen kämpfen, identifizieren.

Ziel dieses Buches ist es weder, den üblichen wissenschaftlichen Nachweis der Gleichheit von Kolonialisierten und (weißen) Kolonialisatoren zu erbringen, noch ist dieses Buch ein Plädoyer für Integration und Völkerverständigung. Es will vielmehr dazu beitragen, daß die Unterdrückten ein Selbstbewußtsein erlangen, das unabhängig von Vorstellungen und Definitionen der Weißen ist.

Fanon spricht in diesem Zusammenhang davon, daß die Beziehungen zwischen Schwarzen und Weißen von neurotischem Verhalten geprägt sind: Selbsthaß und Selbstverleugnung stehen einem überheblichen Größenwahn gegenüber, der ständig die Bestätigung der eigenen Überlegenheit sucht.

Fanon ist selbstverständlich parteiisch denn er will die Emanzipation der Kolonialisierten, jenseits von Gleichmacherei, Untertanengeist, Zuordnung von Klischees erreichen. Fanon weiß, daß es ein entscheidender Unterschied ist ob du Kolonialisierter (schwarz) oder Kolonialisator (weiß) bist und: daß Inetgration in eine rassistische Gesellschaft Untertanengeist voraussetzt, der wiederum Feind von Emanzipation und Freiheit ist. Fanon geht deshalb nicht im in erster Linie auf das Verhalten der Weißen und ihrer Politik ein, diese müssen nicht extra analysiert werden. Diejenigen an die er sich wendet haben sie ohnehin erfahren.

Eines jedoch hat mich bei der Lektüre dieses Buches an den Rand der Übelkeit gebracht. Denn wenn Fanon im Zusammenhang mit den (rassistisch geprägten) Ängsten weißer Frauen, in Bezug auf schwarze Männer fragt, ob es "so wie es Gesichter zum Ohrfeigen gibt nicht auch Frauen zum Vergewaltigen" gebe, läßt dies auf mangelnde Sensibilität für die eigenen Widersprüche schließen.



Cyrus

**\*Frantz Fanon wurde 1924 auf den Antillen geboren. In Paris studierte er Medizin und Philosophie. 1953 ging Fanon nach Algerien, wo er als Psychiater arbeitete. Dort schloß er sich 1956 dem Befreiungskrieg gegen Frankreich an. 1961 starb Fanon an Leukämie. "Schwarze Haut, weiße Masken" wurde erstmals 1952 veröffentlicht und ist in der BRD im Suhrkamp-Verlag erschienen.**

# Black Community, Hamburg



**Vor allem afrikanische und schwarze Menschen haben hier in Hamburg unter einer ständigen Schikanie durch die Polizei zu leiden. Laufende Personenkontrollen, willkürliche Festnahmen und Gebietsverbote für afrikanische Jugendliche sind nur ein Teil der alltägliche Polizeipraxis.**

## Der Hintergrund - Afrikanische Flüchtlinge werden in den Tod getrieben

In den Einrichtungen für Asylsuchende und Flüchtlinge in Hamburg herrschen traurige Verhältnisse. Zunächst sind sehr problematische Wohnverhältnisse auffallend. Viele Flüchtlinge müssen in kleinen Vier-Bett-Zimmern leben und haben unter schlechten hygienischen Bedingungen zu leiden. Hinzu kommen willkürliche „Zimmerkontrollen“ der jeweiligen Einrichtungsleitung. Damit wird diesen Menschen auch noch das Wenige an Privatsphäre genommen, was sie eigentlich zum Leben benötigen. Hier in Hamburg wurden dann neben den Wohncontainern auch noch Asyleinrichtungen auf Schiffen installiert, sodaß Asylsuchende sogar auf dem Wasser untergebracht werden.

Die Wohnverhältnisse sind aber nicht der einzige Aspekt der schlechten Lebensumstände. Vor allem afrikanische und schwarze Menschen haben hier in Hamburg unter einer ständigen Schikanie durch die Polizei zu leiden. Laufende Personenkontrollen, willkürliche Festnahmen und Gebietsverbote für afrikanische Jugendliche sind nur ein Teil der alltägliche Polizeipraxis. Die Asylunterkünfte werden außerdem regelmäßig von großen Polizeiaufgeboten durchsucht, da afrikanischen Menschen hier in Hamburg allein aufgrund ihrer Hautfarbe schon kriminelle Handlungen unterstellt werden.

Laufende Polizeikontrollen haben auch auf dem Asylschiff „Floatel“, in Harburg stattgefunden. Ein afrikanischer Jugendlicher, Jude Abubaka, der in Hamburg nur seinen Rechtsanwalt aufsuchen wollte und eigent-

lich nicht mehr in Hamburg, sondern in Ostdeutschland lebte, war am 6. Juni 1996 auf dem „Floatel“, in Harburg. Plötzlich versuchten mehrere Personen, in das Zimmer einzutreten, in dem er sich befand. Jude bekam Angst, da das deutsche Asylrecht kein Verlassen des zugewiesenen Wohnortes erlaubt. Vor lauter Panik sprang Jude aus dem Fenster der Asylunterkunft „Floatel“, und landete im Wasser der Elbe.

Durch den Hausmeister der Einrichtung wurde die Feuerwehr benachrichtigt, die dann auch nach ca. 25 Minuten eintraf. Zwischenzeitlich sicherte die eingetroffenen Polizei den Unglücksort ab. Hierbei kam es zu kleinen Auseinandersetzungen mit anderen Bewohnern, da die Polizei die anderen Bewohner mit Gewalt zurückdrängte und selber keine Rettungsmaßnahmen ergriff. Später wurde von Seiten der Beamten versucht, mit Hilfe eines „Leichensuchgerätes“, (das die Form einer Angel hat) Jude im Wasser zu finden. Hierbei mußten sich einige Augenzeugen Bemerkungen wie zum Beispiel „Jetzt wollen wir mal nach Negern angeln“, oder „Wenn ihr nicht freiwillig wieder zurückgehen wollt, seid ihr selber Schuld“, anhören. Nach ungefähr 45 Minuten kamen dann Rettungstaucher, die nur noch die Leiche von Jude Abubaka aus dem Wasser ziehen konnten.

## Unsere Reaktion: gemeinsame Trauer und Solidarität!

Drei Tage nach dem tragischen Tod von Jude Abubaka haben sich verschiedene afrikanische Organisationen getroffen, um über unsere Reaktion auf die Vorkommnisse zu sprechen. Hierbei vereinbarten wir natürlich die Unterstützung der BewohnerInnen der Asylunterkunft „Floatel“. An diesem Tag haben wir auch eine ausführliche Diskussion mit den Augenzeugen geführt. Die Ereignisse wurden uns genau geschildert und alle Beteiligten hatten den Wunsch, ihre Wut, aber vor allem ihre Trauer zum Ausdruck zu bringen. Hierzu sollten Presseerklärungen verfaßt und eine Trauermarsch veranstaltet werden, um auch in der Öffentlichkeit unsere Solidarität und unsere Betroffenheit deutlich zu machen.



Am 12. Juni 1996 wurde dann der Trauermarsch als eine angemeldete Kundgebung durchgeführt. Die Route führte vom „Floatel“ in Hamburg-Harburg aus, zunächst zum Polizeirevier Hamburg-Harburg. Dann führen die ca. 150 TrauermarschteilnehmerInnen von Hamburg-Harburg zum Hauptbahnhof, um dort eine Zwischenkundgebung abzuhalten. Abweichend von der ursprünglich geplanten Route, gingen wir dann durch die Wandelhalle des Hauptbahnhofs zur Mönkebergstraße anstatt um den Hauptbahnhof nur von aussen herum zu gehen.

Während dieses Trauermarsches wurde an mehreren Stellen immer wieder „Nkosi NiSikelel i Africa“ (die afrikanische Befreiungshymne) gespielt. Außerdem sollten auf diesem Trauermarsch auch die Freunde und Freundinnen von Jude und Augenzeugen des Todesfalls zu Wort kommen um über ihre Empfindungen zu sprechen.

## Die Folge: rassistische Ermittlungen gegen schwarze Menschen!

Nachdem die Black Community durch diesen Trauermarsch ihre Verbundenheit deutlich gemacht hatte, wurde von Seiten der Behörden versucht, die ganze afrikanische/schwarze Bewegung zu kriminalisieren und dadurch ihre Einigkeit zu spalten. Deswegen hat die Polizei in Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz eine gezielte Kriminalisierungsstrategie entwickelt, die sich gegen die OrganisatorInnen des Trauermarsches richtet. Eine Punkt dieser Strategie ist jetzt ein Prozeß gegen Alexander Ngnoubamdjum, der als Anmelder des Trauermarsches und als presserechtlich Verantwortlicher der Presseerklärungen auftrat.

Es wurden unterschiedliche Anzeigen erstattet. Auffällig ist dabei, daß viele Polizeibeamte in Absprache mit dem Staatsschutz, gleichzeitig gegen Alexander Ngnoubamdjum aktiv wurden. Noch im August (zwei Monate nach dem Trauermarsch) wurde vom leitenden Regierungsdirektor Burba Anzeige wegen Beleidigung (§185 StGB), Übler Nachrede (§ 186 StGB) sowie Verleumdung (§187 StGB) erstattet. Anderen Beamte stellten Strafanzeige wegen Vortäuschens einer Straftat (§145d StGB), Nötigung (§ 240 StGB), der Aufforderung zu Straftaten (§111 StGB) und wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz (§25 VersG). Hierzu sollten auch mehrere TrauermarschteilnehmerInnen als Zeugen bei der Polizei aussagen. Selbstverständlich hat sich niemand auf

diese gefährliche Kooperation eingelassen.

Der Staatsanwalt Herr Dr. Junck hat daraufhin am 10. Februar 1997 eine Anklageschrift verfaßt, nach der Alexander Ngnoubamdjum wegen strafbaren Vergehen gegen die Paragraphen 106a Abs. 2, 186, 194 Abs. 3 Satz 1, 52 StGB, 1 Abs. 1, 2 Abs. 1 Hmb. BannkreisG, 25 Nr. 1 VersammlG angeklagt werden soll. In der Anklageschrift wurden von der Staatsanwaltschaft 6 Polizeibeamte als Zeugen benannt. Diese Anklageschrift wurde dann an das Amtsgericht Hamburg weitergeleitet. Vor dem Amtsgericht Hamburg fand am 3. April 1997 die Hauptverhandlung unter Vorsitz des Richters Beyer statt.

Der Prozeß, selbstverständliche Konsequenz in einer rassistischen Gesellschaft

Das Verhalten von Richter Beyer war von Anfang an auf Konfrontation angelegt. Daher war es auch nicht verwunderlich, daß der Vater des Angeklagten nach einer kleinen Bemerkung sofort des Saales verwiesen wurde. Grund für die Bemerkung des Vaters war eine rassistische Frage, die der Richter im Zuge der Personalienfeststellung an den Angeklagten Alexander Ngnoubamdjum gerichtet hatte. Außerdem holte Richter Beyer ca. acht Sicherheitsbeamte in den Saal und drohte direkt mit einem Haftbefehl, falls der Prozeß nicht nach seinen Vorstellungen fortgeführt werden könnte. Alexander Ngnoubamdjum hatte dann aber die Möglichkeit, genau zu erläutern, weshalb der ausschlaggebenden Frage ein rassistisches Verhalten zugrundeliegt. Richter Beyer widerruf daraufhin seine provokante Überreaktion.

Im Verlauf des Prozesses erläuterte Alexander Ngnoubamdjum zunächst, weshalb es sich um einen politischen Prozeß handelt. Dabei erhoben sich alle anwesenden Personen als Ausdruck ihrer Solidarität. Die ganze schwarze Bewegung wurde durch diesen Prozeß auf die Anklagebank gesetzt. Der einzige Zeuge, der vom Gericht zugelassen wurde, war ein Polizeibeamter, der nur einige vorformulierte Anklagepunkte wiederholte. Beispielsweise will er gehört haben, wie der Angeklagte im Rahmen des Trauermar-

**Im Verlauf des Prozesses erläuterte Alexander Ngnoubamdjum zunächst, weshalb es sich um einen politischen Prozeß handelt. Dabei erhoben sich alle anwesenden Personen als Ausdruck ihrer Solidarität. Die ganze schwarze Bewegung wurde durch diesen Prozeß auf die Anklagebank gesetzt.**



**Das Urteil ist eine Beleidigung der Arbeit aller Schwarzen Menschen in Hamburg. Außerdem werden durch dieses Urteil alle afrikanischen/schwarzen Organisationen kriminalisiert.**

sches die Polizei beschuldigte, dem Ertrunkenen Jude Abubaka Drogen untergeschoben zu haben. Außerdem soll er zu einer Verletzung des Bannkreisgesetzes aufgerufen haben. Als Anmelder des Trauermarsches soll Alexander Ngnoubamdjum auch für die Durchquerung des Hauptbahnhofes als Abweichung der vereinbarten Route verantwortlich sein. Außer den vorformulierten Anklagepunkten konnte der Zeuge der Anklage allerdings keine weiteren genauen Angaben machen. Als sogenannten Kompromiß schlug Richter Beyer die Zahlung von DM 1.000,- vor, was aber natürlich von beiden Seiten abgelehnt wurde. Die Staatsanwaltschaft forderte in ihrem Plädoyer die Zahlung von DM 1.800,-. Sowohl der Verteidiger als auch der Beklagte Alexander Ngnoubamdjum betonten in ihren abschließenden Stellungnahmen nochmals die Unschuld des Angeklagten. Im Urteil wurde dann von Richter Beyer das Strafmaß auf DM 1.400,- festgesetzt.

**Schlußfolgerungen**

Das Urteil ist eine Beleidigung der Arbeit aller Schwarzen Menschen in Hamburg. Außerdem werden durch dieses Urteil alle afrikanischen/schwarzen Organisationen kriminalisiert. Daher müssen wir als Schwarze Bewegung in Hamburg dieses Urteil überprü-

fen lassen.

Hierzu werden Selbstanzeigen von vielen Menschen erfolgen, die sich mit der Notwendigkeit und dem Anliegen des Trauermarsches identifizieren. Alle Menschen die sich wieder genau so verhalten werden, wie im Juni 1996, falls es nochmal zu solchen Todesfällen kommen sollte und die sich kein strafbares Verhalten vorwerfen lassen wollen, werden sich für dieselben Anklagepunkte verantworten, für die Alexander Ngnoubamdjum bestraft wurde.

Außerdem wird die Öffentlichkeitsarbeit zu behördlicher Gewalt gegen schwarze Menschen noch viel intensiver betrieben, als das bisher der Fall war. Wir werden es nicht länger dulden, ständigen Schikanen von Seiten der Polizei oder anderen Behörden ausgesetzt zu sein. Wir werden durch die Veröffentlichung der Mißstände aber auch mit juristischen Mittel dagegen vorgehen. Wir lassen uns durch die beschriebene Kriminalisierung nicht einschüchtern.

**Black Community Hamburg**



**Stellungnahme von Alexander Ngoubamdjum, die er zu Beginn des Prozesses am 3. 4. 97 abgegeben hat:**

Es handelt sich um einen politischen Prozeß, bei dem die Zusammenarbeit von Staatsschutz, Polizei und Justiz gegen Schwarze Menschen in Hamburg deutlich wurde.

Ein politischer Prozeß ist dadurch gekennzeichnet, daß gesellschaftliche Entwicklungen durch politische Einflußnahme gesteuert werden sollen. Eine gesellschaftliche Entwicklung hier in Hamburg ist die Tatsache, daß Schwarze Menschen in dieser Stadt klar Stellung beziehen zu den tagtäglichen Beleidigungen und gegen die gewalttätigen Übergriffe. Die Behörden und deren RepräsentantInnen spielen bei dieser Problematik eine große Rolle. Sie können auf diese Entwicklungen einen positiven Einfluß ausüben, aber leider geht von ihnen selbst auch immer wieder Gewalt gegen Schwarze Menschen aus. In diesem Prozeß werden viele Aspekte zur Sprache kommen, die teilweise amüsanten Charakter haben, aber auch teilweise erschreckende Einblicke in bundesdeutsche Behörden geben werden.

Alle Organisationen der Afrikanischen/Schwarzen Bewegung werden durch die genannten Anklagepunkte krimi-

nalisiert und daher wird die Anklage auch als ein Angriff gegen die politischen Aktivitäten dieser Organisationen durch die bundesdeutschen Behörden gewertet.

Ein politischer Prozeß ist auch dadurch gekennzeichnet, daß nicht nur ein Individuum auf der Anklagebank sitzt. Es werden durch solche Prozeße immer ganze Gruppen kriminalisiert. In diesem Prozeß sitze ich zwar alleine hier auf der Anklagebank, aber es ist wichtig, ausdrücklich zu betonen, daß ich stellvertretend für die ganze Schwarze Gemeinschaft hier in Hamburg angeklagt werden soll. Ich habe den Wunsch der Schwarzen Community nur zum Ausdruck gebracht. Wenn ich hier nicht sitzen müßte, würde eine andere Person hier stehen. Außerdem muß allen Anwesenden bewußt sein, daß auch jede Strafe, die gegen mich ausgesprochen werden sollte, als eine Bestrafung aller Afrikanischen und Schwarzen Menschen gewertet wird.

Eine große Solidaritätsbewegung wird diesen Prozeß kritisch begleiten und gemeinsam die Konsequenzen dieser Kriminalisierungsstrategie erörtern.

Dieser Prozeß hat große Auswirkungen auf die politischen Aktivitäten unserer Bewegung. Aber nicht die Spaltung wird die Konsequenz hieraus sein, sondern genau das Gegenteil. Durch diesen Prozeß wird uns allen vor Augen geführt, daß wir alle durch unsere Stellung in dieser Gesellschaft ständig die Angeklagten sein werden. Egal ob sich um politisch aktive Schwarze Männer und Frauen handelt, oder ob diese Frauen und Männer einfach ihr Leben in dieser Stadt genießen wollen - einer Kriminalisierung können wir nicht entkommen. Daher heißt die einzige Konsequenz, die wir hieraus ziehen können, daß wir daß Ideal der Internationalen Solidarität achten müssen und unsere Aktivitäten nur daran messen können.

**Es wird eine öffentliche Auseinandersetzung mit allen Aspekten dieses Prozesses erfolgen, um die Positionen der Afrikanischen / Schwarzen Bewegung deutlich machen zu können und um das Fehlverhalten der Behörden aufzuzeigen.**

Dieser Prozeß darf nicht unbeachtet von der Öffentlichkeit ablaufen. Wir werden mit aller Kraft in eine öffentliche Diskussion zu allen Punkten in diesem Prozeß eintreten. Jede und jeder in diesem Saal kennt das Bild Schwarzer Menschen in der deutschen Öffentlichkeit. Dieses Bild soll aber jetzt endgültig der Vergangenheit angehören. Wir leben in dieser Gesellschaft und haben Rechte. Wir kennen diese Rechte und werden auch darum kämpfen.

„By any means necessary.“

**Wir fordern, daß die Umstände unter denen Asylsuchende und Menschen, die auf der Flucht sind verbessert werden, damit Tragödien, wie die von Jude Abubaka und unzähligen Anderen sich nicht wiederholen**

In diesem Land leben auch heute noch Flüchtlinge auf sogenannten Wohnschiffen. Zusammengepfercht mit 4 Personen in einer winzigen Kajüte müssen sie zum Beispiel in Harburg auf alten Schiffen wohnen. Aber nicht nur katastrophale Wohnverhältnisse kennzeichnen den Alltag der Flüchtlinge. Diese Menschen, die in unserer Stadt Asyl suchen, müssen sich auch noch ständiger Schikane von Seiten der Behörden aussetzen. Vor allem afrikanische Flüchtlinge kämpfen jeden Tag gegen das rassistische Bild vom schwarzen Drogendealer, der als sogenannter Wirtschaftsflüchtling die schöne, weiße, deutsche Gemütlichkeit zerstört. Diese Bild führt zu irrationalem Verhalten aller Behörden gegenüber schwarzen Menschen und der Tod von AfrikanerInnen häufig die Folge.

**Rassistische Übergriffe von PolizeibeamtInnen auf Schwarze Menschen / Menschen of Colour sollen lückenlos aufgeklärt werden und entsprechende Sanktionen müssen erfolgen**

Wegen dem Bild schwarzer Menschen in der deutschen Öffentlichkeit, werden Übergriffe von der Polizei oder von anderen Behörden auch gar nicht mehr als problematisch betrachtet. Die alltägliche Erfahrung macht uns aber immer wieder deutlich, wie tief der Rassismus in diesem Land sitzt. Schon im Kindergarten werden rassistische Bilder an

die Kinder in dieser Gesellschaft weitergegeben. Selbstverständlich verstärkt sich dieser Eindruck durch die Medien. Daher ist auch nicht verwunderlich, wenn schwarze Menschen ständige Beleidigungen erleben. Es ist aber traurig, wenn wir das Verhalten der Behörden bei dieser Problematik beobachten. In diesem Prozeß müßten eigentlich weiße Polizisten wegen rassistischer Verhaltensweise auf der Anklagebank sitzen. Auch in anderen Fällen haben wir immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß die Verfahren gegen den Rassismus in der Polizei und auch gegen den alltäglichen Rassismus in diesem Land immer wieder eingestellt werden.

**Das Jahr gegen Rassismus verdeutlicht gerade in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit präventiv zu agieren. Die Afrikanische / Schwarze Bewegung fordert daher seit Jahren die Einrichtung eines Afrikazentrums.**

Was bedeutet das Jahr gegen Rassismus? Für mich bedeutet es gar nichts. Es steht in einer Tradition mit den scheinheiligen Lichterketten oder mit plakativen Parolen. Solange es nicht eine intensive Auseinandersetzung mit dem tief verwurzelten Rassismus in diesem Land gibt, wird es immer wieder zu solchen Schauprozeßen kommen, mit denen eine rassistische Gesellschaft ihren Machtanspruch erhalten will. Daher gibt es für mich auch wenig Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Jede Form der Kooperation wird blockiert. Seit Jahren wird beispielsweise von afrikanischen Organisationen versucht, in dieser Stadt ein Afrikazentrum aufzubauen, aber leider wird auch hier von politischer Seite blockiert.

„Ganze Jahrhunderte lang hat Europa nun schon den Fortschritt bei anderen Menschen aufgehalten und sie für seine Zwecke und zu seinem Ruhm unterjocht; ganze Jahrhunderte hat es im Namen eines angeblichen geistigen Abenteuers fast die ganze Menschheit erstickt.(...) Europa hat getan, was es tun mußte, und alles in allem hat es seine Sache gut gemacht. Hören wir auf, es anzuklagen, aber sagen wir ihm ins Gesicht, daß es nicht mehr soviel Wind machen soll. Wir haben es nicht mehr zu fürchten, hören wir also auf, es zu beneiden.“ (aus: Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde, Rowohlt 1969)

(Alexander Ngnoubamdjum, 3. April 1997)

**Anmerkung:**

Die Berufungsverhandlung zu diesem Prozeß findet am: 27. August 97, um 11.00 Uhr im Landgericht Hamburg, Kleine Strafkammer (DAG- Haus, Karl-Muck Platz 1) im 1 Stock, Zimmer 132, statt.

**Wir rufen alle interessierten Menschen auf, sich an diesem Prozeß zu beteiligen und die weiteren Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen.**

**Black Community Hamburg**

## Multikulti - oder was?

Am 5. Juni '97 fand in Hamburg eine Podiumdiskussion unter dem Titel „Multikulti - ein Auslaufmodell? - Eine Kontroverse über deutsche „Identitäten“, Rassismus, Ausgrenzung, Selbstoppression und gescheiterte Integrationspolitik“ statt, die von der Bürgerschaftsfraktion der DAL organisiert wurde. Während die Teilnehmer Hakki Keskin, Franz Scheuer sich auf die von Moderator festgelegten Themenbereiche konzentrierten, nahm Alexander Ngonbamdjum von Black Student Organisation das Recht, selber zu definieren, worüber er redet und an wen sich eine Aussagen richten.

Im Zusammenhang mit der Beschreibung einiger Entwicklungen innerhalb der Black Community in Hamburg soll an dieser Stelle eine zugrundeliegende Analyse der aktuellen Situation innerhalb dieser Gesellschaft versucht werden. Es geht um eine subjektive Darstellung, die nicht den Anspruch auf Allgemeingültigkeit hat.

Ich möchte mich hierzu auf drei Bereiche konzentrieren. Im ersten Teil geht es darum, ganz deutlich darzustellen, an wen sich die folgenden Aussagen richten. Daran anschließend will ich einige gemeinsame Erfahrungen herausarbeiten und die dahinterstehende Systematik beleuchten und abschließend werde ich die Folgerungen beschreiben, die sich meiner Meinung nach als Konsequenz aus dieser Analyse ergeben.

Zum ersten Punkt muß ich zunächst klarstellen, daß es mir nicht um eine Auseinandersetzung mit der weißen deutschen Bevölkerung zur Zukunft dieser Gesellschaft geht. Selbstverständlich respektiere ich den Umstand, daß wir in ständiger Auseinandersetzung mit der Mehrheitsbevölkerung einen Teil dieser Gesellschaft darstellen und natürlich ist mir auch bewußt, daß sich hieraus vielschichtige Formen der Kooperation, der Gemeinsamkeit oder der Abhängigkeit ergeben, die nicht einfach ignoriert werden können. Aber dennoch nehme ich mir das Recht heraus, selber definieren zu können, an wen ich mich mit meinen Aussagen richten möchte. Diese Ausrichtung als politische Positionierung zu verstehen und bedarf keiner Rechtfertigung, aber dennoch soll an dieser Stelle kurz aufgezeigt werden, auf welcher Grundlage diese Position basiert; nämlich als logische Konsequenz aus den rassistischen Erfahrungen, den politischen Entwicklungen und den unmenschlichen Strukturen in dieser Gesellschaft.

Damit sind wir auch schon beim zweiten Punkt in dem ich die gemeinsamen Erfahrungen

und die dahinterstehende Systematik beleuchten will. Allerdings werde ich an dieser Stelle auf eine detaillierte Beschreibung des Rassismus in dieser Gesellschaft verzichten. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß der Rassismus zu einer bestimmenden Größe im Alltag der Nichtweißen Bevölkerung geworden ist. Die Wut und die Frustrationen, die hierdurch hervorgerufen werden, können sie sich eines Tages in eine gewaltvolle Energie verwandeln und deutliche Spuren in dieser Gesellschaft hinterlassen. Selbstverständlich wird dann wieder die Frage nach dem Verschulden von konflikträchtigen Situationen gestellt und die weiße Bevölkerung wird wieder mit großem Erfolg ihre Hände in Unschuld waschen und sich gegenseitig bescheinigen, alles mögliche unternommen zu haben, um eine Eskalation zu vermeiden. Allerdings wird sich dann niemand mehr für das verzweifelte Zetern derjenigen interessieren, die ihren Wohlstand und ihre Macht davonschwimmen sehen.

Auf politischer Ebene zeichnen sich in Europa erschreckende Entwicklungen ab. Aufgrund ökonomischer Restriktionen sind selbst progressive PolitikerInnen dazu verurteilt, nur noch um den Bestand alter Projekte und Konzepte kämpfen zu müssen. Sie können sich schon lange nicht mehr über politische Visionen auseinandersetzen, sondern nur noch durch Gleichschaltung und Stromlinienförmigkeit auf positive Resonanz der Mehrheitsbevölkerung hoffen. Diese Einschätzung wird bei jedem Wahlkampf in Europa deutlich und ist auch ein Kennzeichen für den politischen Umgang mit den Themen „Doppelte Staatsangehörigkeit“, „Antidiskriminierungsgesetz“, „Kindervisum“ oder „Einwanderungsgesetz“.

Die gesellschaftliche Realität und die politische Hilflosigkeit spiegeln sich hier in Deutschland in unmenschlichen Strukturen wider. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Situation in und vor der Hamburger Ausländerbehörde. Weshalb sollten Menschen egal welcher Herkunft diese ständigen Schikanen und Erniedrigungen über sich ergehen lassen, wenn sie als Preis dafür ihre eigene Demütigung hinnehmen müssen?

Als Konsequenz hieraus folgt für einige Personen eine zutiefst menschliche Reaktion, nämlich schlicht die komplette Verweigerung



der Zusammenarbeit mit diesen Strukturen. Mehrere Personen haben beschlossen, sich nicht länger durch die Ausländerbehörde schikanieren zu lassen. Sie werden einfach nicht mehr dort hingehen und diese Entscheidung auch öffentlich vertreten. Damit hat diese Gesellschaft nicht gerechnet. Darauf ist diese bis in die privatesten Bereiche durchstrukturierte Gesellschaft nicht vorbereitet. Auch der Umstand, daß plötzlich Menschen, die Opfer der rassistischen Gewalt in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft geworden sind plötzlich aufstehen und sich gemeinsam über Gegenstrategien auseinandersetzen, stößt auf Hilflosigkeit und Unverständnis bei großen Teilen der Gesellschaft. Diese Hilflosigkeit wird durch verzweifelte Machtdemonstrationen von Seiten der Polizei und der Justiz überdeckt. Scheinbar legitime Ausweisungen und systematische Beschattungen von engagierten Menschen und deren Umfeld gehören genauso dazu, wie brutale Übergriffe und ein willkürlicher Umgang mit dem verfassungsmäßigen Gleichheitsgrundsatz. Die Liste mit Beispielen für diese Situation reicht von brutalen Razzien in Asylunterkünften, über Personenkontrollen und Platzverbote für Schwarze Menschen am Hamburger Hauptbahnhof und im Sternschanzenpark, bis hin zur Kriminalisierung der ganzen Schwarzen Bewegung in Hamburg. Diese Kriminalisierung ist nur der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringen könnte. Im Bericht über die Black Community in Hamburg ist dieser Vorfall ausführlicher beschrieben.

Welche Konsequenzen ziehen wir aus der beschriebenen Situation? Meiner Meinung nach wäre es eine falsche Reaktion, auch in Zukunft auf unsere Rechte als Teil der bundesdeutschen Gesellschaft pochen zu wollen. Denn wir werden dadurch immer wieder in endlose Diskussionen gedrängt, die zu verlogenen Kompromissen führen, ohne aber eine echte Perspektive zu sein.

Es geht schon lange nicht mehr nur um die Frage nach der Identität innerhalb einer rassistischen weißen Gesellschaft, sondern es

ist eine Frage der Existenz, die da vor uns steht und mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Die Frage, wie Migrantenpolitik in dieser Stadt aussehen soll oder ob es sie überhaupt geben soll, wird uns bei der Existenzfrage nicht behilflich sein. Wir können natürlich über die Ausrichtung der Förderprogramme diskutieren, aber ich denke, daß es für unsere Überlebenschancen in dieser Gesellschaft unwesentlich ist, ob Nationalitätenvereine zu Lasten Deutsch-Ausländischer Begegnungsstätten gefördert werden oder nicht.

Auch die Frage nach dem Umfang oder der Notwendigkeit sogenannter „Affirmative Action-Programme“ wird uns bei der Suche nach einer menschengerechten Gesellschaftsform nicht weiterbringen. Solange mit der Diskussion zu diesen Punkten immer noch eine paternalistische Vorstellung von Unterstützung oder Hilfe zur Selbsthilfe verbunden ist, wird sich gar nicht ändern. Ohne die Ursachen aufgearbeitet zu haben, trägt dies mittelfristig nur zur Festschreibung existierender Verhältnisse bei. Selbstverständlich brauchen wir finanzielle Unterstützung für die Aufgaben, die vor uns liegen. Aber die Zeiten, in denen wir bettelnd und gegenseitig rivalisierend um die beschämend kleinen Finanztöpfe kämpften, sollten endlich der Vergangenheit angehören.

Innerhalb der Black Community haben verschiedenste Organisationen beschlossen, gemeinsame Positionen und Forderungen zu entwickeln und auch gemeinsam auf aktuelle Probleme innerhalb der Community zu reagieren. Daher ist es wichtig, einen Raum zur internen Auseinandersetzung zu schaffen und eine selbstbewußte Form der Diskussion zu wählen, in der nicht mehr nach der Meinung der weißen Mehrheitsbevölkerung gefragt wird. Diese interne Form der Diskussion und Auseinandersetzung soll an dieser Stelle nicht erörtert werden. Sie benötigt auch gar keine Rechtfertigung. Wir haben nur beschlossen, aufgrund der Realität, die uns alle umgibt, unsere eigenen Strukturen zu entwickeln, die eine eigene Realität schaffen können. In diesen Strukturen soll dann eine menschliche Form des Zusammenlebens aufgebaut werden. Diese Strukturen werden auch dazu beitragen, daß wir als starke Persönlichkeiten, als selbstbewußte Männer und Frauen und als hoffnungsvolle Kinder dieser Gesellschaft gegenüber treten können.

Alexander Ngonbamdjum, Juni 1997



# Selbstorganisation der MigrantInnen - eine Podiumsdiskussion

**Danach sprach eine von ADEFRA, was „die Frau, die Mut zeigt“ heißt. Früher hätten sie es auch als Kürzel für „Afro-Deutsche Frauen“ benutzt. ADEFRA ist ein Zusammenschluß von schwarzen Frauen und seit '87/88 ein eingetragener Verein. Antirassismus sehen sie als ein Teil der Schwarzen Frauenbewegung.**

Dieses Jahr von Mai bis November 1997 veranstaltete die GWA-St. Pauli-Süd e.V. und umdenken-Politisches Bildungswerk e.V. ein ganzjähriges Projekt unter dem Motto „Nie wieder wehrlos“, womit sie dem zunehmenden Rassismus und Rechtsextremismus etwas entgegenzusetzen wollen.

Vor allem in Hinblick auf die „erschreckende Zunahme rechtsextremer und rassistischer Gewalt in der BRD“ seit der Wiedervereinigung soll in Form von verschiedenen Veranstaltungsreihen (Theaterworkshops, Filme, Stadteilrundgängen, Kursen, Diskussionen, Treffen usw.) dem etwas entgegengesetzt werden. In diesem Rahmen fand um 19.30 Uhr die Veranstaltung „Debatte: MigrantInnen organisieren sich selbst“ in Kölibri (Veranstaltungsräume der GWA-St. Süd) statt.

Bevor wir die Veranstaltungsinhalte benennen, müssen wir auf die Vorgeschichte eingehen, um das Zustandekommen der Veranstaltung besser verstehen zu können. In der Planungszeit wurden einzelne Personen der beteiligten Gruppen von den OrganisatorInnen angesprochen, wobei der Verein AYNA ohne ihr Wissen in die Liste der Diskussionsgruppen aufgenommen wurde. Ein weiteres „Mißverständnis“ war dann im Veranstaltungsplan zu lesen „KöXüz diskutiert mit VertreterInnen von ADEFRA, AYNA, Black Students, D.A.V.O.H, Sokoni“. Mit KöXüz wurde so etwas nie abgesprochen, in einem Fax machten wir dieses „Mißverständnis“ deutlich.

Nach diesen „Kommunikationsproblemen“, trafen sich einige Personen der Diskussionsgruppen, um die Veranstaltungsinhalte selber zu bestimmen und zu planen. Auf der Veranstaltung diskutierten dann gemeinsam im Podium der Sprecher der Black Students, eine von ADEFRA, einer von KöXüz, einer von D.A.V.O.H, eine von AYNA und einer von Sokoni. Zu der Veranstaltung waren ca. dreißig Interessierte gekommen, was bei dem schönen Wetter an dem Tag noch erfreulich gewesen ist.

Im Folgenden wollen wir Euch kurz die Podiumsdiskussion wiedergeben. Unter der Moderation des Sprechers der Black Students wurde die Veranstaltung eröffnet, wobei vor-

her eine Vertreterin der GWA-St. Pauli-Süd kurz das o.g. „Mißverständnis“ ansprach. Einleitend nannte der Moderator zwei Beispiele für Selbstorganisation aus praktischer Sicht, erstens die Vorbereitung dieser Veranstaltung von den MigrantInnen selbst und zweitens die Black Community in Hamburg, die sich ein Raum zur Bestimmung ihrer eigenen Inhalte geschaffen haben, in der sie „selber definieren was sie wollen“.

Danach sprach eine von ADEFRA, was „die Frau, die Mut zeigt“ heißt. Früher hätten sie es auch als Kürzel für „Afro-Deutsche Frauen“ benutzt. ADEFRA ist ein Zusammenschluß von schwarzen Frauen und seit '87/88 ein eingetragener Verein. Antirassismus sehen sie als ein Teil der Schwarzen Frauenbewegung. In der Praxis führen ADEFRA Seminare und Veranstaltungen durch. Sie machen eine „Mobile-Computer-Schule“ und allgemeine Informationsarbeit. Geplant sei mehr Kinder- und Jugendarbeit zu machen. Sie glauben, daß das Bildungssystem eine positive Entwicklung der Identität der Kinder- und Jugendlichen verhindere. Sie stellen sich die Frage, ob eine Zusammenarbeit mit Weißen möglich sei und wenn ja, wie diese gleichberechtigt aussehen könne. Als Ziel habe sie ein Afrika-Zentrum und eine elektrische Vernetzung.

Danach hatte einer von KöXüz das Wort. Unser Anliegen sei das Bestreben „die Verhältnisse, die auf Zwänge, sei es ökonomische, sei es politische, sei es psychologische, beruhen, abzubauen“ und diese würde dann „in eine Gesellschaft münden, in der die freien, selbstbestimmten, mit der Natur vereinbaren Verhältnisse unter den Menschen“, das Bestimmende sein würden. Auch die Frage des Rassismus sieht er aus dieser Sicht heraus. Bezüglich der „Einladung“ zur dieser Veranstaltung wurde gefragt, wie sehen die MigrantInnen ihre Situation in Deutschland, darauf antwortete er, „fragt doch sie -oder warum sollen wir besonders dafür gedacht sein, dies zu beantworten“. Diese Art der Annäherung und Logik sei die Konsolidierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie schon sei. Eine „Böswilligkeit“ will er trotzdem nicht unterstellen, aber das „oben“ und „unten“ wäre somit verdeutlicht. Das als

„andere“ definiert wird rekonstruiert und das Verhältnis zwischen „wir“ und „andere“, was er hier gleichzeitig als ein „oben“ und „unten“ Verhältnis sieht, wäre somit reproduziert. Die Widersprüchlichkeit von Menschen betreffe auch uns einerseits würden wir uns bewußt auf das Migrantsein begrenzen und andererseits die Begrenzung auf nur unser Migrantsein hin, würden wir nicht selbstverständlich hinnehmen. Beispielsweise machte eine bekannte linke Zeitschrift in der Zeit von Solingen ein Interview mit dem Betreffenden, wo er gefragt wurde, wie die MigrantInnen zur Linke stehen würden, wodurch er die MigrantInnen „auf eine soziologische Kategorie“ reduzierte sieht. Diese Frage würde er lieber umkehren und fragen, „wie steht ihr Deutschen zu uns Linken?“ Diese „linke“ Logik soll das gleiche sein wie jene bei dem Beispiel: Bei einem Interview eines deutschen Fernsehteam hätte man versucht eine türkische Zeitung vor ihm zu legen, damit er „die Rolle eines Türken“ spiele. Oder auf einer Veranstaltung zu Chiapas wäre ein Bekannter aus linken Kreisen erstaunt ihn dort zu sehen, als er nun erzählte, daß sie als KöXüz in Chiapas gewesen waren und darüber in der KöXüz was geschrieben hätten, stellte der Bekannte nur fest, daß es in einer anderen Sprache geschrieben wäre, die er sowieso nicht verstehen würde. Eine nähere Erklärung dieses Umstandes erübrigt sich von selbst. Aufgrund der Länge gehen wir auf weitere interessante Beispiele, die der Redner nannte, nicht ein.

Bei diesen genannten Beispielen geht es ihm in erster Linie nicht um das Klagen, sondern darum, diese Dinge als Realitäten wahr zu nehmen und sie entsprechend in der Politik wieder zu spiegeln. Mit einem Zitat von Frantz Fanon: „Ich hasse diese (franz.) Gesellschaft nicht deswegen, daß sie uns diskriminiert, verachtet, sondern deswegen, daß sie uns immer wieder in die Lage drängen, in der wir uns selbst hassen müssen“, macht er deutlich, was ihn stört und ergänzt selbst: „ich hasse diese Gesellschaft, daß sie uns in die Lage versetzt, uns theoretisch mit diesen Fragen zu beschäftigen und in der Praxis immer auf der Hut sein zu müssen und dabei nicht mehr oder nicht immer unterscheiden zu können, ob dies oder jenes mit Rassismus was zu tun hat oder an sich ein Problem der zwischenmenschlichen Verhältnisse ist.“

Mit einem weiteren Zitat aus der Frauenbewegung von Emma Goldman: „Die Emanzipierten müssen von ihrer Emanzipation

emanzipiert sein“, versuchte er Widersprüche, in denen „wir“ uns befinden aufzuzeigen. Zum Thema der Selbstorganisation verweist er auf eine Artikel, der mal in KöXüz mit dem Titel „Wir haben keine Ausländerpolitik“ erschienen ist, wo er diese Thematik behandelt habe. Daher abschließend sagte er, daß „statt Partikularismus eine Komplexität“ aufgebaut werden sollte.

Danach stellte sich der Verein D.A.V.O.H vor. Es ist eine Bürger- und Menschenrechtsorganisation mit ca. zwanzig Vereinen. Sie bieten Beratung und Kurse (Sprachkurse: Deutsch und Englisch, Computerkurse) an und machen verschiedene Veranstaltungen. Das immer nur Reagieren auf was und nicht das Agieren, „etwas selbst tun und aufbauen“, wurde kritisiert. Als ein Schritt zur Selbstorganisation sieht der Redner die Gründung eines Afrika-Zentrums, dessen Ziel es ist, „ein Begegnungszentrum zum Austausch untereinander“ zu werden, „sich näher zu kommen“ und um „Vorurteile abzubauen“. Das Zentrum will soziokulturelle Bereiche einrichten. Es soll ein Café und verschiedene Räumlichkeiten haben, wo stadtteilbezogene Arbeiten, Frauenarbeit und Kinder- und Jugendarbeit, vor allem auch, weil „afrikanische Jugendliche in die meisten Begegnungszentren nicht rein kommen“, gemacht werden sollen. Auch Schwarze Streetworker sollen im Schanzenviertel, wo auch das Zentrum entstehen soll, arbeiten. Entwicklungspolitische Arbeiten sollen ebenfalls laufen sowie auch Antirassismus Workshops. Die Kulturbehörde habe sich gegen das geplante Zentrum geäußert mit der Begründung, daß sie kein „monoethnisches Zentrum“ wollen. Die Finanzierung soll daher zukünftig selbst getragen werden, um nicht abhängig von der aktuellen politischen Lage, wie z.B. Sparmaßnahmen, zu werden. Als ein Problem wird das in Zusammenhängen des Zentrums mit der Drogenszene im Viertel gesehen.

Anschließend sprach eine Frau von AYNA, ein Internationales Beratungs- und Bildungszentrum für Frauen. Die Selbstorganisation habe für sie eine praktische Bedeutung, nämlich die „Attacke des Systems, um zu einer Identität zu kommen“. Für sie ist der Respekt der Weißen nur selbstverständlich, wenn wir sie einfordern. Sie sagt, „so wie wir leben ist unsere politische Identität“.

Gesetze würden nicht zwangsläufig Gleichheit unter Menschen schaffen, sie könnten sich ändern, deshalb müßten die Strukturen

**Danach stellte sich der Verein D.A.V.O.H vor. Es ist eine Bürger- und Menschenrechtsorganisation mit ca. zwanzig Vereinen. Sie bieten Beratung und Kurse (Sprachkurse: Deutsch und Englisch, Computerkurse) an und machen verschiedene Veranstaltungen. Das immer nur Reagieren auf was und nicht das Agieren, „etwas selbst tun und aufbauen“, wurde kritisiert. Als ein Schritt zur Selbstorganisation sieht der Redner die Gründung eines Afrika-Zentrums, dessen Ziel es ist, „ein Begegnungszentrum zum Austausch untereinander“ zu werden, „sich näher zu kommen“ und um „Vorurteile abzubauen“.**

**Wir bräuchten eine Infrastruktur und sollten themenzentriert Arbeiten, auch mit antirassistischen Deutschen. Gegen die „drei „Ais“, Ausgrenzung, Asyl, Abschiebung“, schlägt er ein „Drei-O-Modell, d.h. Orientierung, Organisation und Opposition“ vor. Wir sollten eine „community of resistance“**

geplant angegriffen werden, um rassistischen Strukturen durchbrechen zu können. „Separat but equal“ ist dabei ihr Motto. Sie fordert, daß Kommissionen gebildet werden sollten, damit die Gesetze, „die nur geschriebene Worte sind“ in die Praxis umgesetzt werden können. Wir sollten auch individuelle Schritte vornehmen. Bestimmte Institutionen (z.B. in Banken oder in Kaufhäusern), in denen „wir“ nicht reflektiert oder respektiert werden, sollten wir boykottieren. Dazu kommentiert sie „moralische Appelle ziehen nicht mehr, es muß im Portemonnaie wehtun“. Als eine Möglichkeit des sich Wehrens sieht sie die Organisation des Alltagslebens, weitgehend ohne die Mehrheitsgesellschaft, zusammen mit allen anderen zu gestalten (communities). Außer unser Migrantsein würden oft vor allem unsere beruflichen Qualifikationen (frzte, Anwälte usw.) nicht gesehen. Eine bürgerrechtliche Bewegung habe zwei wesentliche Punkte einerseits den rechtlichen Weg und andererseits der Selbstrespekt. Im Anschluß äußerte einer von Sokoni einige Gedanken und Beobachtungen. In Deutschland habe es eine Bewegung gegen Rechts

und gegen Rassismus nicht gegeben. Von MigrantInnen und Flüchtlingen habe es einen Versuch gegeben. In Hamburg, wo es ca. tausend MigrantInnen Vereine gäbe, wäre keine Zusammenarbeit vorhanden. Er warnt davor, den institutionalisierten Rassismus zu unterschätzen. Beispielsweise hätte die Behörde eine Kontrolle über die Namen der VorstandsmitgliederInnen von eingetragenen Vereinen, was bei deutschen e.V.s nicht der Fall sei. Die meisten von uns hätten mit Existenzfragen (wie Aufenthalt) zu kämpfen, weshalb kaum Zeit für Selbstorganisation wäre. Wir bräuchten eine Infrastruktur und sollten themenzentriert Arbeiten, auch mit antirassistischen Deutschen. Gegen die „drei „Ais“, Ausgrenzung, Asyl, Abschiebung“, schlägt er ein „Drei-O-Modell, d.h. Orientierung, Organisation und Opposition“ vor. Wir sollten eine „community of resistance“ bilden.

Nach einer kurzen Diskussion wurde die Veranstaltung beendet. Die am Podium beteiligten Leute und andere Interessierte haben ein Nachtreffen organisiert, um einiges reflektieren zu können. Weitere Treffen soll es geben.

köXüz-Redaktion

## Migrantinnen Café

Hallo Frauen!

Wir sind eine Gruppe von verschiedenen Frauen, die sich zusammengesetzt haben, um einmal im Monate ein Migrantinnen-Café anzubieten.

Wir Lesben und Heteras wollen so eine Möglichkeit für MigrantInnen

schaffen, sich zu treffen, sich auszutauschen und/ oder zu organisieren.

Wenn ihr Lust und Interesse habt andere Frauen kennenzulernen, zu diskutieren und/ oder etwas anderes zu machen, dann kommt ins MigrantInnen-Café.

Wo?

**B5 Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg**

Wann?

**An Jedem letzten Sonntag eines Monats ab 15.00 Uhr**

## „Die schlechten Phantasien sind in euren Köpfen,“

Erklärung von Überlebenden des Lübecker Brandanschlags vom 18. Januar 1996 zum Freispruch von Safwan Eid

Safwan ist endlich freigesprochen worden. Der furchtbare Verdacht gegen ihn war zu keiner Zeit begründet. Der Prozeß hat gezeigt, daß sich dieser Verdacht nicht nur gegen ihn gerichtet hat:

Gemeint waren wir alle. Von Anfang an waren die Ermittlungen gegen uns gerichtet - schon am Tag des Brandanschlags, als noch die jungen Deutschen als mögliche Täter verhört wurden. Die Ärzte haben unser Blut genommen, um uns auf ansteckende Krankheiten zu untersuchen - auf Hepatitis, auf Tuberkulose und auf Aids. In diesen Krankheiten wollten sie Hinweise für ein Motiv suchen: ein Motiv der Verzweiflung oder ein Motiv der Rache für die Infektion mit einer ansteckenden Krankheit. Die Ermittler wollten unser Leben aushorchen, um uns in die Nähe von Sucht, Unmoral und Kriminalität zu bringen. Polizei und Staatsanwaltschaft haben damit begonnen, dann haben die Medien diese Unterstellungen aufgenommen und weiter Lügen erfunden:

Geschichten über Streit und Eifersucht, über Prostitution und Pornographie, über Autoschiebereien und schließlich den Handel mit Rauschgift. Nicht einmal unsere Toten lassen sie in Ruhe. Das Gericht hat spekuliert: „Bei Sylvio Ammoussou ist alles denkbar - vom Opfer bis zum Täter.“ Es ist so einfach, jetzt die Toten für den Brand verantwortlich zu machen: So brauchen sie unter den Deutschen nicht nach Tätern zu suchen.

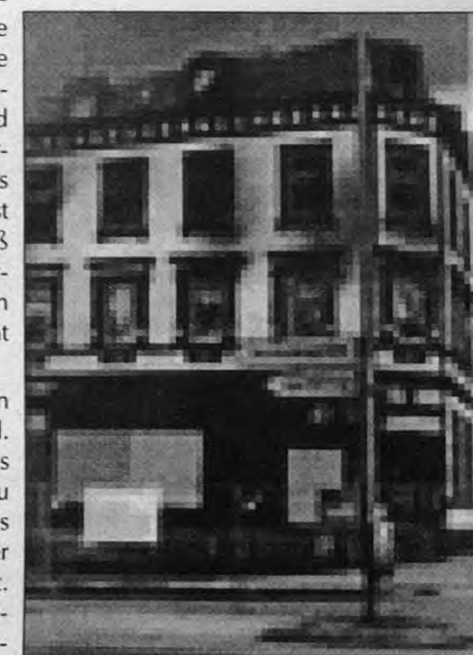
Als Zeuginnen und Zeugen sind wir gefragt worden, ob wir unsere Kinder „wie Sklaven halten“. Noch einmal fragen wir zurück: Wir fragen Euch Weiße - wie hält man einen Sklaven? Gerade die Mütter, die ihre Kinder in der Hafestraße allein erzogen haben, sind gefragt worden, warum unsere Kinder verschiedene Namen tragen, ob sie verschiedene Väter haben, wie häufig wir Besuch von Männern gehabt haben - wir fragen zurück: warum nicht von Frauen? Die schlechten Phantasien sind in Euren Köpfen. In einem Verfahren wegen mehrfachen Mordes und Mordversuchs werden wir danach gefragt, ob wir das Sozialamt betrogen haben, ob wir unerlaubt die Stadt verlassen

haben, ob wir uns von Safwans Freispruch ein Bleiberecht versprechen. All diese Fragen haben nichts mit der Aufklärung des rassistischen Brandanschlags zu tun. Sie wurden nur gestellt, um uns verdächtig zu machen und die wirklichen Täter zu schützen. Wir und sonst niemand sollen ds Haus angesteckt haben. Nur uns soll eine so furchtbare Tat zuzutrauen sein. Trotz Freispruchs haben sie uns verurteilt.

Was hier in diesem Land denkbar ist und täglich passiert, wollen sie uns in die Schuhe schieben. Keiner von uns ist dazu in der Lage, wegen eines Streits ein Haus anzustecken, in dem unsere Familien, unsere Freunde und Landsleute leben. Zu einem solchen Verbrechen sind wir nicht fähig. Nicht bei uns, sondern hier in Europa passieren so furchtbare Dinge ohne Grund: Menschen, die einen Fluß durchschwimmen, werden vom Ufer ins Wasser zurückgestoßen. Boote werden von Kriegsschiffen gerammt, so daß Hunderte ertrinken. Auf offener Straße werden wir verprügelt oder niedergestochen. Aus fahrenden Bussen und Bahnen werden wir geworfen. Bei der Abschiebung auf dem Flughafen werden wir geknebelt, erstickt und zu Tode gespritzt. Und unsere Häuser werden niedergebrannt, weil wir keine weiße Haut haben wie Ihr. Viele schweigen zu diesen Verbrechen. Nur wenige helfen uns und klagen an. Das juristische Verfahren gegen Safwan und uns alle ist beendet. Aber für uns ist nichts beendet. Wir wollen, daß unsere Ehre und Würde wiederhergestellt wird. Und wir wollen die wirklichen Täter vor Gericht bringen.

Die Nazis haben freie Hand in dieser Stadt und in diesem Land. Muß der Verlauf des Prozesses sie nicht ermutigen, weiter zu morden? Ihr faschistisches Umfeld in dieser Stadt und ihrer Umgebung wird nicht erforscht. In der Nacht vor unserer Demonstration der Trauer und Wut dür-

**Von Anfang an waren die Ermittlungen gegen uns gerichtet - schon am Tag des Brandanschlags, als noch die jungen Deutschen als mögliche Täter verhört wurden. Die Ärzte haben unser Blut genommen, um uns auf ansteckende Krankheiten zu untersuchen - auf Hepatitis, auf Tuberkulose und auf Aids.**



**Wir fordern, daß die Ermittlungen gegen die Tatverdächtigen sofort wieder aufgenommen und sie unverzüglich vor Gericht gestellt werden. Wir fordern für uns, daß jeder Verdacht gegen uns, jede Unterstellung, jede öffentliche Verleumdung und Verurteilung zurückgenommen wird. Wir fordern noch einmal einen unbefristeten und gesicherten Aufenthalt für alle Überlebenden des furchtbaren rassistischen Brandanschlags.**

fen sie unerkannt Hakenkreuze an das verbrannte Haus und auf jüdische Grabsteine sprühen. Sie dürfen noch mehr Häuser von Migranten und Migrantinnen niederbrennen. Sie dürfen mit einem Graffiti am 2. August den Anschlag auf unser Leben als „Denkmal für Hitler,“ feiern. Sie dürfen am Jahrestag des Gedenkens an unsere Toten Hakenkreuze an die Kapelle schmieren, in der wir uns zum Gebet versammeln wollen. Sie dürfen sich rühmen, „beim Lübecker Brand vom 18. Januar dabeigewesen zu sein,“ und können sich sicher sein, daß „die Polizei (ihnen) nichts tut,“.. Schließlich dürfen sie ungestraft eine Kriegsflagge der Nazis entrollen, noch bevor die brennende Kirche St. Vicelin gelöscht ist. Damit unterstreichen sie ihre Drohung gegen die algerischen Flüchtlinge und uns alle: „Wir brennen Euch die Kirchen nieder, wenn ihr Flüchtlingen Asyl gewährt.“ Hat der Bürgermeister dieser Stadt nicht recht, wenn er sagt: „Man weiß, wo das rechte Umfeld ist, man kennt die geistigen Urheber - dann faßt sie doch! Wir wissen, wo sie sind, jeder weiß es. Man muß nur handeln.“

Wir klagen die Männer an, gegen die der schwere Verdacht des Mordes begründet ist. Sie sagen selbst, sie haben Frau Joao-Bunga mit ihrer Tochter Susanna springen sehen, als sie die Panik aus dem Fenster trieb. Nur sie, und niemand anders, haben Sylvio Ammousou gesehen, wie er sich brennend auf dem Boden gewälzt hat um die Flammen zu ersticken. Sie müssen vor der Polizei am Tatort gewesen sein - und nicht an der Tankstelle, wie die Polizei alle glauben lassen will. Sie - und niemand von uns - haben Verbrennungen, die von der Gerichtsmedizin als typische Verletzungen von Brandstiftern erkannt worden sind. Wer von uns würde mit diesen Beweisen nicht lange verurteilt worden sein? Die Ermittlungen sollen wieder gegen sie aufgenommen werden. Sie sollen festgenommen werden, bevor sie alle abgetaucht sind. Wir wollen, daß sie vor Gericht gestellt werden.

Vieles spricht dafür, daß sie die Täter sind, auch wenn Deutschland davon nichts wissen will. Wir wollen mit dieser gemeinsamen Erklärung die öffentliche Anklage gegen sie politisch erzwingen.

Viele Fragen sind offen, die in einer Hauptverhandlung gegen sie geklärt werden müssen: Warum ist ihr Fahrzeug aus Grevesmühlen nicht am Tatort überprüft worden?

Warum sind sie nicht sofort körperlich auf Benzin- und Brandspuren untersucht worden?

Warum sind nicht einmal die Personalien dieser verdächtigen Personen vor Ort überprüft worden?

Warum ist die angebliche Bekleidung in dieser Nacht nur bei einem Verdächtigen gesichert worden? Warum ist der 4. Verdächtige und Beschuldigte erst um 22.00 Uhr festgenommen worden?

Warum ist dieser Verdächtige ohne Alibi bisher nicht einmal erkennungsdienstlich behandelt worden?

Warum ist am 18. Januar nur ein Verdächtiger nach dem Grund seiner Sengspuren gefragt worden? Warum sind die Haarproben von drei Verdächtigen nicht im Labor des LKA untersucht worden? Warum hat der Generalstaatsanwalt die Ermittlungen noch am 19. Januar 96 einstellen lassen?

Warum ist das angebliche Alibi von 3 Verdächtigen nicht durch Gegenüberstellung überprüft worden? Warum ist auch gegen den 4. Verdächtigen - ohne Alibi - bis heute kein Haftbefehl erlassen worden? Warum glaubt die Staatsanwaltschaft nicht den Berichten von Geständnissen gegenüber anderen?

Es gibt noch viele Fragen mehr, die unsere Anwälte und Anwältinnen zusammenstellen werden. Wir haben sie beauftragt, für uns Widerspruch gegen die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Richtung Grevesmühlen einzulegen. Wir haben sie beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die öffentliche Anklage gegen die vier jungen Männer Rene B./Heiko P./Dirk T./Maik W. und mögliche Mittäter und die politisch Verantwortlichen zu erheben.

Wir fordern, daß die Ermittlungen gegen die Tatverdächtigen sofort wieder aufgenommen und sie unverzüglich vor Gericht gestellt werden. Wir fordern für uns, daß jeder Verdacht gegen uns, jede Unterstellung, jede öffentliche Verleumdung und Verurteilung zurückgenommen wird. Wir fordern noch einmal einen unbefristeten und gesicherten Aufenthalt für alle Überlebenden des furchtbaren rassistischen Brandanschlags.

**Die Politiker und Behörden dürfen nicht vollstrecken, was die Nazis nicht zuende gebracht haben: die Vernichtung und Vertreibung von uns allen.**

Lübeck, den 30. Juni 1997

## Der Internationalismus der EZLN

Als der bewaffnete Aufstand der Indigena-Gemeinde aus Chiapas anging, versuchte die Regierung sofort die internationalen Investoren und die großen Banken zu beruhigen, indem sie ihnen sagten, das wäre ein isolierter Fall im Dschungel, ein kleiner Haufen von Indianern, ein unwichtiges lokales Problem und alles wäre unter Kontrolle.

Die Realität war eine andere. Die zapatistischen Forderungen wurden von der Mehrheit der Mexikaner, die Freiheit, Gerechtigkeit, eine Infrastruktur (für die Armen), Land und das Ende der Immunität (für „Oben“) und viele andere Dinge wollen, getragen. Die extreme Armut und die Ausbeutung sind nicht ausschließlich in Chiapas, sondern in allen Indigena- und Bauerngemeinden im Land zu finden. Deswegen sind die Forderungen der EZLN nicht nur die der Indigenen. Die Kämpfe werden täglich erweitert mit den Forderungen der Anderen, z.B. den Forderungen der Ökologen, der Feministinnen, der sexuellen und religiösen Minderheiten.

Die Idee der EZLN ist eine einschließende Demokratie zu schaffen, das heißt, es soll nicht nur dem Willen der Mehrheit eine Wichtigkeit beigemessen werden, sondern diejenigen, die keine Mehrheit bilden, sollen auch Raum haben und Respekt und Würde genießen.

In wenigen Worten können wir sagen, daß die EZLN von den Forderungen der Indigenas zu den nationalen Forderungen übergegangen ist und danach zu den internationalen, intergalaktischen.

Da der willkürliche und dreiste Kapitalismus der letzten Jahre den ganzen Planeten betrifft, besteht die Notwendigkeit, eine gemeinsame internationale Front gegen den Neoliberalismus zu bilden. Aus diesem Grunde rufen die ZapatistInnen zu einem intergalaktischen Treffen auf, auf dem Männer und Frauen, egal welcher Hautfarbe, Religion, Sprache und Kultur zusammenkommen, um ihre Unterschiede zu feiern und um das, was sie alle verbindet, zu retten.

Die ZapatistInnen haben vorgeschlagen, ein horizontales Netz, ohne Hierarchien und ohne Zentrum aufzubauen. Sie schlagen als Modell die Form vor, sowie die Gemeinde im Dschungel entspricht: sich unterhalten, sich gegenseitig zuhören, sich gegenseitig

verstehen und zu einer Einigung kommen.

Die ZapatistInnen wenden sich an die Europäer/innen, die Afrikaner/innen, die Asiaten/innen und an die anderen Amerikaner/innen auf einer Komplizität-Ebene. Die EZLN versteht unter Solidarität, gemeinsame Träume und Strategien zu teilen und damit den gemeinsamen Feinden entgegenzutreten.

Diese Feinde tragen in jedem Land unterschiedliche Masken, sind aber überall dieselben: der Rassismus, der Autoritarismus, die Ausbeutung der Frauen, der Männer und der Natur. Die ZapatistInnen kämpfen nicht, um die Macht zu übernehmen, sondern für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie und darunter wird mehr als Wahlen und Parlamente verstanden.

Die Männer und Frauen aus der Selva Lacandona sind sehr arm, sie sind die ärmsten unter den Armen, für sie gibt es keine größere Freude als zu wissen, daß ihr Kampf in anderen Ländern bekannt ist, in so entfernten Orten, daß sie sich es gar nicht vorstellen können, wo diese sind, denn sie rechnen die Entfernungen nach Stunden oder Tagen, die für diese Laufstrecke gebraucht werden.

Die internationale Solidarität hat verhindert, daß die Regierung und die Armee die Rebellen, die sich getraut haben, die Macht in Frage zu stellen und an der Tür der Hoffnung zu klopfen, ersticken.

Viele von uns unterstützen ZapatistInnen nicht nur aufgrund der Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen, sondern weil sie uns gezeigt haben, daß es sich lohnt, zu rebellieren. Und das haben sie uns nicht etwa mit wichtigen Argumenten gezeigt, sondern indem sie unsere Gefühle berührt haben. Und das kann nicht jeder.

Die Auseinandersetzung der EZLN mit den reaktionärsten und rückschrittlichsten Kräften des Kapitals ist besonders wegen des ungleichen Kräfteverhältnisses bewundernswert.

Lassen wir die Zapatisten nicht allein, denn sie kämpfen gegen dasselbe wie wir: Sie kämpfen für alle!

Von Marta Durán  
(mexikanische Journalistin)  
für köXüz



**Viele von uns unterstützen ZapatistInnen nicht nur aufgrund der Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen, sondern weil sie uns gezeigt haben, daß es sich lohnt, zu rebellieren.**

## El internacionalismo del EZLN.

*Muchos apoyamos a los zapatistas no sólo por la justeza de sus demandas sino porque nos han mostrado que vale la pena rebelarse y lo han hecho no sólo no argumentos de peso sino han sabido tocar nuestras emociones, cosa que no cualquiera lo logra.*

Cuando empezó el levantamiento armado de las comunidades indígenas de Chiapas, el gobierno de inmediato trató de tranquilizar a los inversionistas internacionales y a los grandes bancos diciendo que se trataba de un brote aislado en la selva, de un punado de indios, que era un problema local sin importancia y que todo estaba bajo control. La verdad era otra. Las demandas zapatistas son las de la mayor parte de los mexicanos que quieren libertad, justicia, infraestructura, tierra, alto a la impunidad y muchas cosas más. La extrema miseria y la explotación no es exclusiva de Chiapas, sino de todas las comunidades indígenas y campesinas del país, por tal, las demandas del EZLN no son locales, no son exclusivamente indígenas, sino que cada día van integrando las demandas de otros a su luchas, por ejemplo, las demandas de los ecologistas, de las feministas, de las minorías sexuales y religiosas entre otras. La idea del EZLN es de crear una democracia incluyente, es decir, que no sea sólo la voluntad de la mayoría la que cuente, sino que los que no son mayoría también tengan un espacio, respeto y dignidad.

En pocas palabras podemos decir que el EZLN pasó de las demandas indígenas a las demandas nacionales y después a las internacionales, las intergalácticas. Si el capitalismo más arbitrario y descarnado de los últimos años está afectando a todo el planeta, es necesario hacer un frente común, internacional contra el neoliberalismo, y es de este punto del que los zapatistas parten para hacer un encuentro intergaláctico, donde hombres y mujeres sin importar su color, su religión, su lengua, su cultura, se reúnan a celebrar sus diferencias, y a rescatar lo que los une. Los zapatistas propusieron la creación de una red que sea horizontal, sin jerarquías, sin un centro que tome las decisiones.

Ellos proponen el modelo que utilizan las comunidades de la selva que consiste en platicar, oírse, entenderse y llegar a un acuerdo.

Los zapatistas se dirigen a los europeos, africanos, asiáticos y demás americanos, en un plano de complicidad. El EZLN entiende la solidaridad como el compartir sueños y estrategias para enfrentar enemigos comunes que, aunque en cada país toman máscaras diferentes, se tratan de los mismos: el racismo, el autoritarismo, la explotación de los mujeres, hombres y de la naturaleza. Los zapatistas no luchan por la toma del poder sino por paz, justicia y democracia, entendida ésta como mucho más que elecciones y parlamentos.

Las mujeres y hombres de la Selva Lacandona son muy pobres, extremadamente pobres, son los pobres entre los pobres y para ellos no hay alegría más grande que el saber que su lucha es conocida en otros países, en lugares tan lejanos que ni siquiera pueden imaginarse donde quedan pues ellos miden las distancias por las horas o días que hay que caminar. La solidaridad internacional ha evitado que el gobierno y el ejército asfixien a estos rebeldes que han osado en cuestionar al poder y tocar a la puerta de la esperanza. Muchos apoyamos a los zapatistas no sólo por la justeza de sus demandas sino porque nos han mostrado que vale la pena rebelarse y lo han hecho no sólo no argumentos de peso sino han sabido tocar nuestras emociones, cosa que no cualquiera lo logra. El enfrentamiento del EZLN con las fuerzas más reaccionarias y retrógradas del capital, es de admirarse por la desigualdad de fuerzas. No dejemos sólo a los zapatistas pues están luchando contra lo mismo que nosotros luchamos; están luchando por todos.

Marta Duràn



## Die Anti-AKW-Bewegung - Gegenmacht von Unten!?

**Der folgende Text dokumentiert die Rede, die Fritz Storim auf der Bremen Eröffnungsveranstaltung des BUKO-Kongresses (BUKO,97) „Gegenmacht von Unten“ am 29. Mai, 97 in Paderborn gehalten hat. Er wurde vom Autor leicht überarbeitet und aktualisiert.**

Die 6 CASTOR-Behälter, die Anfang März ins Zwischenlager Gorleben transportiert wurden, konnten wir nicht aufhalten.

Aber wir konnten deutlich machen, daß das Zwischenlager so wie geplant politisch nicht durchsetzbar ist (der Transport kostete an die 100 Millionen Mark und es waren 30 000 PolizistInnen und BGS-BeamtenInnen im Einsatz). Dies war eigentlich schon länger offensichtlich - SIE wollten nocheinmal eine Kraftprobe.

Jetzt versuchen Regierung, Industrie und Teile der parlamentarischen Opposition, Strategien zu entwickeln, die Atom-Energie-Politik sozial verträglicher zu gestalten, ohne an IHREN Programmen grundsätzlich etwas zu verändern.

### Atomtechnologie-Szenarien von der BRD aus gesehen.

Um die ungeheueren politischen und finanziellen Dimensionen, mit denen wir es im Bereich der sogenannten zivilen Atomenergienutzung (die militärische läßt sich davon nicht abtrennen) zu tun haben, nachvollziehbar zu machen - und die machen die Härte der Auseinandersetzungen erst erklärbar - will ich zuerst über mögliche Atom-Szenarien reden, die zur Zeit in der Diskussion sind (s. (Konsens,97), (DSe,97)) - sicher sind das Allmachtsphantasien und da werden wir IHNEN noch manchen Strich durch die Rechnung machen.

### Investitionssicherung

Nachdem die bundesdeutschen Elektrizitäts-Versorgungs-Unternehmen (EVUs) in den letzten Jahrzehnten milliardenschwere Investitionen in den Wind schießen mußten (z.B. mußten SIE den Schnellen Brüter Kalkar, die WAA in Wackersdorf, den HTR in Hamm-Uentrop, die Brennelementfabrik in Hanau aufgeben), streben sie einen breiten nationalen Konsens an, um den Bestand an laufenden Atomanlagen und neu beabsichtigte In-

vestitionen politisch abzusichern:

Dazu fanden in letzter Zeit diverse sog. Konsensgespräche zwischen VertreterInnen der Regierung und der SPD statt.

- Danach sollen allen laufenden AKWs rechtlicher Bestandschutz garantiert werden.

- Als "erstrebenswerte Option" soll weiterhin nur ein zentrales Atommülllager für schwach, mittel- und hochradioaktive Abfälle offen gehalten werden; das wird ökonomisch und sicherheitstechnisch begründet.

Für das geplante Endlager Gorleben wird angestrebt:

- Die Erkundungen bis zum Jahr 2005 abzuschließen. Nach 2005 sollen die Arbeiten ruhen. 2030 soll der Ausbau, 2035 die Inbetriebnahme erfolgen (1).

- Es sollen vorläufig keine weiteren Standorte als mögliche Alternativen zu Gorleben gesucht werden.

- Änderung des Atomgesetzes soll noch in dieser Legislaturperiode erfolgen, um die Möglichkeit der Enteignung zu verbessern, mit der die Eigentumsrechte des Grafen Bernstorff am Gorlebener Salzstock ausgehebelt werden sollen.

1994 hatte der massive Druck, zumindest die WAA aufzugeben, zu einer Änderung des Atomgesetzes geführt. Danach sind nun zwei gleichberechtigte Entsorgungspfade zulässig. Entweder wie bisher die Wiederaufarbeitung oder die "direkte Endlagerung" über die Zwischenlagerung.

Da die Wiederaufarbeitung sehr viel teurer ist als die "direkte Endlagerung" und es technisch und politische Probleme gibt mit der Verwertung des bei der Wiederaufarbeitung anfallenden Plutoniums und Urans, ist ein Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung (und damit aus der Plutoniumwirtschaft) längerfristig vorstellbar.

- Die Entscheidung für den Bau neuer AKWs soll nicht vor 2005 getroffen werden.

(1) Die Gesamtprojektkosten für den Gorlebener Salzstock belaufen sich, der Bundesregierung zufolge, bis zur Inbetriebnahme auf geschätzte 4,58 Milliarden Mark.

- Momentan sollen die schwach und mittelaktiven Abfälle im Atommülllager Morsleben (ehemals DDR, in der Nähe von Helmstedt) später dann im noch zu genehmigenden Atommülllager Schacht Konrad gelagert werden (2). Dazu soll Morsleben nicht wie geplant im Jahre 2000, sondern erst 2005 geschlossen werden.

- Für Schacht Konrad (3) soll das Planfeststellungsverfahren noch in diesem Jahr "zügig positiv abgeschlossen" werden.

Sofortvollzug soll aber erst im Jahr 2005 erteilt werden. Die Inbetriebnahme soll also nahtlos an die Stilllegung von Morsleben anschließen.

- Die Zwischenlagerung der hochradioaktiven Abfälle soll dezentralisiert/regionalisiert werden.

Dazu ist vorgesehen:

\* Das Zwischenlager in Gorleben soll nur noch für Brennelemente aus Norddeutschland und für Abfälle aus den WAAs genutzt werden.

Unmittelbar nach den letzten Auseinandersetzungen im Wendland war aus politischen Kreisen zu hören, daß in den nächsten

2 Jahren keine CASTOR-Behälter mehr nach Gorleben gebracht werden sollten. Jetzt soll nach Reinhard König, dem Geschäftsführer der "Brennelementelager Gorleben GmbH" (BLG), im kommenden Jahr mindestens ein Atommülltransport aus der WAA La Hague nach Gorleben gehen. Er rechnet bei diesem Transport mit mindestens sechs CASTOR-Behältern (Carini, 97).

\* Die Erweiterung des Zwischenlagers Ahaus soll spätestens 1998 genehmigt werden.

Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus süddeutschen AKWs sollen bis auf Weiteres nach Ahaus gehen. Ein Transport aus Neckarwestheim (3 CASTOR-Behälter) ist für den Herbst angekündigt.

\* Außerdem soll längerfristig ein Zwischenlager in Süddeutschland errichtet werden.

\* Auch eine Zwischenlagerung an den jeweiligen AKW-Standorten - dabei könnten sich

benachbarte AKWs zusammenschließen - ist denkbar.

#### Export des Atomrisikos ins Ausland.

Nachdem in der BRD eine vollständige nationale Plutoniumindustrie nicht durchsetzbar war, wurden Anlagen, die in der BRD nicht gebaut werden konnten, in Frankreich oft mit Beteiligung deutschen Geldes gebaut und betrieben, oder der Bereich als Dienstleistung nach Frankreich oder nach Großbritannien ausgelagert (hierzu s. bei Schneider, 97). Das heißt die BRD exportiert ihr Atomrisiko ins Ausland.

Deutsche Unternehmen nehmen im französischen Atomgeschäft eine Schlüsselstellung ein.

- Der Schnelle Brüter in Kalkar konnte nicht in Betrieb genommen werden, in Frankreich läuft mit deutscher Beteiligung der Superphenix in Creys-Malville.

- Die geplante WAA in Wackersdorf mußte aufgegeben werden, die Anlagen in La Hague und in Sellafield haben deren Aufgabe übernommen.

- Im schottischen Atomzentrum Doun-

reay soll der gesamte hochradioaktive Abfall aus den deutschen Forschungsreaktoren aufgearbeitet werden.

- In Hanau wurde die Siemens-Brennelementefabrik geschlossen, die Verträge gingen an das Atomzentrum von Cadarache. Diese Anlage soll ausschließlich für den deutschen Bedarf MOX-Brennelemente herstellen.

Da die französische Atomindustrie nicht zwischen zivilen und militärischen Anlagen unterscheidet, ist deutsches Geld über diesen Weg an der militärischen Atomtechnologie beteiligt.

Die BRD ist neben Italien und England der wichtigste Atomsstromabnehmer Frankreichs. Fast 1/4 des insgesamt von Frankreich exportierten Stroms ging 1996 in die BRD: 16,7 TWh, 3 AKWs von 58 laufen damit für die BRD, (Schneider, 97).



(2) In Morsleben ist das einzige in der BRD in Betrieb befindliche Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle, obwohl es hierfür nie einen bundesdeutschen Planfeststellungsbeschuß gegeben hat und sicher eine Betriebsgenehmigung nach herrschenden Normen auch nicht vorstellbar wäre. Die alte DDR-Genehmigung wurde „ausnahmsweise“ für den Zeitraum bis zum Jahr 2000 einfach als „fiktiver Planfeststellungsbeschuß“ eingesetzt. (Zur aktuellen Situation s. Paul, '97)

(3) Die Gesamtprojektkosten für Schacht Konrad werden bis zur Inbetriebnahme mit rund 2,7 Milliarden Mark angegeben.

Deutsches Plutonium wird tonnenweise in Frankreich nicht nur abgetrennt, sondern auch gelagert, transportiert, zu MOX-Brennelementen verarbeitet und wieder in die BRD transportiert.

Transporte abgebrannter Brennelemente laufen ständig aus der BRD nach Frankreich (4). Da die deutsche Atomindustrie die Endlagerung von abgebrannten Brennelementen teilweise oder vollständig anvisiert, bietet die Firma COGEMA (Betreiberin der WAAs in La Hague) auch die Zwischenlagerung für abgebrannte Brennelemente an. Eine mittelfristige Möglichkeit für die deutschen EVUs, falls der politische Preis in der BRD zu hoch ist.

#### Neue Projekte.

Von Siemens (5) und Framatome wird zur Zeit ein neuer Reaktor (EPR, European Pressurized Water Reactor, 1500 MW) entwickelt.

Er soll in einem vom Standort unabhängigen Verfahren (Typengenehmigung) genehmigt werden. Davon träumt die Reaktorindustrie schon seit Jahrzehnten. Das wird zu zusätzlichen Einschränkungen der Eingriffs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung führen.

Das Projekt soll auch als Empfehlung für den Export der Atomtechnologie nach Osteuropa und Asien dienen.

In der BRD ist Greifswald als möglicher Standort im Gespräch, in Frankreich Le Carnet an der Loire-Mündung (2 Reaktoren, sollen nicht vor 2010 - dann wenn die erste französische AKW-Generation verschrottet ist - in Betrieb gehen) (6).

Außerdem ist Siemens auch an der Entwicklung eines neuen Siedewasserreaktors (1000 MW) beteiligt (BBU, 97).

In Garching bei München errichtet Siemens einen Forschungsreaktor (FRM-II, Forschungs-Hochflußneutronenquelle der TU-München, geschätzt 900 Mill. Baukosten), der mit hochangereichertem waffenfähigen Uran (HEU) betrieben werden soll.

Die erste atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung hierfür ist bereits erteilt (9.4.96). Damit wird der Atomwaffensperrvertrag umgangen.

In Greifswald (in der ehemaligen DDR) soll eins der größten nuklearen Entsorgungszentren der Welt entstehen: das Zwischenlager Nord (ZLN, 15.8.97 Inbetriebnahme, Okt. 97 Genehmigung der CASTOR-Halle), ein Fusionsforschungsreaktor (Wendelstein 7-X,

19.6.97 Grundsteinlegung) und dort ist auch ein Standort für den EPR ins Auge gefaßt.

Ende 97/Anfang 98 sollen dort 4 CASTOR-Behälter mit Atommüll aus dem stillgelegten AKW-Rheinsberg zwischengelagert werden.

Nach Tschernobyl war der Bau von neuen AKWs in der BRD politisch nicht durchsetzbar. Es liegt aber weiterhin die Wartung und Nachrüstung bereits laufender AKWs an, und das weltweit. Die Nachrüstung ist oft teurer als der Bau selbst war. Bestehende AKWs sind reine Geldmaschinen, besonders wenn die Betriebsgenehmigung - wie in der BRD - zeitlich nicht begrenzt ist.

Siemens ist zur Zeit an der Fertigstellung eines slowakischen AKW (Mochovce) beteiligt. Nach westlichem Standard dürfte es nie in Betrieb gehen. Die deutsche Regierung sichert das Geschäft mit einer Hermes-Bürgschaft (über 146 Mill. DM) ab. Der Auftrag soll für Siemens als Markttöffner für Nachrüstung und Reparatur, die den Weiterbetrieb von 60 weiteren Atomanlagen in Osteuropa ermöglichen, dienen.

Im russischen Sosnovy Bor ist Siemens ebenfalls am Neubau eines AKW beteiligt.

Siemens möchte gemeinsam mit französischen Unternehmen in Rußland zwei Anlagen zur Umwandlung von russischem Waffenplutonium zu Brennelementen für russische AKWs bauen. Dabei soll auch auf die Ausrüstung der nie in Betrieb genommenen Siemens-Fabrik Hanau zurückgegriffen werden (aaa79,97).

Diese Liste ließe sich beliebig lang fortsetzen, besonders auch, wenn wir die Verhältnisse über Europa hinaus mit einbeziehen würden.

Nur ein Hinweis: Anfang Februar wurden Pläne bekannt, nuklearen Abfall - auch aus der BRD - in den Pazifik zu exportieren. Die Inseln, die New Yorker Investoren bisher für ein atomares Weltendlager in die engere Wahl gezogen haben, liegen in der Nähe des Palmyra-Atolls und des Wake-Atolls (Pazifik, 97).

Das alles macht deutlich, daß das Kapitel Atomtechnologie und unser Widerstand dagegen noch lange nicht zuende geschrieben ist.

#### Ausblick

Für die Atomindustrie und Politik scheint alles wohl gerichtet und es ist folgendes vorstellbar:

Die SPD verzichtet auf ihre Ausstiegsforde-

(4) Allein 1996 rollten 731 Atomtransporte, die auf den Betrieb von AKWs zurückzuführen sind, durch die BRD. 96 mal wurden abgebrannte Brennelemente transportiert. 67 mal war die WAA in La Hague das Ziel, 14 mal die WAA in Sellafield (WK, 97).

(5) Die Kraftwerksunion (KWU, seit dem 1.1.'77 gehört sie zu 100 % der Siemens AG) ist weltweit eines der größten Unternehmen für den Bau schlüsselfertiger AKWs und ist für den Export der Atomtechnologie in den Trikont verantwortlich (KWU-Atomkraftwerke wurden nach den Niederlanden, Spanien, Argentinien, Brasilien, Iran, Österreich verkauft).

(6) AusternzüchterInnen in der Bucht von Bourgneuf, die eine Verschlechterung der Vermarktungsmöglichkeiten ihres Produkts befürchten, haben sich gegen das AKW zusammengeslossen.

Dieses Wochenende finden (vom 31. Mai bis 1. Juni) in Le Carnet am Bauplatz eine Demonstration und verschiedene Aktionen gegen das geplante AKW statt (Hahn, 97).

**Der Kampf um die unmittelbaren eigenen Bedürfnisse ist oft Einstieg in und sicher auch eine Motivation für den Widerstand. Wenn er sich aber ausschließlich darauf reduziert, nimmt er leicht egoistische, nationalistische und rassistische Züge an und das bedeutet immer auch Ausgrenzung anderer Menschen. Wenn es dann um "gesundes Erbgut", um normgerechte/leistungsstarke / "gesunde" / "nicht behinderte" Kinder, um die Heimat -geht, riecht das stark nach Blut- und Boden-ideologie und Eugenik.**

Um ihr Gesicht zu wahren, wird ihr als Erfolg der sowieso beabsichtigte Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft zugestanden. SPD wie auch die Grünen akzeptieren die Abkoppelung der Entsorgungsprobleme von der Forderung nach dem Ausstieg und schaffen damit die Grundlage für den Weiterbetrieb der bereits laufenden AKWs und für die Option einer neuen Reaktorgeneration.

Die verstärkt zu erwartende Deregulierung und Privatisierung der Energiewirtschaft auch mit der anstehenden europäischen Öffnung der Energiewirtschaft für die private Konkurrenz ab 1998 - lassen befürchten, daß sich das Interesse, Atomstrom zu produzieren wieder erhöhen wird.

Die Verfügungsgewalt über Atomwaffen stellt sich neu: Was bedeutet es für die BRD, wenn in einem zukünftigen integrierten Europa zwei Atomwaffenstaaten existieren?

Am 15. Mai dieses Jahres beschloß das Europaparlament, daß die Förderung militärischer Ausrüstung zu den gemeinsamen Aufgaben der europäischen Union zählt.

Das bereitet einen fundamentalen Wandel der EU von einer zivilen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer politischen Macht mit Hegemonialanspruch vor (Berger, 97).

Jetzt soll erst einmal, zumindest kurzfristig, Gorleben aus der Schußlinie genommen werden, um damit der politischen Auseinandersetzung die Schärfe zu nehmen. Durch Dezentralisation/ Regionalisierung der Zwischenlagerung und Transporte und damit der radioaktiven Belastung, soll der Widerstand zerstreut und damit geschwächt werden.

Und IHNEN geht es auch darum, Zeit zu gewinnen, um günstigere Bedingungen für einen offensiven Neu-Einstieg in die Atomwirtschaft vorzubereiten.

Im Hinblick auf die ungeheueren politischen und ökonomischen Dimensionen der Atomtechnologie könnten bei uns leicht Ohnmachtsgefühle aufkommen; aber blicken wir zurück, so können wir feststellen, daß wir eine Menge erreicht haben.

Ich denke, unser Widerstand ist ausbaufähig, wir sind noch lange nicht am Ende, aber wir können auch nicht einfach so weitermachen wie bisher.

Dazu will ich im Folgenden einige Überlegungen anstellen.

**Was hat die Anti-AKW- Bewegung**

**erreicht?**

Wir haben den weitaus größten Teil des für die BRD ehemals geplanten Atomprogramms verhindert.

Natürlich spielt auch die immer deutlicher werdende ökonomische Unsinnigkeit - erreicht u.a. durch die erzwungenen Sicherheitsauflagen - eine wachsende Rolle beim Rückzug zumindest aus dem nationalen Atomprogramm.

So haben wir z. B. erreicht, daß das AKW in Wyhl, die WAA in Gorleben und dann in Wackersdorf nicht gebaut werden konnten, der Schnelle Brüter in Kalkar nicht in Betrieb gehen konnte, und schließlich ist auch die Aufgabe des Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop und der MOX-Produktions-Anlage in Hanau in diesem Kontext zu verstehen.

Aber die Erfolge sind auch ambivalent - mit allen Bereichen, die SIE in der BRD nicht durchsetzen konnten oder IHNEN zu teuer wurden, sind SIE in das Ausland ausgewichen und darum haben wir uns zu wenig gekümmert.

**Was waren und sind die Motivationen - speziell vor Ort, an den Standorten - für den Widerstand?**

- Da ist die Angst vor Verletzung; Krankheit und Tod.

- Die Befürchtung einer Qualitätsminderung von landwirtschaftlichen Produkten und der damit verbundenen schlechteren Vermarktungsmöglichkeiten.

- Die Befürchtung einer Verringerung des Freizeitwertes der Region.

- Auch Sorge um „die Heimat, um „unbeschädigte“ Kinder und um gesunde Ernährung“.

Der Kampf um die unmittelbaren eigenen Bedürfnisse ist oft Einstieg in und sicher auch eine Motivation für den Widerstand. Wenn er sich aber ausschließlich darauf reduziert, nimmt er leicht egoistische, nationalistische und rassistische Züge an und das bedeutet immer auch Ausgrenzung anderer Menschen.

Wenn es dann um "gesundes Erbgut", um normgerechte/leistungsstarke / "gesunde" / "nicht behinderte" Kinder, um die Heimat -geht, riecht das stark nach Blut- und Boden-ideologie und Eugenik.

Zuerst stand meistens die unmittelbare Betroffenheit, die Vorstellung im Vordergrund: "Nicht bei uns, nicht in unserer Regi-

on." Aber dies hat sich im Laufe der Auseinandersetzung für viele erweitert auf: „Das ist auch anderen an anderen Orten nicht zuzumuten.“

Was das in Zukunft bedeuten wird, wird sich zeigen, sollte jetzt z.B. Gorleben erst einmal aus der Schußlinie genommen werden und die Zwischenlagerung an anderen Orten stattfinden.

Kann das vielleicht auch heißen, "wenn kein CASTOR mehr ins Wendland kommt, dann ist die Welt wieder in Ordnung?"

**Worin liegt die Kraft des Widerstandes?**

Ich denke die Erfolge - und damit meine ich nicht nur, daß die Anti-AKW-Bewegung bisher den größten Teil des ehemals geplanten Atomprogramms verhindert hat und ökologisches Denken überhaupt erst politikfähig gemacht hat, sondern auch eigene Widerstandsstrukturen und eigene Begriffe wie z.B. den der "Autonomie" neu und praktisch gefüllt hat.

Diese Erfolge waren nur möglich, weil der Wille, die Entschlossenheit, die Lust und Freude, die Forderungen auch selbst praktisch durchzusetzen, sich mit der Einsicht verbunden, daß der Kampf nur erfolgreich sein kann, wenn es gelingt mit möglichst breiten Teilen der Bevölkerung - über soziale und politische Unterschiede hinweg in eine gemeinsame Auseinandersetzung und zu gemeinsamen Aktionen zu kommen.

Anders gesagt, sich nicht in einer Nische, einem Ghetto innerhalb dieser Gesellschaft einrichten oder sich besserwisserisch über sie erheben - falls das überhaupt möglich ist und nicht weitgehend Selbsttäuschung -, sondern versuchen, sich in der Widersprüchlichkeit dieser Gesellschaft zu erkennen/zu erfahren/zu verorten und an diesem gemeinsamen Ort, die Auseinandersetzungen zu suchen.

Sicher ist dafür ganz entscheidend die regionale Verankerung und die Verbissenheit, mit der einzelne Menschen - auch über lange Durststrecken hinaus, gerade auch aus dem Wendland - am Widerstand festgehalten haben.

Ich will an einigen Beispielen aus dem Widerstand gegen die letzten Transporte (X') veranschaulichen:

(aaa78,97):

**5.2.97 Hitzacker:** Der Verwaltungsausschuß beschließt, daß Polizei und BGS die Gebäude der Feuerwehr in Hitzacker nicht nutzen dürfen.

**6.2.97 Karwitz:** Der Rat lehnt Atomtransporte durch das Gemeindegebiet ab.

**14.2.97 Dannenberg:** Ratsresolution gegen CASTOR-Transporte und Beschluß, daß die Sporthallen von DemonstrantInnen genutzt werden können.

**17.2.97 Göhrde:** Der Gemeinderat lehnt Atomtransporte ab.

**18.2.97 Gusborn:** Weder Polizei noch BGS dürfen Flächen der Samtgemeinde nutzen.

**22.2.97 Dannenberg:** Das Wasserbeschaffungsamt untersagt Polizei und BGS das Befüllen der Wasserwerfer.

Die Bezirksregierung Lüneburg beschlagnahmt (24.2.97) fünf Sporthallen in Dannenberg und Hitzacker als Schlafräume für Polizei und BGS und setzt sich damit über die kommunalen Beschlüsse hinweg.

Daraufhin besetzen am 25.2. 97 ungefähr tausend SchülerInnen des Schulzentrums Dannenberg die Dannenberger Mehrzweckhalle. Unterstützt wurde diese Aktion auch von der Bäuerlichen Notgemeinschaft, die mit über 50 Traktoren den Parkplatz und die Zufahrt zur Halle blockierten. Auch die Grundschulturnhalle wurde von Traktoren blockiert. In Hitzacker besetzten ebenfalls zahlreiche SchülerInnen die Realschulsporthalle.

Die Besetzung in Dannenberg wurde mit einem Vertrag zwischen den BesetzerInnen und Polizei und Bezirksregierung beendet. In diesem Vertrag wird u.a. zugesichert, daß die Halle nicht für polizeiliche Zwecke genutzt wird und gegen die an der Aktion beteiligten SchülerInnen keine Repressionen ausgeübt werden. Die anderen Hallen wurden polizeilich geräumt.

**2.3.97 Wendland:**

Mit 570 Traktoren protestieren Bauern und Bäuerinnen gegen die CASTOR-Transporte



**Wir müssen da sehr genau aufpassen, daß wir nicht die Begrifflichkeit von Recht, Gewalt und Legitimität unserer Gegner zur Grundlage unseres Denken und Handelns machen.**

und die Atompolitik.

Wochenlang füllen LeserInnenbriefe und Anzeigen, die sich gegen die CASTOR-Transporte richten und zum Widerstand dagegen aufrufen, die Elbe-Jeetzel-Zeitung.

Das sind nur einige Beispiele dafür, was es bedeutet, wenn davon gesprochen wird: "Ein Landkreis steht auf!"

- Eine weitere Grundlage für die Kraft des Widerstandes kommt in der Parole zum Ausdruck:

**"In der Vielfalt des Widerstandes liegt unsere Stärke" oder:  
"Die Einheit in der Vielfalt suchen".**

Ich finde, das ist eine sehr schöne Parole, und sie konnte vor Ort, zumindest technisch, auch weitgehend realisiert werden.

Andererseits, denke ich, die Vielfalt stand oft nur taktisch geduldet nebeneinander und bildete so nur wenig eine politische Einheit.

Das kommt auch zum Ausdruck, wenn Teile aus dem erklärten gewaltfreien Spektrum sich öffentlich darüber beschwerten, mit den Militanten - den "Gewalttätern" wie sie diese bezeichnet haben - von PolitikerInnen und Medien in einen Topf geworfen zu werden, und daß sie als Staatsfeinde bezeichnet werden.

Wir müssen da sehr genau aufpassen, daß wir nicht die Begrifflichkeit von Recht, Gewalt und Legitimität unserer Gegner zur Grundlage unseres Denken und Handelns machen. Und das zeigt auch, daß wir immer wieder neu, die Auseinandersetzung um Militanz, Gewaltfreiheit und Gegenmacht - nicht als bloße technische Methode sondern als Ausdruck unseres Menschen- und Gesellschaftsbildes, unseres Utopieverständnisses - führen müssen, um hier gemeinsam ein Stück weiter zu kommen

und auch, um hier keinen Ansatzpunkt für Spaltung von Außen zu liefern.

- Aber die eigentliche Stärke der

Anti-AKW-Bewegung zeigt sich für mich darin, daß so viele Menschen, das nachdem alle Versuche auf Erörterungsterminen, vor Gerichten, in Gesprächen mit VertreterInnen der Atomindustrie und des Staates, gescheitert sind, z.B. gesagt haben:

„Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, oder

„Wenn das Gesetz sein soll, was unser Leben zerstört, dann haben wir ein Recht, dieses Gesetz zu brechen“, oder

„Kriminell sind die, die Atomkraftwerke bauen, und nicht die, die sie zu verhindern versuchen“, oder

„Die Region, in der das AKW gebaut wird, zum Feindesland für die Verantwortlichen und damit unregierbar zu machen“.

Materieller Schaden ist meist verhältnismäßig leicht zu ersetzen, aber der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit, der Verlust an politischer Legitimität staatlichen Handelns hat zum Loyalitätsschwund den politischen Mächtigen gegenüber geführt und auch dazu, den herrschenden Vorstellungen von Recht, Gewalt und Legitimität eigene Vorstellungen entgegenzusetzen, sich in den praktischen Auseinandersetzungen, selbst-kollektiv zu bestimmen.

Hier entwickelt sich etwas, was die herrschenden Verhältnisse in ihrer Komplexität in Frage stellt, und das ist es, was ich als "Gegenmacht von Unten" begreife.

Viele der Beteiligten unter uns waren und sind immer wieder über sich selbst erstaunt, wenn sie sich mit solcher Selbstverständlichkeit als Staatsfeinde wiederfinden.

Filbinger, der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hatte das sehr wohl begriffen und auf den Punkt gebracht, wenn er sagte: „Das Schlimmste bei Wühl war, daß die Bauern und Winzer ein so verteuft gutes Gewissen hatten, wenn sie die geltenden Gesetze brachen.“

Und Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht zog die einzig richtige Konsequenz, wenn er (am 16.5.79) den Verzicht auf eine WAA im Wendland mit der Begründung verkündete: das Projekt sei „zur Zeit politisch nicht realisierbar.“

Aber Innenminister Kanther irrt - das hoffe ich zumindest - wenn er glaubt, die Legitimität des Staates durch polizeiliche Maßnahmen wieder herstellen zu können.

Aber ich will hier auch nicht einem Mythos das Wort reden. Die Menschen sind nicht ein-

fach in Schubladen von fortschrittlich und reaktionär einzuordnen. Die radikalen Äußerungen der Bäuerinnen und Bauern waren uns aus der Linken immer sehr willkommen. Wir hören und sehen oft gerne das heraus, was wir hören und sehen wollen, was uns in unser politisches Konzept paßt, lösen es aus dem dialektischen gesellschaftlichen Kontext und arbeiten damit - machen so leicht bestimmte Menschen zu politischen Objekten.

Verschließen uns dadurch selbst die Möglichkeit, Menschen - uns auch eingeschlossen - in ihrer/unserer Widersprüchlichkeit zu erfahren und daraus was Gemeinsames Neues zu entwickeln.

**Worin sehe ich die Eingeschränktheit/Schwächen des Widerstandes und was sollten wir verändern?**

Die unmittelbare "Betroffenheit" und spontanen Befindlichkeiten prägen oft stark das politische Handeln. Und das trägt dann dazu bei, daß der Widerstand/die Kämpfe sich hauptsächlich und immer wieder gegen einzelne Erscheinungsformen als Auswüchse der herrschenden Verhältnisse richten, diese aber nicht grundsätzlich in Frage stellen. Das führt dann auch leicht dazu, sich immer wieder neuen Politikfeldern zuzuwenden, die scheinbar schneller, leichter und mehr "Erfolg" versprechen (Teilbereichspolitik, Ein-Punkt-Bewegung, Feuerwehrpolitik, Kampagnenpolitik für ein punktuell Ereignis, Abenteuerertum, ständiges Reagieren).

Atomtechnologie läßt sich eben nicht als isolierte gesellschaftliche Erscheinung, als bloße gesellschaftlicher Auswuchs verstehen, sondern ist bewußter und konsequenter Bestandteil dieser herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Das bedeutet: Die ökologische Frage wird längerfristig nur im Zusammenhang mit der sozialen gelöst werden können.

Das heißt für die Ökologische Bewegung, daß sie sich weder auf ausschließlich regionale, nationale, noch ausschließlich fachspezifische Kämpfe beschränken kann, will sie die Fragen an der Wurzel packen und sich nicht damit zufrieden geben, das Problem vor der eigenen Haustür zu "lösen".

Das wird immer nur eine kurzfristige Scheinlösung sein und jedes neue Problem muß dann immer wieder neu angegangen werden.

Es gibt viele "Maschinen", gegen die wir aus gutem Grund kämpfen könnten, und es wird sicher noch viele neue in Zukunft geben. Das

könnte ein Anrennen dagegen ohne Ende bedeuten.

Wir haben vielleicht dann die CASTOR-Transporte nach Gorleben verhindert, aber an den Ursachen nichts verändert.

Und längerfristig können wir auch nicht zu jedem Standort und zu jedem Ereignis fahren. So wird dieser Kampf für viele von uns perspektivlos, führt in Erschöpfung und Resignation. Ich denke, das ist auch ein Grund, weshalb immer wieder so viele Menschen die "Hoffnung auf ein anderes Leben" aufgeben und aus der politischen Bewegung aussteigen und ihren Frieden mit den herrschenden Verhältnissen schließen.

Diese zu starke Konzentration der Anti-AKW-Bewegung auf "eine Maschine als Auswuchs dieser Gesellschaft" erklärt auch die starke Fokussierung des Widerstandes auf einen Ort wie z.B. Gorleben und auf zentrale Ereignisse wie z.B. die CASTOR-Transporte und auf technische und "militärische" Siege - ein gewisser Charakter von Inszenierung einer Performance für die Medienöffentlichkeit ist dem nicht abzusprechen.

**Wie weiter!? Wo geht's lang!?**

Wie nun diese Kritik, die Forderungen, die Ansprüche mit der Praxis konfrontieren?

Da gibt es sicher keine allgemeingültigen Antworten und keine Patentrezepte, und wer mit solchen kommt, der oder dem gegenüber wäre ich sehr mißtrauisch. Antworten können wir nur gemeinsam und immer wieder neu entwickeln und Jede und Jeder kann dazu erst einmal von dortaus dazu beitragen, wo sie oder er sich gesellschaftlich und politisch aufhält.

Und die Idee der Freiheit wird erst im Verlauf jener Handlungen klar werden, die nötig sind, um die Freiheit zu schaffen (Paul Feyerabend). Das ist auch als Aufforderung an Euch gemeint, den Konflikt um die Atomtechnologie nicht als isolierten Bereich oder als Nebenwiderspruch abzutun, sondern auch Euch mit Euren Möglichkeiten einzumischen. Dennoch will ich einige Schlüsse aus den Erfahrungen der letzten Jahre ziehen:

\*Wir müssen - denke ich - sehr viel stärker an der Entwicklung von dezentralen und vernetzten Strukturen, die uns gemeinsam tragen - in unseren Kämpfen, aber auch im Alltag - arbeiten. Unser Leben, unsere Kämpfe als Kommunikation/ als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen begreifen und gestalten.

Wenn wir uns in unserer Lebensweise, in

**Die unmittelbare "Betroffenheit" und spontanen Befindlichkeiten prägen oft stark das politische Handeln. Und das trägt dann dazu bei, daß der Widerstand/die Kämpfe sich hauptsächlich und immer wieder gegen einzelne Erscheinungsformen als Auswüchse der herrschenden Verhältnisse richten, diese aber nicht grundsätzlich in Frage stellen.**



**Unser Kampf sollte sich nicht nur gegen eine "Maschine" richten und für die unmittelbaren eigenen Bedürfnisse vor Ort, sondern wir sollten uns für eine Gesellschaft einsetzen, die die Würde des Menschen, und nicht die ökonomische Rationalität, in den Mittelpunkt stellt. Nur so werden wir uns längerfristig die Möglichkeit eröffnen, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der eine menschenfeindliche Technologie wie die Atomtechnologie keinen Platz hat.**

unseren Beziehungen, unseren Kommunikationsformen, unseren Begrifflichkeiten von Recht, Legitimität, Gewalt und Würde, in unserer Moral und Ethik nicht von denen unterscheiden, die wir bekämpfen, ist jede Theorie/Ana-lyse/Vorstellung willkürlich, beliebig, reine Kopfgeburt, die Illusionen erzeugen und Veränderungen blockieren kann und jede Praxis ist dann rumhandwerkeln an der Oberfläche der herrschenden Verhältnisse.

Längerfristig sehe ich keine Chance in der "offenen Feldschlacht", in der "militärischen" Konfrontation - das wird hauptsächlich symbolischen Charakter haben und muß dann demgemäß auch gestaltet werden.

Eine wichtige Aufgabe für die unmittelbare Zukunft wird es sein, international in Auseinandersetzungen um den Widerstand einzutreten und darüber gemeinsame Strukturen aufzubauen.

Aus der ANTI-AKW-Bewegung heraus wird besonders wieder nach Tschernobyl häufig mit Abbildungen von Menschen gearbeitet, die von dieser Gesellschaft in die Kategorie "Behinderte" eingeordnet werden. Mit diesen Bildern wird an weitverbreiteten Ängsten vor Abweichung von den herrschenden gesellschaftlichen Normen und damit vor sozialer Ausgrenzung angeknüpft, das mit der Absicht, vor den Folgen radioaktiver Strahlung zu warnen und so für den Kampf gegen Atomanlagen zu werben.

Damit wird zugleich - auch wenn nicht beabsichtigt -, die Berechtigung suggeriert, bestimmte Menschen als unwertes Leben, als minderwertig, als Ballast zu denunzieren.

Sicher ist es berechtigt und auch unbedingt notwendig, auf die prinzipielle Unbeherrschbarkeit der Atomtechnologie hinzuweisen und den Schutzanspruch auf Leben und körperlicher Unversehrtheit einzufordern.

Aber dabei darf nicht Verletzung mit "geringem Lebenswert" gleichgesetzt werden, und das darf auch nicht zur Diskriminierung, Verachtung und Bedrohung von Menschen führen. Geschieht das, wie z.B. durch die oben erwähnten Abbildungen, richtet sich das gegen die Würde der Menschen und auch gegen all diejenigen, die sich um die Utopie einer herrschaftsfreien/ solidarischen Gesellschaft - und das kann nur heißen, eine Gesellschaft ohne Normierung und Selektion - auseinandersetzen (hierzu s. auch (Christoph 97)).

Die Forderung nach dem Atomausstieg und die Bereitschaft dafür einzutreten, ist in großen Teilen der Bevölkerung verankert.

Aber, und auch wenn es erst einmal sehr allgemein klingt, will ich es dennoch noch einmal sagen; besonders auch weil mir auffällt, daß wir in letzter Zeit immer weniger darüber sprechen:

Unser Kampf sollte sich nicht nur gegen eine "Maschine" richten und für die unmittelbaren eigenen Bedürfnisse vor Ort, sondern wir sollten uns für eine Gesellschaft einsetzen, die die Würde des Menschen, und nicht die ökonomische Rationalität, in den Mittelpunkt stellt.

Nur so werden wir uns längerfristig die Möglichkeit eröffnen, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der eine menschenfeindliche Technologie wie die Atomtechnologie keinen Platz hat.

## Quellen

(aaa 78,97), anti atom aktuell, Zeitung für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, Nr. 78, Ostern 97.  
 (aaa 79,97), Nr. 79, Mai 97.  
 (BBU,97), Presseinformation des „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.“ (BBU), 23. Mai 97.  
 (Berger,97), Alois Berger, „EU will Rüstungsimporte fördern“, TAZ, 16.05.97.  
 (BUKO,97), Bundeskongreß developmentpolitischer Aktionsgruppen (BUKO), ein Zusammenschluß von Dritte-Welt-Gruppen. 1977 wurde der BUKO mit dem Ziel gegründet, die Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung zu vernetzen und damit ihre politische Durchsetzungskraft zu erhöhen. Nernstweg 32-34, D-22763 Hamburg, Tel.: 040-39 31 56.  
 (Carini,97), Marco Carini, „Kommt Zeit, kommt CASTOR“, TAZ, 9.6.97.  
 (Christoph,97), Franz Christoph, Christian Murner, „Der Gesundheits-Fetisch“, aaa Nr. 80, Juni 97.  
 (DSe,97), DSe, „Neue Atom-Lager braucht das Land. Zum Stand der Energiekonsensgespräche zwischen SPD und Bundesregierung“, AK

401, 10.04.97.  
 (Hahn,97), Dorothea Hahn, „Die Austern haben keine Wahl“, TAZ, 21.05.97.  
 (Konsens,97), „Entwurf der Arbeitsgruppe für eine Verständigung“, Bonn, 01.02.97. In leicht gekürzter Form in anti atom aktuell Nr. 78, Ostern 97.  
 (Paul,97), Reimar Paul, „Pyrrhussieg für Atomkraftgegner. BVG-Urteil zu Morsleben ist kein Erfolg für Kläger gegen das Endlager. Stilllegung ist unwahrscheinlich.“, jungle World, Nr. 5, Juni 97.  
 (Pazifik,97), „Atommüllexport in den Pazifik“, Pazifik Aktuell, Neuen-dettelsau, April 97.  
 (Schneider,97), Mycle Schneider, „Die deutsch-französische Atomfreundschaft, oder: Wie die Deutschen das Atomrisiko nach Frankreich exportieren“, aus „Tschernobyl und kein Ende - Argumente für den Ausstieg. Szenarien für Alternativen“, agenda Politik, Münster, 1997.  
 (wer,87), „Wer mit Wem in Atomstaat und Großindustrie“, Zweitau-seinseins, Frankfurt a.M., 1987.  
 (WK,97), „Fast täglich rollen sie durch Deutschland“, Weser Kurier, Bremen, 14.05.97.

# Über 20 Jahre Kampf um die Freiheit für Leonard Peltier

**Eine Chronologie (zusammengestellt aus den Pressemitteilungen und Veröffentlichungen des Leonard Peltier**

**Defense Committees) Leonard Peltier im Bundesgefängnis von Leavenworth / Kansas**

**1973**

Das Dorf Wounded Knee auf der Pine Ridge Reservation in Süd Dakota wird von ca. 300 traditionsbewußten Bewohnern der Reservation und Mitgliedern des American Indian Movement (AIM) besetzt. Damit soll unter anderem gegen den Machtmißbrauch durch den Stammesvorsitzenden Dick Wilson und den Verkauf eines Drittels der dort ansässigen Lakota heiligen Black Hills protestiert werden. Mit Hilfe von Schlägertruppen (Goon Squads / Goon = Guardians of the Oglala Nation, etwa "Hüter der Nation der Oglala") hatte Wilson jede Opposition in Pine Ridge brutal unterdrückt.

Der Ort Wounded Knee wird von schwer bewaffneten militärischen Einheiten mit Panzern und Hubschraubern eingekesselt, es kommt zu Schußwechseln, die 2 Indianer das Leben kosten, aber auch zu Verhandlungen. Nach 71 Tagen brechen die Indianer die Besetzung ab. In den folgenden Jahren kommt es zu wiederholt zu schweren Zusammenstößen zwischen den Goon Squads und Mitgliedern des American Indian Movement bzw. deren UnterstützerInnen. In der Zeit bis 1976 werden über 340 traditionell eingestellte IndianerInnen und Mitglieder des AIM getötet. In keinem dieser Fälle wird vom FBI ermittelt. Auf Pine Ridge herrschen Mißtrauen und Angst.

**1975**

In Zusammenhang mit der andauernden Terrorisierung durch Dick Wilson's Schlägertruppen wird AIM wiederum gebeten nach Pine Ridge zu kommen, um die Bewohner dort zu unterstützen und zu verteidigen. Mitglieder des AIM errichten im März auf der Jumping Bull Ranch ein Camp. Bis Juni verstärkt das FBI seine Präsenz in und um Pine Ridge erheblich.

Am 26. Juni '75 kommen die FBI-Agenten Ron Williams und Jack Coler unter dem Vorwand, einen Indianer namens Jimmy Eagle wegen Diebstahls eines Paares Cowboystiefeln verhaften zu wollen, auf das Gelände der Jum-

ping Bull Ranch. Sie haben weder einen Haftbefehl noch eine richterliche Verfügung bei sich. Die beiden Agenten eröffnen sofort das Feuer auf die Häuser und ihre Bewohner. Die Indianer erwidern das Feuer. Kurz nach Beginn des Schußwechsels wird das Gelände von ca. 150 Regierungsagenten und Spezialeinheiten gestürmt. Nach Beendigung der Auseinandersetzung sind die Indianer geflohen; die FBI-Agenten Williams und Coler sowie das AIM-Mitglied Joe Stuntz sind tot. Das FBI leitet eine massive Schleppnetzjagd nach ca. 30 IndianerInnen ein, die sich während des Feuergefechts angeblich auf dem Gelände der Ranch aufgehalten haben sollen.

Leonard Peltier, einem der AIM-Mitglieder, die am Ort der Auseinandersetzung waren, gelingt die Flucht nach Kanada, wo er um politisches Asyl bittet.

Im November werden neben Peltier zwei weitere AIM-Mitglieder, Bob Robideau und Dino Butler, sowie Jimmy Eagle des Mordes und der Beihilfe und Anstiftung zum Mord an den beiden FBI-Agenten angeklagt. Die Anklage gegen Jimmy Eagle wird später fallengelassen.

**1976**

Im Sommer findet der Prozeß gegen Robideau und Butler in Cedar Rapids/Iowa statt. In ihrer Verteidigung schildern die Angeklagten die Situation auf Pine Ridge. Sie berichten von den 340 unaufgeklärten Todesfällen der letzten 2 Jahre und den Terroranschlägen durch Wilsons Goon Squads. Beide geben zu, auf die Agenten geschossen zu haben, berufen sich aber auf ihr Recht zur Selbstverteidigung. Das Gericht spricht Dino Butler und Bob Robideau auf Grund von Selbstverteidigung frei. Das ganze Gewicht der Anklage lastet jetzt auf Leonard Peltier. Er wird im Dezember von Kanada an die USA ausgeliefert. Auslieferungsgrund sind die Aussagen der psychisch labilen Myrtle Poor Bear, die zu Protokoll gegeben hatte, sie sei Peltiers Freundin und habe gesehen, wie dieser die beiden Agenten aus nächster Nähe erschossen habe. Später widerruft sie diese Aussage. Sie beeidet, von FBI-Agenten unter massiven Drohungen zu dieser Aussage gezwungen worden zu sein. Jahre später ist die US-Regierung gezwungen, öffentlich einzugestehen, daß die Dokumente, die zu Peltiers Auslieferung geführt hatten, gefälscht waren.

**1977**

Von März bis April findet in Fargo/Nord Dakota die Verhandlung gegen Leonard Peltier statt. Der Richter Paul Benson und die Anklagevertreter treffen sich vor Prozeß-



beginn mehrmals mit Vertretern des FBI. Die Verteidigung ist von diesen Treffen ausgeschlossen. Richter Benson entscheidet, daß im Prozeß ausschließlich die Ereignisse des 26.6.1975 verhandelt werden, die Vorgeschichte wird als irrelevant ausgeklammert. Außerdem werden keine der Beweise zugelassen, die zum Freispruch von Dino Butler und Bob Robideau geführt hatten.

Obwohl Leonard Peltier seine Unschuld beteuert, wird er des zweifachen schweren Mordes für schuldig befunden und zu zweimal lebenslänglicher Haft (in Folge) verurteilt. Dies bedeutet für Peltier eine Haftdauer bis zum Jahr 2035.

**1978/79**

Ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wird zuerst vom Eighth Circuit Court (zweithöchste Instanz bei Berufungsverfahren), dann vom Supreme Court (Oberster Gerichtshof, höchste Instanz) abgelehnt, obwohl mehrere Zeugen des ersten Verfahrens ihre Aussagen widerrufen haben und die Verteidigung dem Gericht Verfahrensfehler nachweisen kann.

**1982**

Die Verteidigung erzwingt die Herausgabe von über 12 000 Seiten geheimer FBI-Dokumente zu den Geschehnissen vom 26. Juni 1975. Weitere 6000 Seiten werden unter Berufung auf die Nationale Sicherheit zurückgehalten. Obwohl das Aktenmaterial zensiert ist, läßt sich folgendes eindeutig nachweisen:

- daß der Richter Paul Benson vor und während des Prozesses vom FBI beeinflusst wurde,
- die als Beweisstück verwendete Patronenhülse nicht aus der Peltier zugeordneten Tatwaffe stammen kann,
- daß das dazugehörige Geschoß nicht nachweislich auf die beiden Agenten abgefeuert wurde,
- und die Peltier zugeordnete Waffe nicht die einzige dieses Kalibers war,
- der Schußwechsel vom FBI geplant und provoziert wurde, um auf diese Weise die Führung des American Indian Movement auszuschalten.

**1983**

Der 8th Circuit Court lehnt den Revisionsantrag der Verteidigung ab. Nachdem 50 Mitglieder des amerikanischen Kongresses den Antrag unterstützen, nimmt das Gericht seine Entscheidung zurück, der Fall wird damit an das Gericht in Fargo zurückverwiesen.



**1984**

Richter Benson erklärt sich erneut für nicht befähigt und leitet die Anhörung. Es ergeben sich weitere Fehler bei der Beweisaufnahme im ersten Verfahren. Der Fall geht wieder an den 8th Circuit Court.

**1985**

Anhörung vor dem 8th Circuit Court.

**1986**

Elf Monate nach der Anhörung befindet der 8th Circuit Court, daß das FBI wichtiges Beweismaterial für Leonard Peltiers Unschuld unterdrückt und anderes gefälscht habe, und daß sich nicht feststellen ließe, wer die beiden FBI-Agenten Williams und Coler erschossen habe. Trotzdem lehnt es eine

Wiederaufnahme des Verfahrens ab, wenn auch "zutiefst beunruhigt" und "widerwillig".

**1987**

Eine Wiederaufnahme des Verfahrens wird ohne weitere Begründung vom Supreme Court abgelehnt.

**1990**

Peltiers Anwälte stellen erneut einen Antrag auf Haftprüfung (Writ of Habeas Corpus).

**1991**

Der Anhörungstermin wird auf den 29.7.'91 vor dem Bezirksgericht in Fargo festgelegt. Zum Richter wird wieder Paul Benson berufen. Der Termin zur Anhörung wird kurzfristig auf den 2. Oktober '91 verschoben. Zwei der drei Argumentationspunkte der Verteidigung werden nicht zugelassen:

1. Einschüchterung und Bedrohung der Geschworenen im ersten Verfahren.
2. Fehlverhalten auf Seiten der Regierungsbehörden.

Die Ablehnung wird damit begründet, daß Punkte, die bei einem früheren Antrag auf Haftprüfung hätten eingereicht werden können, jedoch nicht eingereicht wurden, bei einem erneuten Antrag nicht mehr verwendet werden dürfen.

Am 13.9.'91 kommt das US-Bezirksgericht von Nord Dakota unter Vorsitz der Richterin K.Klein zu folgenden Beschlüssen betreffend der Anhörung vom 2.10.'91 zum Fall Peltier: Rahmen der Anhörung: Punkt 3 des Antrages der Verteidigung kritisierte, daß Peltier kein ordentliches

Verfahren erhalten habe, da sich die Klage theorie des Anklägers (Regierung der USA) im Verlauf des ersten Verfahrens geändert habe. Zu Beginn wurde gegen Peltier wegen Beihilfe und Anstiftung zum Mord

ermittelt, dann wurde gegen ihn als Haupttäter verhandelt und nun wieder wegen Anstiftung und Beihilfe (Urteil des 8th Circuit Court 1986). Wäre gegen Peltier nicht als Haupttäter verhandelt worden, hätte er seine Verteidigung anders aufbauen können. Seine Verteidigung will dazu Beweise vorlegen und Zeugen aufrufen. Im Gegensatz dazu kommt Richterin Klein zu der Auffassung, daß das vorliegende Prozeßmaterial ausreichend, um zunächst die rein juristische Entscheidung über die Einstellung des Anklägers zu beurteilen. Falls dieser Punkt zugunsten des Angeklagten entschieden wird, kann darüber befunden werden, ob eine beweiserebliche Anhörung gerechtfertigt ist.

**Dezember '91 / Januar '92**

Richter Paul Benson lehnt den Antrag auf Haftprüfung ab. Richter Gerald.W.Heaney, der 1986 am 8th Circuit Court noch gegen Peltierentschieden hatte, hat nun in einem offenen Brief dargelegt, daß er einen Gnadenenerlaß (executive clemency) des Präsidenten im Fall Peltier befürwortet, da seines Erachtens das FBI in gleichem Maße für den Schußwechsel auf der Jumping Bull Ranch und somit auch für den Tode der beiden FBI-Agenten verantwortlich sei.

**1992**

Am 23. März 1992 legt Peltiers Verteidigung Berufung ein. Das Leonard Peltier Defense Committee (LPDC) Kanada trägt den Fall der Menschenrechtskommission der UNO vor, verbunden mit der Forderung, einen Vorschlag von amnesty international zu unterstützen. Darin werden die USA aufgefordert, eine eigene Untersuchungskommission für diesen Fall einzurichten. Diese soll folgende Vorwürfe untersuchen:

- Nachrichtendienstliche Einflußnahme bei Gerichtsverhandlungen und in Menschenrechtsbewegungen.
- Mißbrauch des Strafrechtssystems für politische Zwecke durch die Regierung der USA.

Am 9.11.'92 fand die Anhörung zu Leonard Peltiers dritter Berufung vor den Richtern des Berufungsgerichtes des 8th Circuit Court in St.Paul/Minnesota statt. Es wurden zwei Punkte verhandelt und festgestellt:

1. Leonard Peltiers Recht auf ein ordentliches Gerichtsver-

fahren wurde verletzt, indem die anklagende Regierungsbehörde nach der Verurteilung ihre Anklage theorie veränderte.

2. Fehlverhalten der Regierungsseite während der Untersuchung und Verhandlung von Leonard Peltiers Fall.

Zu Beginn der Anhörung wurde ein Amicus Curiae-Schreiben von 55 Mitgliedern des kanadischen Parlaments betreffend Peltiers gesetzwidriger Auslieferung durch Kanada präsentiert. Anschließend brachte Ramsey Clark (früherer Generalstaatsanwalt und höchster Justizbeamter der USA) den Fall in den geschichtlichen Zusammenhang

mit der ungleichen Anwendung von Gesetzen gegen die indigene Bevölkerung Amerikas während der vergangenen 500 Jahre. Der Vertreter der Anklage, Lynn Crooks, brachte im wesentlichen die gleichen Argumente wie schon seit 16 Jahren vor. Den unerwarteten Höhepunkt seiner Ausführungen bildete die Bekräftigung seines ursprünglichen Eingeständnisses: "Er wisse nicht, wer diese Agenten getötet habe". In einem anschließenden Dialog mit dem verhandelnden Richter Daniel Freedman gestand er erneut ein, wer die tödlichen Schüsse abgegeben habe, da es dafür keine Augenzeugen gebe.



**1993**

Am 7.Juli '93 gibt Richter Freedman bekannt, daß eine Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt

wurde. Alle Möglichkeiten, durch Berufung oder andere juristische Wege, eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erlangen, sind damit erschöpft.

Am 21.November 1993 reicht Ramsey Clark offiziell einen Antrag auf Begnadigung beim Weißen Haus ein.

Am 14. Dezember 1993 stellt sich Peltier in Begleitung von Ramsey Clark dem "Parole Board" (Bewährungskommission) vor. Diese bescheidet Peltier mit der Empfehlung, in 15 Jahren erneut einen Antrag zu stellen.

**1994**

Im Februar trägt der internationale Sprecher des LPDC, Bobby Castillo, den Fall wiederum bei den UN vor. Am 25./26. Juni finden weltweit Demonstrationen und Kundgebungen für Leonard Peltiers Freilassung statt. Im Juni 1994 veranlaßt der kanadische Justizminister Allen Rock die Überprüfung

der Auslieferung Peltiers durch eine Kommission des Justizministeriums. Das LPDC in Kanada begrüßt diese Maßnahme, verlangt aber eine weitergehende Prüfung des

Falles durch eine unabhängige Kommission, da vermutet wird, daß die damaligen kanadischen Zuständigen von den Umständen der Fabrikation der Zeugenaussagen von Myrtle Poor Bear wußten. Dank der intensiven Lobbyarbeit des internationalen Sprechers des LPDC, Bobby Castillo und des LPDC-Kanada, vertreten durch Frank Dreaver und Lew Gurwitz, und der europäischen Support Groups verabschiedet das Europaparlament im Dezember '94 eine Resolution zur Begnadigung von Leonard Peltier. Hierin wird u.a. eine Untersuchung der juristischen Regelwidrigkeiten im Zusammenhang mit der Verurteilung Peltiers gefordert.

**1995**

Im Juli wird Peltiers Fall erneut vor den Vereinten Nationen durch das LPDC-Kanada bei der Working Group on Indigenous Populations in Genf vorgetragen. Für Dezember wird Peltier ein weiterer Termin zur Anhörung, auf die jeder Inhaftierte in den USA alle 2 Jahre ein Recht hat, vor dem Bewährungsausschuß gewährt. Er wird hierbei von Ramsey Clark vertreten. Der Vertreter der Anklage, Lynn Crooks, bringt ein Schreiben des FBI-Direktors Louis Freah ein, in dem verlangt wird, daß Peltier sein "Verbrechen" gesteht und sich reumütig zeigt. Dies fordert ebenfalls der Leiter des FBI-Büros in Minneapolis, R.Wheeler, der die Vereinigung aktiver und pensionierter FBI-Agenten, sowie die Familien der getöteten FBI-Agenten vertritt. Im weiteren Verlauf bringt es Crooks wiederum fertig, seiner eigenen Argumentation zu widersprechen, indem er zugeben muß: "Die Agenten müssen von irgend jemandem getötet worden sein. Auch, wenn er es nicht war..."

Dies veranlaßt den Leiter der Anhörung dazu seine Bedenken über die Tatsache zu äußern, "...daß es unüblich sei, daß sie (die Anklagevertretung) Zeugen der Anklage aufbiete, um die Entscheidung der Kommission zu beeinflussen".

Weiterhin informiert er die Anwälte darüber, daß für den Fall, daß eine Verurteilung Peltiers wegen Anstiftung und Mittäterschaft und nicht wegen Mordes vorliege, Peltier die Mindeststrafe für dieses Vergehen verbüßt habe. Er beendete die Anhörung mit dem Statement: "Ich bin mir ebenso wenig sicher darüber, welche Anklage der Verurteilung zugrunde liegt, wie ich mir sicher bin, daß den meisten Menschen dies ebenfalls unklar ist".

**1996**

Am 8. März, nach einer unüblich langen Bearbeitungszeit, wird dem LPDC gegenüber von offizieller Seite die Information bestätigt, daß der Leiter der Anhörung eine positive Empfehlung an die Nationale Bewährungskommission mit dem Inhalt Leonard Peltier ohne weitere Verzögerung frei-



zulassen, abgegeben hat.

Diese Entscheidung basierte auf den positiven Berichten des Gefängnisses über Peltiers Führung, sowie auf der Tatsache, daß die Anklagevertretung nicht in der Lage gewesen war, zu beweisen, daß Leonard Peltier derjenige war, der die beiden Agenten aus nächster Nähe getötet hatte.

Die Bewährungskommission der Vereinigten Staaten (USPC) trifft ihre Entscheidung am 20.3.'96. Peltiers Antrag auf Bewährung wird abgelehnt. Als Begründung wird angeführt, daß die durch den Leiter der Anhörung ermittelten Ergebnisse den gesetzlichen Rahmen einer solchen Anhörung überschritten hätten. Zweck einer solchen Anhörung sei es lediglich, zu entscheiden, ob seit der letzten Anhörung sich veränderte Umstände eine andere Entscheidung verlangen. Da Peltier keine neuen Informationen über seine Handlungen während des Schußwechsels beigebracht habe und somit keine Änderung in der Beweislage zu erblicken sei, wird die Entscheidung der ersten Anhörung vom

14.12.1993 bestätigt: Eine volle Überprüfung seines Falles vor der empfohlenen Anhörung nach 15 Jahren, also ab Dezember 2008, sei nicht angemessen.

Bleibt noch anzumerken, daß der Leiter der Anhörung, von dem die positive Empfehlung ausgesprochen worden war, seine Position in der

USPC verloren hat. Im Sommer findet ein "Run" für Leonard Peltier quer durch Europa unter großer Beteiligung Indigener Vertreter und europäischer Unterstützerguppen statt. Ziel des Laufs ist es, noch mehr internationale Unterstützung für den Fall Peltier zu erhalten und den Fall abermals bei den Arbeitssitzungen der Working Group on Indigenous Populations einzubringen.

Am 27.Juni trägt Senator Inouye den Fall im amerikanischen Kongress vor und fordert eine Untersuchung des Falles in allen Aspekten.

**1997**

Eine Entscheidung über Peltiers Gnadengesuch an den Präsidenten steht noch immer aus. Senator Ben Nighthorse Campbell, Vorsitzender des Senatskomitees für indianische Angelegenheiten, sagt eine vom Kongress überwachte Anhörung des Falles Peltier zu. Dies könnte einen grossen Schritt nach vorne bedeuten, da im Rahmen einer solchen Anhörung zum ersten Mal in der Geschichte dieses Falles sowohl die Anklagebehörden als auch das FBI zu ihrer Behandlung des Falles Stellung beziehen müssen. Eine Entscheidung über die genauen Termine der Anhörung ist noch nicht getroffen, wird jedoch in Kürze erwartet. Von diesem Zeitpunkt an wird eine weltweite Unterstützung der Kampagne durch Anrufe, Schreiben von Briefen, Faxen und Emails wichtig.

# Wir sind nur Hilfsarbeiter ... - Jetzt nicht mehr!

## Ein weiteres Beispiel deutscher linker Ignoranz

Als Ali und ich im Herbst 95 von Udo und Melanie angesprochen wurden, ob wir in der Filmgruppe mitmachen wollten, freuten wir uns zunächst darüber in einer Gruppe thematisch zu dem Thema Migration arbeiten zu können. Was sich dann bis heute entwickelt ist ein weiteres Beispiel für die Ignoranz Deutscher gegenüber Kompetenzen von MigrantInnen, der 2. Generation und Bikulturellen.

Es ist auch ein Beispiel für die Selbstverständlichkeit deutscher sich links verstehender AktivistInnen Machtpositionen einzunehmen und Nichtdeutsche abzuqualifizieren. Es ist mir wichtig diesen Streit auch in einigen Details darzustellen, da ich denke, daß die Konstellationen der Personen, Situationen, Verhaltensweisen und Argumentationen nicht nur typisch für solche Konflikte sind, sondern daß sie auch Ausdruck einer strukturellen Dominanz und Gewalt sind.

Wir arbeiteten in einer Filmgruppe innerhalb der „Geschichtswerkstatt“, die Teil eines Kulturzentrum im Stadtteil New Town ist. Der Stadtteil „New Town“, ist ein Stadtteil in B., in dem relativ viele Türkinnen leben. Der Filmgruppe gehörten außer Melanie, Udo, Ali und mir noch drei weitere deutsche Männer an. Die Idee war zum Thema Migration zu arbeiten, jedoch dachten Udo und Melanie, die bisher auch historisch gearbeitet hatten an ZigarrendreherInnen in New Town im 19. Jahrhundert. Dann redeten wir darüber ob ich meine Kontakte zu Spanierinnen und einem spanischen Verein für Interviews aktivieren soll. Auch mein Wissen und meine Erfahrungen in der qualitativen Forschung sollten in die Arbeit miteinfließen. Kurze Zeit später brachte ich jedoch in die Gruppe ein, was ich von meinem Türkischlehrer erfahren hatte: daß viele Türkinnen bei einer Schokoladenfabrik in New Town gearbeitet hatten und zum Teil noch arbeiten und daß diese Frauen auch in einem Wohnheim in diesem Stadtteil gelebt hatten. Ich wußte dann auch Kontaktpersonen und Ali baute diese Kontakte aus. So entstand also die Idee

einen Film über die türkischen Arbeiterinnen in dieser Schokoladenfabrik zu drehen.

Im Sommer 96 bin ich aus vielen verschiedenen Gründen aus der Gruppe raus. Praktisch arbeiteten dann nur noch Ali, Udo und Melanie an dem Film. Ali knüpfte die Kontakte und organisierte und führte die Interviews mit den Frauen auf türkisch und deutsch. Er diskutierte die Konzeption der Interviews, da nach den Vorschlägen von Melanie die Fragen an die Interviewpartnerinnen viel zu unsensibel und bereits in eine Richtung lenkend gewesen wären.

Bereits am Ende der Dreharbeiten Anfang April zeigten sich Konflikte. Auf der einen Seite sprachen Melanie und Udo bei technischen Fragen Ali jede Kompetenz ab, auf der anderen Seite versuchten sie ihn für Fehler verantwortlich zu machen, die sie selbst verursacht hatten. Hintergrund war, daß Ali bei der Assistenz einer Reportage in der Türkei beim Fernsehen und mit dem Beginn einer Fortbildung im Journalismusbereich Erfahrungen gesammelt hatte und Melanie diese neuen Kompetenzen von Ali ignorierte und ihm im Streit absprach. Filmtechnisch sei nur sie kompetent. Später warf sie ihm vor, er hätte sich nie für die technischen Arbeiten interessiert. Als Ali in dieser Situation dann erklärte, daß er unter solchen Umständen nicht zu einer weiteren Arbeit bereit sei, entschuldigten sich die beiden bei Ali und machten noch einmal deutlich, daß in der Gruppe alle gleichberechtigt seien. Daß dieser Schritt von den beiden nur Strategie war, zeigte sich nachdem die Dreharbeiten beendet waren. Ali raffte sich noch einmal auf, weil er sich den türkischen Frauen, die ihnen Interviews gegeben hatten, verpflichtet fühlte.

Als die Dreharbeiten fertig waren und es nun um die gemeinsame Auswertung und Bearbeitung des Filmmaterials gegangen wäre, kam es zwischen Ali und Melanie/Udo wegen einer anderen Sache zum Streit. Es ging um einen Radiobericht über die Angrif-

**Bereits am Ende der Dreharbeiten Anfang April zeigten sich Konflikte. Auf der einen Seite sprachen Melanie und Udo bei technischen Fragen Ali jede Kompetenz ab, auf der anderen Seite versuchten sie ihn für Fehler verantwortlich zu machen, die sie selbst verursacht hatten.**

**Einen Tag später kam wieder ein Telefonanruf, diesmal von Udo, mit der Drohung „die ganze Sache einem Anwalt zu übergeben“, wenn Ali ihnen nicht die Filmcassetten geben würde. Zuerst behauptete Melanie die Rechte auf das Filmmaterial würden bei denen liegen, die „durch die Linse gekuckt“, hätten, also bei ihr und Udo. Als sie merkten, daß dieses Argument Ali nicht überzeugte, boten sie ihm Geld an, damit er die Cassetten herausgäbe.**

fe auf einen politischen Verein, den Ali und ein Kollege senden wollten. Daß dieser Streit nur vordergründig war, zeigten die darauffolgenden Ereignisse. Bisher lag alles Filmmaterial sowie die technischen Geräte der Filmgruppe bei Udo und Melanie. Ali hatte sich nichts dabei gedacht. Ali holte vier Filmcassetten, was etwa 30 % des gesamten Filmmaterials ausmacht, bei seinem türkischen Freund, der die Aufnahmen protokollieren sollte, ab. Bald darauf meldete sich Melanie telefonisch bei Ali und drohte ihm panisch, er solle sofort ihr die Filmcassetten bringen, die er ihrer Meinung nach hinterrücks an sich genommen hätte. Eine Zusammenarbeit sei sowieso nicht mehr möglich. Einen Tag später kam wieder ein Telefonanruf, diesmal von Udo, mit der Drohung „die ganze Sache einem Anwalt zu übergeben“, wenn Ali ihnen nicht die Filmcassetten geben würde. Zuerst behauptete Melanie die Rechte auf das Filmmaterial würden bei denen liegen, die „durch die Linse gekuckt“, hätten, also bei ihr und Udo. Als sie merkten, daß dieses Argument Ali nicht überzeugte, boten sie ihm Geld an, damit er die Cassetten herausgäbe. Darauf ließ Ali sich natürlich erst recht nicht ein. Dann gingen sie dazu über zu behaupten die Rechte würden bei der „Geschichtswerkstatt“, in New Town liegen. Diese

Geschichtswerkstatt sind praktisch Udo und Melanie. Spätestens jetzt war klar, daß die beiden Ali mit seinen Kompetenzen nur benutzt hatten um dann anschließend den Film selbst fertigzustellen.

Seitdem hat es einen Übergriff von Melanie und Udo auf Ali und einige Briefe zwischen den verschiedenen Personen gegeben, die einiges deutlich gemacht haben. Zuerst schrieb Ali an Udo und Melanie, um auch für Außenstehende das Verhalten der beiden ihm gegenüber verständlich zu machen. Am 15. Juni 97 drangen Melanie und Udo in Alis Haus, Wohnung und Zimmer unangemeldet ein. Obwohl Alis Mitbewohner den beiden bereits im Treppenhaus gesagt hatte, daß Ali sicherlich noch schlafe, überraschten die beiden Ali und standen plötzlich in seinem Zimmer. Sie taten sofort kund, daß er ihnen die Cassetten geben solle und begannen auf seinen Regalen und im Zimmer sich umzusehen. Trotz mehrmaliger Aufforderung von Ali, der im Bett lag, gingen die beiden nicht aus dem Zimmer. Ali sagte den beiden, daß er nichts an habe und sich anziehen wolle. Auch das ließ Melanie und Udo unberührt. Sie blieben stehen, während Ali aufstehen und sich vor den beiden anziehen mußte. Als die beiden auch dann sich weigerten sein Zimmer zu verlassen hat Ali sie hinausge-



schmissen. Ali hat später an die beiden geschrieben: „Solche Methoden kenne ich nur von der Polizei! Mir ist in meinem ganzen Leben von den Leuten mit denen ich was zu tun hatte nie so nahegetreten worden.“

Am darauffolgenden Tag hat Melanie an Ali einen Brief geschrieben, in dem sie schreibt, daß sie ihn am Vortag besucht hätten und versucht hätten mit ihm zu reden, während er sich aggressiv und gewalttätig verhalten hätte! Der Brief offenbart die Sicht der Dinge von ihr und Udo: sie und Udo die Chefs, Ali die Honorarkraft. Von Melanie werden Alis und meine Ideen und Arbeiten geleugnet, wird behauptet, daß die Projektskizze für den Film bereits abgeschlossen gewesen wäre, bevor Ali und ich in die Gruppe gekommen wären. Die ganze Arbeit von Ali wird nun so von ihr reduziert: „Du bist gefragt worden, ob Du für dieses Projekt die Übersetzungen, Interviews auf türkisch und die Kontaktaufnahmen zu den Frauen herstellen kannst.“ Abgesehen davon, daß diese Arbeiten ja schon viel bei einem Film ausmachen, werden all die organisatorischen und anderen Arbeiten von Ali geleugnet. Die Herausarbeitung der Fragen für die Interviews sei von ihr und Udo geleistet worden. Weil er bisher für die Arbeit etwas Geld bekommen habe - wie Melanie und Udo natürlich auch - habe er sich bisher doch auch als Honorarkraft verstanden. Die Rechte für das Filmprojekt würden bei der „Geschichtswerkstatt“, also bei ihr und Udo, liegen.

Nachdem Melanie sich darüber lustig macht, daß Ali während der Dreharbeiten die Filmaufnahmen in den Familien gut fand, stellt sie selbstherrlich fest, daß die technische und ästhetische Umsetzung sowieso bei ihr gelegen hätte, da Ali weder die Zeit noch die Kompetenz dazu hätte. Dabei scheint sie noch nicht einmal begreifen zu wollen, daß für die türkischen Interviewpartnerinnen die Familien und ihre Umgebung eine wichtige Rolle spielen. In einem späteren Brief schreibt Melanie an mich als Frau zu den Babyaufnahmen: „Ali erkannte nicht die Verlogenheit in den Bildern eines Großvaters, der seinen Enkel knuddelt.“ Weil dieser Großvater zuvor als „derselbe Mann als Vater seine eigenen Kinder in die Türkei zu Großeltern und Tanten abgeschoben“, habe, findet Melanie: „Die Bilder dieses herzenden Opas sind so falsch, daß einem schaudert.“ Wer



einen Film über türkische Migrantinnen drehen möchte und nicht weiß oder nicht bereit ist sich darüber zu informieren, daß in der BRD eine ganze ‚elternlose türkische Generation‘ lebt, die oder der disqualifiziert sich einen Film mit solche einem Thema zu drehen. Wer nicht wissen will, daß türkische MigrantInnen ihre Kinder oft jahrelang in der Türkei bei Verwandten gelassen haben, weil sie selbst hier hart arbeiten mußten und jedes Jahr wieder dachten dies sei das Jahr der Rückkehr in die Türkei, wer nicht wissen will, daß dies seine Spuren hinterlassen hat und eines der größten Probleme sehr vieler türkischer Familien in der BRD noch heute ist, die oder der ist nicht bereit einen Film über das wirkliche Leben türkischer Migrantinnen hier zu drehen. Daß Enkelkinder in

*Ich denke, daß dieser Konflikt, neben all den individuellen Punkten der beteiligten Personen, deutlich macht, wie einfach es auf der Ebene von „Ausländer und Deutsche,“ ist, für Leute die ein Interesse daran haben, Macht auszuüben.*

türkischen Familien vielen türkischen MigrantInnen schmerzhaft die ‚verlorengangene Familienzeit‘ in den Jahren harter Arbeit bewußt macht und sie den Enkelkindern vieles geben möchten was sie ihren Kindern nicht geben konnten, ist doch klar. Melanie „schaudert,“ jedoch bei dem Anblick eines türkischen Großvaters mit seinem Enkelkind und sie findet dieses Bild „verlogen,“ weil er seine eigenen Kinder „abgeschoben,“ habe. Was für eine Ästhetik hätten wir in einem Film von Melanie zu erwarten? Eine Ästhetik mit einer deutsch-emotionalen Denkschablone, die nicht bereit ist das wirkliche Leben auch mit seinen Widersprüchen filmisch darzustellen. Melanie sieht das aber ganz anders und schreibt selbstbewußt, daß sie - im Gegensatz zu Ali - „bestimmt das richtige Geschlecht (habe) hinter die Fassade des ‚Generationenverhältnisses‘ unserer Interviewpartnerinnen zu blicken.“

Da Melanie und Udo jahrelang mit Ali politisch zusammengearbeitet haben, wußten sie wie er auch sonst noch zu treffen ist. Deswegen warfen sie ihm „bürgerlichen Journalismus,“ in bezug auf den Radiobeitrag vor. Wäre es ein anderer Bereich gewesen, in dem Ali verletzlich gewesen wäre, so hätten sie ihm in diesem Bereich etwas vorgeworfen. Ali hat auf den Brief von Melanie mit einem offenen Brief an sie geantwortet und auch ich habe mit einem Brief an Melanie und Udo Stellung bezogen. Ich denke, daß dieser Konflikt, neben all den individuellen Punkten der beteiligten Personen, deutlich macht, wie einfach es auf der Ebene von „Ausländer und Deutsche,“ ist, für Leute die ein Interesse daran haben, Macht auszuüben. Wird darüber geklagt, daß MigrantInnen kein superperfektes Deutsch sprechen oder gnädig wohlwollend darüber hinweggesehen, so wird von Deutschen dann gern übersehen, daß sie überhaupt kein türkisch oder sonst eine benötigte Sprache sprechen. Dann wird übersehen, daß viele Arbeiten zu Themen der Migration überhaupt nicht realisierbar wären ohne die Arbeit der MigrantInnen. Die arbeitenden MigrantInnen werden dann als Hilfskräfte oder Honorarkräfte gesehen.

An was erinnert uns das? MigrantInnen haben zu einem großen Teil die BRD „wiederaufgebaut,“ und heute sind es vor allem die deutschen Älteren, die stolz von sich behaupten, sie und nur sie hätten „Deutschland wiederaufgebaut,.“ Daß MigrantInnen jahrzehntelang hart gearbeitet haben für dieses Land und das oft härter als deutsche

ArbeiterInnen und daß sie zu einem großen Teil die Renten für die deutschen Älteren finanziert haben, davon will niemand etwas wissen. Es war alles deutsche Arbeit. Nun klar, im akademischem und sonstigem Bildungsbereich macht es sich heute schon besser, wenn da auch ein paar Namen stehen, die nicht so deutsch klingen. Diese Namen, wenn sie denn überhaupt da stehen, sind in ihrer wirklichen Arbeit jedoch meist nicht dementsprechend gewürdigt. Offiziell sind wir nur „Hilfskräfte,.“ Daran hat sich bis jetzt nichts geändert, oft auch nicht über Generationen hinweg. Schuld daran ist auch unser mangelndes Selbstbewußtsein. Manchmal sind wir uns nicht einmal unserer eigenen Kompetenzen bewußt. Das sind günstige Voraussetzungen um uns zu benutzen. Es gibt jedoch auch immer mehr Menschen mit Kompetenzen, die sich ihrer Kompetenzen sehr wohl bewußt sind und die das gegenüber Deutschen auch deutlich machen. Die Reaktion darauf ist aber meistens nicht ein Verstehen und Konsequenzen daraus, sondern oftmals bekommen MigrantInnen dann weitere Ignoranz bis Abwehr zu spüren oder sie werden nur auf ihre interkulturellen Kompetenzen reduziert. Wie Ali werden MigrantInnen, die sich gegen diese Ignoranz wehren, kleingemacht, persönlich verletzt oder es kommt sogar zu einem Übergriff wie bei Ali. Da ist es nicht leicht, das nicht einfach zu schlucken, sondern damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Das ist ein Riesenschritt, der viel Kraft kostet. Deswegen bleiben viele solcher Fälle und Übergriffe wie der eben beschriebene unbekannt. Gut wäre es uns gegenseitig Mut zu machen um Anerkennung und eine adäquate Bezahlung für unsere Arbeiten einzufordern und uns gegen eine weitere Ignoranz oder dem Kleinmachen unserer Kompetenzen und geleisteten Arbeiten zu wehren.

Wie ein Freund der köXüz bei der Podiumsdiskussion zu „Selbstorganisation der MigrantInnen,“ (in diesem Heft) sagte, so ist es auch in diesem Fall uns gegangen: „Ich hasse diese Gesellschaft, daß sie uns in die Lage versetzt, uns theoretisch mit diesen Fragen zu beschäftigen und in der Praxis immer auf der Hut sein zu müssen und dabei nicht mehr oder nicht immer unterscheiden zu können, ob dies oder jenes mit Rassismus was zu tun hat oder an sich ein Problem der zwischenmenschlichen Verhältnisse ist.“

Isabel

## Halim Deners Mörder ist freigesprochen worden!

Der Todesschütze von Halim Dener, der SEK Polizist Klaus T. ist vom Landgericht Hannover freigesprochen worden. Halim Dener war in der Nacht zum 1. Juli 1994 in der Hannoveraner Innenstadt beim plakätieren von SEK-Bullen überrascht und beim Weglaufen von einem der Bullen erschossen worden. Den Polizisten wurde von der Staatsanwaltschaft zunächst fahrlässiger Tötung vorgeworfen. Der Staatsanwalt Nikolaus Borchers entschuldigte sich in seinem Schlußplädoyer (27. Juni 97) für diese Forderung mit der Erklärung, die Anklage sei nur wegen des damaligen öffentlichen Drucks erfolgt.

Die Straßen, im Stadtteil, in dem sich die Gerichtsgebäude befinden und sogar der Gerichtssaal war während der Prozeßtage - im wahrsten Sinne des Wortes - von der Polizei belagert. Die Polizeipräsenz im Gerichtssaal war so groß, daß einige JournalistInnen keinen Platz mehr fanden. Polizisten kamen bewaffnet in den Zeugenstand.

Halim Dener wurde erschossen, weil er Plakate für die kurdische Bewegung klebte. Eine Bewegung die politisch unbequem ist und stört. Er wurde in einer Zeit ermordet, in der die mediale Hetze gegen KurdInnen ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Eines fällt aber auf. Nämlich der rassistische Charakter der Tat. Denn angesichts der Tatsache, daß hunderte von Jugendlichen jeden Tag in Deutschland plakätieren gehen und dabei viele von ihnen auch von der Polizei erwischt werden, müsste es viel mehr Tote geben, wenn die Polizei von der Schußwaffe so Gebrauch machen würde wie im Fall von Halim Dener.

Das Beispiel zeigt daher wie locker die Waffe der Ordnungshüter sitzt, wenn es sich um „Dunkelhaarige“ handelt.

Halim ist vor allem deshalb erschossen worden, weil er anders aussah.

Der Mörder von Halim ist kein einfacher Bulle, sondern einer gut ausgebildeter und auf besondere Situationen vorbereiteter SEK-Bulle! Und der soll seinen Revolver nicht im Griff gehabt haben!?

Das Beispiel zeigt auch wie einträchtig Exekutive, Judikative und Legislative zusammenstehen, wenn es sich um „ausländische Elemente“ handelt. Noch ein deutlicher Beleg für die rassistischen Strukturen in diesem Staat.

Wie immer das Gericht in Hannover auch entschieden hat:

**Mord bleibt Mord, Mörder bleibt Mörder!**

**„Aber ich werde jeden imperialistischen Einfluß ablehnen. Wir ziehen Freiheit in Not dem Reichtum in Knechtschaft vor.“**

(Patrice Lumumba, Januar 1960, aus seinen Äußerungen in der Zeit der Verhandlungen über die Unabhängigkeit Kongos in Brüssel)

**„Alle freien Menschen auf der Welt müssen dazu beitragen, das Verbrechen im Kongo zu rächen“**

(Ernesto Che Guevara, Dezember 1964, aus seiner Rede vor der Vollversammlung der UN in New York)

**„Wenn die westlichen Mächte das Recht haben, anti-castristische Kämpfer zu entsenden, die die Flugzeuge steuern, von denen die afrikanische Bevölkerung bombardiert wird, dann haben die Afroamerikaner ebenfalls das legitime Recht, ihren afrikanischen Brüdern Beistand zu leisten“**

(Malcolm X, nach der Rückreise aus Afrika bei den Kundgebungen in Harlem)



Bild: Entnommen aus dem Buch: „Mit schwarzem Blut geschrieben- Die Kongo-Tragödie“. Das Bild zeigt das historische Ereignis der Unabhängigkeitszeremonie von 1960. Während der belgische König Baudouin die Hand am silbernen Säbel hält, dem „Symbol der Macht, der Kraft, der Würde, des Krieges“, löst sich ein Eingeborener aus der Menge, springt auf den Wagen und entreißt Baudouin den Säbel und schwingt ihn in seiner rechten Hand. Dann flüchtet er in eine Nebenstraße.